

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 50.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 19. Dezember 1916.

Inhalt: Zum Antrag Heydebrand, S. 1541—1542. — Sorgen der Hakatisten, S. 1543—1544. — Wandlungen in der Auffassung des Proklamierungsaktes, S. 1545. — Zur Rede Trepows, S. 1546. — Das Manifest vom 5. November (Brief des Vaters Woitek), S. 1546. — Die Wenden und die polnische Sache, S. 1547. — Die Judenfrage in Polen, S. 1549. — Die Emission der Verbandsbank, S. 1551. — Zusammenkunft der Patrone der polnischen Arbeitervereine, S. 1553—1557. — Schutz der Arbeiterinteressen, S. 1558. — Brief des P. Bertyn an die ausländischen polnischen Arbeiter, S. 1559. — Heinrich Sienkiewicz zum Gedächtnis, S. 1559. — Befestetes Gebiet: Staatsrat — Heer — Regierung — Staatschatz im Königreich, S. 1560—1564. — Zu den Verhandlungen der polnischen Großgrundbesitzer, S. 1565. — Nationalrat, S. 1566—1567. — Eine neue Unabhängigkeitspartei, S. 1567. — Die zwischenparteiliche Fraktion, S. 1567. — Die polnische Sache, S. 1568. — Aufrufe in Warschau, S. 1569. — Zum Einzug der Legionen in Warschau, S. 1569—1572. — Sieroszewski contra Sikorski, S. 1573. — Die Bauern an den Papst, S. 1574. — **Ausland:** Die Bedeutung des 5. November, S. 1574. — Betreffend Sienkiewicz, S. 1575—1576. — Die polnische Frage im Ausland, S. 1577. — Vortrag Privat, S. 1578. — Trepows Erklärung, S. 1578. — Ein Polizeimeister für Warschau, S. 1579. — Erklärung des Petersburger polnischen Nationalkomitees, S. 1580. — Stellung der Polen in Rußland zum Manifest, S. 1580. — Bonnard im „Journal de Genève“ zum Manifest, S. 1582. — Frankreich und die polnische Frage, S. 1583. — Nationaldemokratische Methoden, S. 1584. — Die polnische Sache in Amerika, S. 1585.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 50 der Praca (Posen)
vom 10. Dezember 1916.

Der Antrag in der polnischen Frage.

Die Verhandlungen, welche am 20. November im preussischen Abgeordnetenhaus auf Grund des von den drei bekannten polenfeindlichen Landtagsparteien eingebrachten Antrags geführt wurden, und die durch diesen Antrag hervorgerufene Erklärung der polnischen Fraktion haben gezeigt, daß der Kanzler recht hat, wenn er die Frage der Revision der polenfeindlichen Politik in die Zeit nach dem Kriege verschiebt.

Dieses Abgeordnetenhaus nämlich und diese polnische Fraktion rechtfertigen die Hoffnung nicht, daß unter ihren Auspizien sich ein Fortschritt und eine Reform auf diesem Gebiete vollziehen könnte. Mit den rauen Händen eines Schmiedes gehen sie an Dinge heran, welche eine zarte schöpferische Meisterhand erfordern.

Als sich nun die Kunde verbreitete, daß die Parteien, welche seit langem die lautesten und einflußreichsten Förderer der polenfeindlichen Politik in Preußen sind, ihren unglücklichen Antrag stellen, haben alle mit den Verhältnissen vertraute Leute verstanden, daß eine im höchsten Grade schädliche Sache geschehe. Es war nämlich nicht schwierig vorauszu sehen, was die Redner der besagten Parteien grundsätzlich sagen werden und welches die Antwort der gegenwärtigen polnischen Fraktion darauf sein wird.

Manche behaupten, daß diese Verhandlungen dazu beigetragen haben, die Lage zu klären.

Man muß sich fragen, ob die Lage wirklich unklar war und unbedingt eine Klärung erheischte.

Wer offene Augen hatte und ein nüchternes Urteil hinsichtlich der Beurteilung der Verhältnisse und Menschen bewahrte, hat wohl eine Unklarheit nicht wahrgenommen.

Auch vor den Verhandlungen war das bekannt, was sie bestätigt haben, daß nämlich die Regierung

und mit ihr die Parteien der Landtagsminderheit eine Verständigung mit den Polen sogar auf Kosten gewisser Zugeständnisse herbeizuführen wünschen, daß jedoch die hakatistische Mehrheit einen durch Zugeständnisse erkauften Frieden nicht haben will, indem sie in der Wiederherstellung Polens eine so große Wohltat erblickt, daß man als Entgelt von den Polen eine aufrichtige Zustimmung zu den in Preußen bestehenden Verhältnissen fordern könnte, zu den Verhältnissen, welche durch die Logik der Tatsache sich mildern werden in dem Maße, als das, was man „polnische Gefahr“ sogar nach ihrem Begriff nennt, zu bestehen aufhören wird.

Andererseits war es bekannt, daß die polnische Fraktion in einer Regelung der polnischen Frage, welche die Rechte und Interessen der preussischen Polen nicht in ausreichender Weise berücksichtigt, eine Lösung dieser Frage nicht erblicken kann.

Der Standpunkt der Fraktion ist grundsätzlich zweifellos richtig. Die bloße Tatsache des Wiederaufbaus eines verkleinerten Polen kann nicht als Lösung der polnischen Frage in ihrer Gesamtheit gelten. Die Polen, welche außerhalb der Grenzen des neuen Staates sich aufhalten, müssen eine Anerkennung ihrer Nationalität und der daraus logisch sich ergebenden Rechte verlangen.

Wer also, wie dies die Landtagsmehrheit tut, von den Polen in dieser Beziehung eine Abdikation verlangt, wird, selbst wenn er noch so schön vom Frieden reden würde, diesem Frieden entgegen handeln und und ihn unmöglich machen. Es kann keine Eintracht und keine Verständigung dort geben, wo kein gegenseitiges Vertrauen besteht, wo eine Seite von der anderen Opfer zu ihrem ausschließlichen Vorteil verlangt.

Solange also vom Frieden mit einander Leute reden werden, welche hinsichtlich seiner Bedingungen grundsätzlich auf zwei einander entgegengesetzten Polen stehen, so lange wird eine Verständigung unmöglich sein, so lange werden die Verhandlungen die Debatierenden einander nicht nähern, sondern von einander entfernen und mit desto stärkeren Mißklängen enden, je wichtiger die Sache selbst für beide ist.

Und es handelt sich hier für beide Seiten um Dinge von erstklassiger Bedeutung. Die Sache wird überdies dadurch kompliziert, daß beide Seiten mit den Überlieferungen eines unbarmherzigen Kampfes, einer tiefen gegenseitigen Abneigung belastet sind, Imponderabilien, die sich schwer abwägen lassen, die aber dennoch ins Gewicht fallen.

Über den polnisch-deutschen Frieden sollten anders gesinnte Faktoren konferieren.

Mit der Landtagsminderheit, sogar mit der preußischen Regierung wäre eine Verständigung eher möglich, denn hier und da besteht ein guter Wille. Bei der Minderheit des Landtags sieht man ihn leider nicht.

Daher kann man auch von dem gegenwärtigen Landtag für die polnische Sache nicht viel erwarten. Hoffnungen kann man auf einen zukünftigen Landtag setzen, sofern es vorher gelingen wird, eine Reform des Wahlsystems durchzubringen.

Bedingung einer wirklichen Änderung der preußischen Nationalitätenpolitik ist eine Beseitigung der übermächtigen Einflüsse der polenfeindlichen Parteien. Ohne dieses könnte man nur auf das von dem Herrn Minister angekündigte Wohlwollen der Regierung rechnen. Auch das wäre eine große Erleichterung, weil bekannt ist, daß nicht so viel die Gesetze bedeuten, wie die Art ihrer Anwendung, oder, sofern es sich um Ausnahme Gesetze handelt, wenn sie überhaupt nicht angewendet werden. Aber das wäre keine wesentliche Änderung des polenfeindlichen Kurses. Um eine solche aber handelt es sich doch.

Es wäre vergeblich, darüber nachzudenken, auf welche Weise die Regierung die neue polnische Orientierung durchführen wird. Vorläufig muß es genügen, daß die Regierung in dieser Richtung einen guten Willen kundgibt. Daher ist es unsere Pflicht, alles zu tun, was imstande ist, diesen guten Willen zu erhalten und anzuregen, aber alles zu vermeiden, was ihn schwächen und abgeneigt machen kann.

Das bedeutet keineswegs, daß wir uns in gemeinem Servilismus überbieten und das aus dem Auge lassen sollten, was wir der Würde und dem Interesse der Volksgesamtheit tatsächlich schulden. Aber eine Waffe gegen uns sollten wir unseren Gegnern nicht in die Hand geben.

Leider kann man nicht sagen, daß die Erklärung der polnischen Fraktion in diesem Sinne abgefaßt war.

Unter dem Eindruck des Antrages vor dem Anhören der Verhandlungen schriftlich abgefaßt, rechnete sie ohne Vergleich mehr mit der Abneigung der polenfeindlichen Parteien als mit der bei der Regierung herrschenden Stimmung. Sie berücksichtigte unseres Erachtens auch nicht genügend das, was im Königreich Polen geschehen ist, die sich ändernden und verändernden Verhältnisse überhaupt, die Meinung, welche in breiten Kreisen der Volksgesamtheit zum Ausdruck kommt, mit einem Wort, die Erklärung war so abgefaßt, wie man in den Zeiten vor dem Kriege zu reden pflegte.

Ohne Zweifel: Wie man in den Wald ruft, so schallt es zurück. Aber es haben doch nicht die Haktatisten allein in den polnischen Wald gerufen. Es waren auch freundschaftliche Stimmen, aber diese riesen kein Echo nach, modifizierten den harten kühlen Ton der vorher abgefaßten Erklärung nicht. Sogar die Tatsache der Proklamation des polnischen Staates erfuhr nichts außer einer kühlen Registrierung und zwar mit einem Zusatz von unglücklich formulierten Sätzen, welche Mißverständnisse, Anklagen wegen Proklamation einer Irredenta veranlaßten, wovon die Fraktion nicht einmal träumte.

Meritorisch konnte man das selbe in einer glücklicheren Form ausdrücken, aber die Zugabe auch nur eines leisen Anflugs einer versöhnlichen Note hätte

nicht nur einen guten Eindruck gemacht, sondern sie hätte in gewissem Maße auch die Stimmung berücksichtigt, die in der Volksgesamtheit zum Ausdruck kommt.

Es ist anders geschehen. Und so fand auch diese Erklärung keine gute Presse. Die haktatistischen Zeitungen nützen sie zu ihren Zwecken aus und wiegeln die öffentliche Meinung gegen uns auf. Die uns freundschaftlich gesinnte deutsche Presse bespricht sie mit einem augenscheinlichen Bedauern. Auch ein bedeutender Teil der polnischen Presse nimmt ihr gegenüber einen mehr oder weniger kritischen Standpunkt ein. Wie man einerseits schwerlich ohne ernste Vorbehalte der genannten Erklärung zustimmen kann, so darf man andererseits ihre Folgen nicht allzu pessimistisch beurteilen. Gegen böswillige Menschen auf deutscher Seite gibt es überhaupt kein Mittel. Die gutwilligen Leute dagegen werden sie nicht allzu tragisch auffassen. Sie werden dessen eingedenk sein, daß noch Krieg ist, daß noch alles flüchtig und nicht festgelegt ist, daß sich die polnische Zukunft noch durch undeutliche Umrisse kenntlich macht. Erst eine Beruhigung dieses Sturmes, infolge dessen die Welt in ihren Grundfesten zittert, wird die Lage klar und sicher beurteilen lassen, wird die nötige Ruhe in die Gemüter bringen und einen festen politischen Boden schaffen, auf dem man einen dauernden Bau wird stützen können. Dann erst wird sich das Dilemma entscheiden, welches gegenwärtig die polnische Seele quält, werden Ungewissheiten beseitigt, Zweifel aufgeklärt werden. Dann darf man auch hoffen, daß die polnische Fraktion die richtigen Worte und die richtigen Wege des Handelns finden wird.

Der gegenwärtige Standpunkt der Fraktion gefällt den Deutschen nicht. Wir verstehen das vollkommen. Aber außer der Fraktion besteht noch das polnische Volk und seine Presse, und dort macht sich eine ganz andere Stimmung bemerkbar. Das muß vorläufig genügen. In dem Volke besteht der Wille, mit der Regierung und mit den Deutschen ein Einvernehmen zu erzielen. Aber — das darf nicht vergessen werden — unser Volk erstrebt nicht einen Frieden um jeden Preis, sondern einen ehrenvollen Frieden.

Wir glauben aber, daß bei beiderseitigem gutem Willen sich dieses große und wichtige Ziel im Laufe der Zeit verwirklichen wird.

Aus Nr. 147 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 10. Dezember 1916.

Das Graudenzener Blatt bringt aus Warschauer Blättern die Nachricht über die Schaffung des provisorischen Staates in Polen und bemerkt dazu folgendes:

Soviel die Warschauer Blätter über die neue Verordnung der Okkupationsbehörden. Die deutsche Regierung hat eine schnelle und sehr kluge Antwort auf die Forderungen der Alldeutschen und Haktatisten im preußischen Landtage gegeben. Die Herren v. Heydebrand, v. Zedlitz und Dr. Friedberg haben verlangt, die deutsche Regierung möge sich im Königreich Polen militärische, politische und wirtschaftliche Garantien sichern. Wie die Alldeutschen und Haktatisten diese Garantien verstehen, das weiß die Welt seit langem. Diese Garantien sollten sein: die völlige Anebelung Polens, seiner Armee, seiner ganzen Staatswirtschaft. Die Armee, die Eisenbahnen, die Post usw. sollten der Obhut Deutschlands unterstellt werden, mit einem Worte: Polen sollte kein unabhängiger Staat, sondern der Sklave Deutschlands sein. Deshalb hat das Hervortreten der Herren Alldeutschen und Haktatisten im Königreich Polen und besonders in Warschau, dem Haupte Polens, den fatalsten Widerhall gefunden. Dieses Auftreten hat die Begeisterung

des Volkes sehr abgefühlt, es hat in den Herzen vieler Leute nur wieder Mißtrauen geweckt.

Deshalb war auch die Verordnung betreffend die Schaffung des Staatsrates in Polen gar sehr an der Zeit, sie stellt fest, daß Polen ein unabhängiger Staat, daß seine Armee die Grundlage seiner Unabhängigkeit sein wird, woran noch sehr viele Leute gezweifelt haben.

So hat denn die deutsche Regierung vor der Welt dargetan, daß sie durchaus nicht danach trachtet, sich solche Garantien zu sichern, von denen die Alldeutschen und Hafatisten sprechen.

Polen wird frei und unabhängig sein. Nach unserer Meinung wird gerade das die beste Garantie für das zukünftige freundschaftliche Verhältnis zwischen dem polnischen und dem deutschen Staate sein.

Aus Nr. 155 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 13. Dezember 1916.

Sorgen der Hafatisten.

Die Meinung in Deutschland hat entschieden, daß der Antrag der Konservativen und Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus des preußischen Landtags einen unnötigen Mißklang hervorgerufen hat. Unzufriedenheit haben besonders diejenigen deutschen Zeitungen zum Ausdruck gebracht, welche sich mit der hafatistischen Richtung garnicht oder teilweise solidarisieren. Die Berliner „Vossische Zeitung“ schrieb, daß die „Debatten im Abgeordnetenhaus zu keiner Aufklärung, sondern zur Verwirrung der politischen Verhältnisse geführt und uns nach außen und innen hin bedeutend geschadet haben“. Andere Blätter, wie die „Frankfurter Ztg.“ und andere süddeutsche Zeitungen haben das Auftreten der Hafatisten noch schärfer verurteilt. Das hinderte jedoch die Initiatoren des antipolnischen Antrages nicht, auf dem einmal erwählten Wege weiter zu schreiten. Darum wiederholen sie hartnäckig ihre Forderungen in der polnischen Sache. (Es folgt der Wortlaut der in der Sitzung der schlesischen Gruppe der deutsch-konservativen Partei gefaßte einschlägige Entschließung. Dann heißt es weiter:)

Soweit die Breslauer Resolution der Anhänger der deutsch-konservativen Partei. Wir verstehen ihre Sorgen. Es hat ihnen doch die ganze Welt gesagt, daß die Politik, welche sie in das Unschuldsgewand der „Verteidigung des Deutschtums“ kleiden, die aber in Wirklichkeit aggressiv gegen das Polentum vorging, die polnische Nation geschädigt und in solchem Maße zur Verhaßtheit der Deutschen im Auslande beigetragen hat. Eine so glänzende Rechtfertigung hat also in der Geschichte der letzten dreißig Jahre und besonders in dem Weltkriege die Ostmarkenpolitik gefunden. Ihrer tat auch der bekannte deutsche Gelehrte Hans Delbrück Erwähnung, indem er in den von ihm redigierten „Preußischen Jahrbüchern“ aus Anlaß der Proklamation des Königreichs Polen und der Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus schreibt: (Es folgen die einschlägigen Ausführungen. Dann schließt das Blatt:)

So schreibt Professor Hans Delbrück, so sprechen überlegte und gerecht denkende Deutsche! Die Hafatisten haben kein Verständnis für solche Stimmen, und sie befinden sich in Sorgen angesichts der Ausführungen des preußischen Ministers des Innern, der anläßlich des Antrages der Konservativen und Nationalliberalen das widerholte, was der Kanzler schon angekündigt hatte: „daß die künftigen Regierungsentschließungen durch Wohlwollen für die polnische Bevölkerung gekennzeichnet sein würden.“ Dieses Wohlwollen beunruhigt die Hafatisten in hohem Grade. Sie können nicht verstehen, daß die freie nationale, kulturelle und wirt-

schaftliche Entwicklung der Polen in den von ihnen seit Jahrhunderten bewohnten Gebieten die erste Bedingung zur Eintracht ist, sondern sie sehen in dieser Eintracht eine Gefahr für das Deutschtum. Es ist schwer, mit ihnen zu diskutieren. Die Verhältnisse werden, jedoch stärker sein, als sie. Der Weltkrieg hat so viel Notwendigkeiten erwiesen, denen die Menschheit sich wird anpassen müssen, daß auch die Hafatisten sich werden vor ihnen beugen müssen. Wenn die preußische Regierung durch den Mund ihrer Minister uns eine Neuorientierung in der inneren Politik angekündigt hat, so muß sie zu diesem Schritt wichtige Gründe gehabt haben. In der praktischen Durchführung der neuen Ansichten in der polnischen Sache können ihr natürlich die Anhänger des Ostmarkenvereins Hindernisse bereiten, Leute, die allerdings an Bedeutung und Einfluß einbüßen, aber im Landtage über solche Kräfte verfügen, daß die Regierung mit ihnen noch sehr rechnen muß. Sobald aber die Zusammensetzung des Landtags sich ändern wird, was nach der Neuorientierung und der angekündigten Wahlreform zu erwarten ist, dann wird auch diese Schmiebe der antipolnischen Gesetze in ein Parlament sich verwandeln, in welchem die Verbissenheit der Vernunft und dem Verstande Platz machen wird. Das befürchten die Hafatisten am meisten, und darum bemühen sie sich beizeiten, die deutsche Allgemeinheit zur „Verteidigung des Deutschtums in den Ostmarken“ zu mobilisieren. Damit erklären sich ihre gegenwärtigen Bestrebungen, die sowohl im Landtage, als auch in solchen Versammlungen unternommen werden, wie sie in Breslau stattgefunden hat.

Aus Nr. 146 der Gazeta Grudziadzka Graudenz
vom 8. Dezember 1916.

Die schädliche alldeutsche hafatistische Arbeit.

Die in Blankenburg erscheinende „Harz-Zeitung“ teilt mit, der Hauptvorstand des „Ostmarkenvereins“ schickte sich an, infolge eines Antrages der Blankenburger Ortsgruppe an den Reichskanzler den Antrag zu stellen, man möge bei der Schaffung des polnischen Staates die russischen Staatsgüter zur Ansiedelung preußischer Polen reservieren.

Wir zweifeln sehr, daß der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins einen solchen Antrag an den Kanzler stellen sollte. Wenn es auch die kleinen „politischen Großen“ in Blankenburg nicht wissen sollten, daß der Kanzler die gewonnenen russischen Staatsgüter nicht antastet wird, so muß das doch aber dem Hauptvorstand des „Ostmarkenvereins“ bekannt sein. Seit dem Tage der Verkündung der Manifeste der Monarchen ist Polen trotz der Okkupation ein besonderer Staat und keine okkupierte russische Provinz mehr. Die russischen Staatsgüter, die übrigens den Polen abgenommen worden sind, sind mit diesem Augenblicke Eigentum des polnischen Staates geworden, der mit dem deutschen Reiche befreundet ist. Der deutsche Kanzler denkt also garnicht daran, dieses polnische Staatseigentum anzutasten, wenn der Ostmarkenverein solches auch zehnmal verlangen sollte.

Das müßten nach unserem Dafürhalten auch die Blankenburger hafatistischen Größen wissen. Hinsichtlich des Zweckes ihrer Arbeit drängen sich einem die sonderbarsten Gedanken auf. Es ist Tatsache, daß es sich um einen weiteren Kampf gegen den Kanzler handelt, denn er ist noch nicht einen Augenblick zum Stillstande gekommen, höchstens hat sich die Kampfeswut ein wenig geändert.

Handelte es sich in vorliegendem Falle den Herren Hafatisten um die Beunruhigung des polnischen Volkes im Königreich Polen? Wollten sie solches erreichen durch das Hervorrufen der Meinung, daß die deutsche

Regierung in Zukunft nicht daran denken würde, die Freiheit und Unabhängigkeit Polens zu achten, daß sie sich vielmehr in dessen innere Angelegenheiten hineinmischen wolle? Sollte es sich vielleicht auch hier darum handeln, die Begeisterung des polnischen Volkes für den freiwilligen Eintritt in die polnische Armee abzukühlen, um alsdann dem Kanzler den Vorwurf machen zu können, daß seine Politik fehlerhaft sei, daß er in das polnische Volk gewisse Hoffnungen gesetzt habe, daß er indes hätte wissen müssen, daß Hoffnungen trügen?

Wir wollen das nicht behaupten, mögen aber die Herren Hakatisten wissen, daß ihr Verfahren solche Gedanken aufkommen läßt.

Andererseits wiederum könnte es scheinen, daß es sich durch eine solche an den Kanzler gerichtete Forderung darum handelt, in der deutschen Bevölkerung die Meinung zu wecken, als sei die Durchführung dieser Forderung für den Kanzler etwas Leichtes. Wenn aber der Kanzler dieses Verlangen nicht erfüllt, weil er es nicht erfüllen kann, dann wird es heißen, daß er eine für das Deutschtum schädliche Politik führe, daß er einen schwachen Willen habe, unfähig sei und wer weiß was sonst noch alles. Das alles kann natürlich das Vertrauen zu dem höchsten Beamten des Staates untergraben. Sollte es sich etwa darum handeln?

Allerdings haben wir schon manchmal gesehen, daß die Hakatisten und Alldeutschen zum Zwecke der Bekämpfung des verhassten Kanzlers sonderbare Mittel angewandt haben.

Und nun noch eine andere Seite dieser hakatistischen Forderung.

Der Kanzler soll nach den Weisungen der politischen Größen der Hakatisten aus Blankenburg die bisherigen russischen Staatsgüter, die gegenwärtig dem polnischen Staate angehören, reservieren, um daselbst russische Polen anzusiedeln.

Wie denn? Also ohne die Polen des preussischen Gebietsteils zu fragen, ob sie dorthin gehen wollen. Also wir, unser polnisches Volk — das ist eine Sache, mit der die Herren Hakatisten machen wollen, was ihnen beliebt?

Die Herren Hakatisten kommen schon wieder mit dem Plane, uns mit Gewalt aus dem Lande unserer Väter zu weisen, aus dem Lande, das seit Jahrhunderten mit ihrem Blute und Schweiß getränkt ist, das auch jetzt in dem gegenwärtigen Kriege das Blut seiner Kämpfer geopfert hat, in Verteidigung der Interessen des deutschen Volkes vergossen hat? Man kann wirklich nicht verstehen, wie solche Pläne entstehen können.

Wir haben das Vertrauen zu den menschlichen Empfindungen des Kanzlers und zu seinem Verstande, daß er derartige hakatistische Einfälle sofort in den Papierkorb werfen wird. Es ist aber eine interessante Sache, daß mit solchen Plänen die Hakatisten aufwarten, von denen Herr v. Zedlitz im Landtage sagte, daß sie den Polen die Hand zum Frieden reichen.

Wir Polen sind bereit, sogar den Hakatisten und Alldeutschen die Hand zum Frieden zu reichen, denn wir sind von Natur aus friedliebend. Kann denn aber angesichts solcher Absichten, uns aus dem Lande unserer Väter zu vertreiben, davon die Rede sein?

Mögen sich nur die Herren Hakatisten nicht täuschen. Sie werden uns aus dem Lande unserer Väter nicht vertreiben, denn wir haben ein Jahrhundert währendes Recht auf dieses Land. Als Bürger des preussischen Staates erfüllen wir in der Zeit des Krieges gewissenhaft unsere Pflichten. Für unsere Toten, für unser vergossenes Blut, für die vielen Wunden wird uns die Regierung doch nicht dadurch entlohn, daß sie uns aus unseren alten Sitten vertreibt. So etwas kann nur im Gehirn der Hakatisten entstehen, aber nicht in dem Kopfe eines verantwortungsvollen Staatsmannes.

So manch einer von uns wird wohl nach dem Königreiche gehen, doch nur Ausnahmen werden das sein. Die Allgemeinheit wird hier bleiben, wo sie ist — schon deshalb, weil sie keinen Anlaß hat, über die Grenze zu gehen. Das Königreich Polen ist viel mehr bevölkert, als unsere Gegenden in Preußen. In manchen Kreisen wohnen auf dem Flächenraume eines Quadratkilometers zweimal so viele Leute, als in den Kreisen des preussischen Gebietsteiles. Im Königreich Polen gibt es ohnehin genug Leute, die sich nicht mit der Landwirtschaft befassen. Wie viele kommen denn von da zu uns herüber, um im Sommer Arbeit zu suchen! Also die Staatsbesitzungen, früher russisch und heute polnisch, wird die polnische Regierung wohl unter das dortige Volk parzellieren. Wenn aber jemand von hier nach dem Königreich Polen auswandern will, so wird ihm die polnische Regierung sicherlich keine Parzelle vorenthalten. Es wird doch aber niemand von unseren Leuten nach dem Königreiche gehen, um den dortigen Leuten das Brot und das Land abzunehmen, wo wir doch heute für das dortige Volk Brot sammeln. Und schließlich gibt es hier genug Land, wenn man unserem Volke nur keine Schwierigkeiten machen würde, solches zu erwerben, und wenn man den Polen die Parzellierung nur nicht erschweren wollte. Wir meinen aber, daß das nach dem Kriege aufhören muß.

Wir wundern uns sehr über die Herren Hakatisten in Blankenburg, daß sie gewillt sind, so leichten Herzens nach dem Kriege Arbeitskräfte loszuwerden. Man wird vielleicht die Polen noch sehr bitten, daß sie nur ja nicht den preussischen Staat verlassen, sondern in ihm verbleiben. Werden denn die Arbeitskräfte in erschreckender Weise nicht täglich weniger? Und wer wird wohl alle Felder nach dem Kriege bestellen?

Wie soll wohl die deutsche Industrie zu ihrer Herrlichkeit und Entwicklung zurückkehren, in der sie sich vor dem Kriege befand, wenn es an Arbeitskräften fehlen wird! Die Fabriken würden ja stehen, die Felder brachliegen, wenn es kein polnisches Volk zur Arbeit geben würde. Das um so mehr, als das polnische Volk aus dem Königreich Polen in Zukunft nicht so zahlreich nach Deutschland kommen wird, um Arbeit zu nehmen, denn es wird ja selbst genug Arbeit zu Hause zu verrichten haben.

Mögen sich also die Herren Hakatisten mit der Aus siedelung des polnischen Volkes aus unseren polnischen Gebietsteilen nach dem Königreich nur ja nicht zu sehr beeilen; denn man wird vielleicht dem Volke noch Prämien dafür zahlen, daß es nur hier bleibe, sich hier ansässig mache und durch seine reichschaffene Arbeit und durch seine Steuern helfe, die Kriegskosten abzugahlen.

Eins würden wir allerdings von ganzem Herzen wünschen, nämlich: daß in der Fremde, weder in Westfalen noch im Rheinlande, nicht ein Pole mehr bliebe, denn daselbst gehen die Polen alle für das Polentum und die Kirche verloren. Wenn nicht sie, dann gehen doch ihre Kinder und spätestens sicherlich ihre Enkel verloren. Denn bis jetzt ist es noch mit jeder polnischen Emigration so gewesen. Mögen sie also nach dem Kriege in die Heimat zurückkehren, mögen sie sich auf den gekauften Parzellen niederlassen und auf dem Lande arbeiten, denn an solchem wird es nicht fehlen. Diejenigen aber, die sich auf dem Lande nicht niederlassen wollen, die können nach dem Königreich auswandern. Daselbst werden sie noch Beschäftigung finden in den Gruben und Fabriken. Es wird daselbst an gelernten und fähigen Arbeitern fehlen. In Polen werden sie für den Glauben und für das Polentum nicht verloren gehen — und das ist wichtiger als alles andere. Ob das aber den Herren Hakatisten gefallen wird, ist schwer zu wissen, denn ihnen kann es niemand recht machen.

Das vor kurzem beschlossene Zivildienstgesetz wird — wenn es die bisherigen Verhältnisse auch auf den Kopf stellt und die Freiheit der Bürger des Staates fast völlig aufhebt — u. a. den nachstehenden guten Erfolg zeitigen:

Es wird sich darum bemühen, daß sich verschiedene alte Herren a. D., ferner Kapitalisten und andere Leute, die nicht wissen, was sie mit der Zeit anfangen sollen, in der Zeit des Krieges mit nützlicheren und notwendigeren Sachen beschäftigen werden. Es wird dafür sorgen, daß sie alle keine Zeit mehr hätten, die Versammlungen der Filiale des hakatistischen Vereins zu besuchen und solche Projekte zu ersinnen, wie das Projekt der Blankenburger Hakatisten. Denn solche Projekte beunruhigen und reizen nur das polnische Volk auf beiden Seiten der Grenze und schaden in hohem Maße den Interessen des deutschen Staates.

Aus Nr. 282 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Dezember 1916.

Eine Wandlung.

Von den polnischen Blättern, welche jenseits der Bajonette erscheinen, haben wir diejenigen schon erhalten, in welchen das November-Manifest erörtert wird. Wir besitzen sie allerdings nur in Auszügen, aber diese Auszüge sind ziemlich erschöpfend und wahrheitsgetreu zusammengestellt, so daß wir auf Grund derselben eine Übersicht über die politische Methode gewinnen können, welche in Rußland bei der Besprechung des politischen Aktes der Zentralmächte sich bemerkbar macht.

Die polnische Presse in Rußland steht, wie unsere Leser aus denjenigen Auszügen, die wir bereits mitgeteilt haben, erfahren konnten, im allgemeinen auf dem Standpunkt, daß das Manifest die polnische Frage zu einer internationalen Frage gestaltet habe und daß infolge dessen eine einseitige, innerpolitische Lösung derselben jetzt ausgeschlossen sei. Einen solchen Standpunkt nehmen fast alle, ja, man könnte wohl sagen, alle polnischen Blätter ohne Ausnahme ein, denn auch diejenigen unter ihnen, welche anfangs die internationale Bedeutung des Manifestes unterschätzt haben, sind nachträglich noch zur rechten Zeit zu einer richtigen Orientierung gelangt. Das Wort „Unabhängigkeit“ ist in ihnen jetzt zu einem „Postulat“ geworden, welches sie stets von neuem wiederholen und oft sogar direkt und ohne alle Umschweife dem Begriffe „Autonomie“ entgegenstellen. Der internationale, europäische Charakter der polnischen Frage ist in ihnen jetzt also vorherrschend. Die Betonung desselben wird aber der polnischen Presse auch durch die Haltung einflußreicher Politiker der russischen Linken, besonders der Kadetten, erleichtert. Die Unterredungen derselben mit den Vertretern der russischen Presse werden in einem Tone gehalten, welcher direkt aufpassen muß und der als „Sprache der Antitschinowniks“ bezeichnet werden könnte. Die russische Regierung hört jetzt aus ihrem Munde eine ganze Reihe von Vorwürfen, daß sie in der polnischen Frage keinen entscheidenden Schritt getan, sondern sich im Gegenteil Versäumnisse aller Art habe zuschulden kommen lassen, welche dahin geführt hätten, daß die Lage im Königreich Polen, solange dasselbe sich unter russischer Herrschaft befand, keineswegs den gemachten Versprechungen entsprach.

Die Opposition in Rußland hat also diese Gelegenheit dazu benutzt, um die reaktionäre Regierung anzugreifen und ihre Unfähigkeit sowie die sich aus derselben ergebenden politischen Fehler vor dem russischen Volke bloßzustellen. Wir brauchen deshalb auf die inneren Beweggründe nicht näher einzugehen, von welchen sich Herren wie Milukow, Maflakow und

andere bei diesem offenen Kampfe gegen die Regierung haben leiten lassen. Für uns reicht ihr Geständnis aus, daß die polnische Frage aufgehört habe, eine innere Frage des russischen Kaiserreichs zu sein. Folgerichtig müssen diese Herren jetzt auch diese ihre Ansicht überall, wo sich ihnen die Gelegenheit dazu bieten wird, weiter verbreiten. Noch nach der Rückkehr der russischen Parlamentarier aus Westeuropa, nämlich aus Paris und London, behandelte derselbe Herr Milukow die polnische Frage als ein innerpolitisches russisches Problem — so wurde uns wenigstens durch Vermittelung der neutralen Länder gemeldet. Das November-Manifest hat also in diesem Teil der öffentlichen Meinung in Rußland eine grundsätzliche und für uns erwünschte Wandlung gebracht. Und dieser Teil spielt doch, wenn man auch seine Macht nicht zu überschätzen braucht, eine Rolle in Rußland und übt dort auch einen Einfluß auf den Gang der politischen Ereignisse aus. Zurzeit wird aber durch seine Haltung die Stellung der polnischen Presse den anderen Strömungen in Rußland gegenüber erleichtert, da die polnische Presse jetzt auch ihre Stimme mit aller Entschiedenheit und mit vollem Nachdruck erheben darf. Vornehmlich die russische Rechte muß sich nun sagen, daß die Unannehmlichkeiten, welche sich jetzt die Petersburger Bureaukraten von der polnischen Presse gefallen lassen müssen, noch keineswegs so bitter und schmerzlich sind, wie die politischen Ergüsse wasschechter Russen. Das stellen wir allerdings nur zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Stimmung im russischen Volke fest, denn die Haltung des überwiegenden Teiles der polnischen Presse zeugt heute von einer solchen Mannhaftigkeit und Gedankenfreiheit, daß wir keinen Augenblick zweifeln dürfen, daß diese Presse imstande wäre, sich ebenso entschieden auch dann zu äußern, wenn sie sich im Gegensatz zu der ganzen öffentlichen Meinung in Rußland befände. Das können wir an der Energie erkennen, mit welcher sich diese Presse gegen diejenigen Elemente der äußersten Rechten wehrt, welche nichts gelernt und auch nichts vergessen haben.

Die Drohungen von dieser Seite her begegnen nämlich in der polnischen Presse nur einem beherzten Sarkasmus, woraus man wohl mit Recht schließen darf, daß die Stellung der äußersten Rechten in Rußland in der polnischen Frage nicht mehr übermäßig stark sein kann. Das ergibt sich übrigens auch schon aus den genauen Berichten über die Sitzung der Duma, in welcher die polnische Frage erörtert wurde. Die Erklärung des Abgeordneten Harusiewicz verlangte damals zum Schluß zwar ein „selbständiges Staatsleben“ für Polen — diesen Passus haben die ursprünglichen telegraphischen Meldungen der Petersburger Agentur überhaupt nicht gebracht — im Anfang sprach sie aber nur von einem „vereinigten Polen“. Als nun diese Worte von der Rednertribüne fielen, da ließ sich eine Stimme aus den Reihen der Linken vernehmen: Eines „selbständigen Polen!“ Das war doch auf jeden Fall eine Art Herausforderung, welche der Rechten galt. Die Rechte hat aber diese Pille verschluckt. Man darf nun derartigen politischen Episoden keine tiefere politische Bedeutung beimessen, aber sie sind immerhin bezeichnend für die gegenwärtig in Rußland herrschende Stimmung, wo das Manifest der Mittelmächte den Anlaß zu einer innerpolitischen Abrechnung zwischen den einzelnen russischen Parteien bilden darf. Dadurch kann aber natürlich das Prinzip der Unabhängigkeit Polens sowie die internationale Bedeutung dieses Prinzips nur gewinnen. Bei einer endgültigen Regelung dieser Frage fallen solche Momente selbstverständlich nicht zu sehr ins Gewicht, denn in der Politik wird nur das gegeben, was man vom Gesichtspunkt des eigenen Interesses zu geben sich gezwungen sieht, aber im gegenwärtigen

Stadium der polnischen Frage spielen sie, wenn auch nur als Imponderabilien, eine gewisse Rolle.

Auf die gegenwärtigen politischen Anschauungen in Rußland hat aber auch in einem hohen Maße der Standpunkt eingewirkt, auf welchen sich zu dem November-Manifest die öffentliche Meinung in allen drei polnischen Landesteilen stellte und welcher von einer grundsätzlichen Einheitlichkeit unter den Polen zeugen mußte. Diese Einheitlichkeit zeigte sich vor allem in der Anerkennung der politischen Bedeutung, welche der politische Akt der Zentralmächte für den internationalen Charakter der polnischen Frage hatte. Die polnischen Blätter, welche in Rußland erscheinen, teilen hier die Ansicht aller polnischen Blätter von Lemberg, Lublin, Krakau und Warschau bis nach Posen hin. Wenn wir nämlich von allen polnischen Blättern diejenigen Erscheinungen abstreifen, welche sich vielleicht als Auswüchse einer radikalen Richtung ergeben und welche übrigens überwiegend nur taktischer Art sind, so werden wir feststellen können, daß wir alle einig sind. Es war bei uns allerdings bis dahin üblich, über die Zersplitterung der politischen Anschauungen Klage zu führen und uns an einem billigen Feldzuge gegen die partikularistische Politik der einzelnen Landesteile zu beteiligen; aber es hat sich gezeigt, daß es in der Bewertung positiver Tatsachen doch keine Meinungsverschiedenheiten bei uns gibt, obwohl wir Jahrzehnte hindurch gezwungen waren, angesichts der verschiedenen Lebensbedingungen eine getrennte Taktik zu befolgen. Es können sich bei uns Differenzen zeigen in der Bewertung unserer Hoffnungen, Erwartungen und der politischen Konjunkturen, aber wenn es gilt, ein reales Ereignis richtig abzuwägen, da einigt die Logik des politischen Gedankens alle Landesteile durch ein festes Band.

In diesem Sinne ist auch unsere Aufnahme des Manifestes als eine grundsätzliche Bestätigung unserer nationalen Rechte zu verstehen. Um nämlich aus einer gegebenen Tatsache ihren realen Inhalt herauszuschälen und sich vor allem desselben bewußt zu werden, bedarf es einer Reife des Urteils und einer Fähigkeit zwischen dem Wesen der Tatsache selbst und ihren vorübergehenden Begleitererscheinungen zu unterscheiden. So bildet auch das Wesen des politischen Gedankens seine Positivität, d. h. die Fähigkeit, aus einer politischen Lage alles das herauszuholen, was diese Lage an positiven Momenten enthält. Diese geben dann die Möglichkeit zu einem richtigen politischen Handeln. Uns fiel es schwerer als den anderen Völkern, uns eine solche Art politischen Argumentierens anzueignen, weil unsere politische Lage nach der Teilung Polens zu einem Pessimismus und einem Mißtrauen gegen alles, was noch kommen könnte, führen mußte. Von einer immer empfindlicheren Verschlimmerung unserer Lebensbedingungen bedroht, verfielen wir allmählich in die Sucht, alles nur nach dem Schaden zu beurteilen, welchen uns ein Ereignis im schlimmsten Falle bringen könnte, und unsere Erfahrung hat leider diesem unseren Pessimismus in den meisten Fällen Recht gegeben.

Selbst noch in der gegenwärtigen Zeit mußten wir uns gegen jene beklagenswerten Angewohnheiten von Menschen wehren, denn es nicht vergönnt war, ihr nationales Leben in Freiheit einzurichten. Daß wir aber aus diesem Kampfe als Sieger hervorgegangen sind, das müssen wir schon als einen Gewinn verzeichnen, den uns die gegenwärtige militärisch-politische Lage gebracht hat, welcher wir somit auch unsere innere keineswegs zu unterschätzende Wandlung verdanken. Denn die Beurteilung unserer Lage unter dem alten Gesichtspunkte des Zweifels und unheilvoller Vermutungen ist jetzt nur noch spärlich bei uns in Erscheinung getreten. Sie mußte schon einer positiven Bewertung der Tatsachen Platz machen.

Unsere öffentliche Meinung hat jetzt verstanden, ihre politische Argumentation darauf zu beschränken, was unmittelbar aktuell ist. Und in dieser Einschränkung offenbart sich der richtige Sinn für eine reale Politik, welcher uns zugleich die Garantie gibt, daß ebenso exakt und real die Folgerungen sein werden, welche wir auf Grund dieser neuen Argumentation aus den gegebenen Tatsachen ziehen werden. Eine der Haupteigenschaften einer nüchternen Politik ist nämlich die Vorsicht. Aber diese ist keineswegs zu verwechseln mit dem alles lähmende und alles verpestenden Pessimismus, mit der Schwarzseherei und mit der Bewertung der Zukunft nach den düsteren Gläsern eines verkehrt aufgestellten Fernrohrs. Ebenso wenig dürfen hazardartige Unternehmungen mit realen Handlungen und eine vernünftige Kraftentwicklung mit Regungen verwechselt werden, welche sich von dem Geist des Menschen nicht kontrollieren lassen.

Dieser Wille, die politische Sachlage positiv und real, aber ohne jeden Pessimismus zu beurteilen, wie er sich jetzt eben in der öffentlichen Meinung der Polen kundgibt, bildet für uns, und damit wollen wir unseren heutigen Artikel schließen, einen besonderen Trost. Er hat nämlich unsere politische Stellung gekräftigt, indem er uns vor allem einen einheitlichen, politischen Grundsatz fest einprägte und dadurch zugleich den Beweis lieferte, daß derselbe bereits zum Gemeingut für uns alle geworden ist. Und nachdem sich unser politischer Sinn in der grundsätzlichen Bewertung der Tatsache bewährt hatte, so kann über die nun zunächst liegenden praktischen Wege und politischen Konsequenzen ruhig diskutiert werden, denn die divergierenden Kräfte werden auch hier zu einem Resultat gelangen, welches, so dürfen wir nun mit Zuversicht erwarten, — ebenfalls eine Richtschnur für den politischen Realismus bilden wird.

Aus Nr. 282 des Kurjer Slaski (Kattowitz)
vom 8. Dezember 1916.

Das Blatt bringt die vom russischen Ministerpräsidenten Trepow in der Duma gehaltene Rede im Auszuge und knüpft an dessen Worte „Der Feind hält noch einen Teil unseres Territoriums in seiner Hand. Wir müssen es zurückerobern und das augenblicklich von Rußland abgezweigte Königreich Polen durch das Schwert wiedergewinnen. Doch nicht genug damit. Wir müssen dem Feinde auch die früheren, außerhalb der Grenze unseres Staates liegenden polnischen Gebiete abnehmen und sodann ein freies Polen errichten, das mit Rußland unzertrennlich vereint wäre“ — folgendes:

Die obigen Ausführungen des neuen Leiters der russischen Regierung enthalten nichts Neues. Das Märchen von der Wiedererrichtung eines freien Polen haben wir schon so oft gehört, daß es nicht mehr den geringsten Eindruck macht. Schließlich würde dieses „freie Polen“ in „unzertrennlicher Vereinigung mit Rußland“ schön aussehen. Es wäre nur eine „meltende Kuh“ für die russischen Tschinowniks — und davor wolle uns der Herr bewahren.

Aus Nr. 35 des Goniec Niedzielny
vom 8. Dezember 1916.

(Sonntagsbeilage des „Goniec Wielkopolski“).

Brief des Gewatter Wojtek.

(Humoristische Figur des Blattes.)

Gorzupia, den 30. November 1916.

Als die Kunde zu uns kam, das Polen entstehe, als wir das Kaiserliche Manifest vom 5. November gelesen hatten, da kamen wir drei Nachbarn zusammen

und begannen zu beraten, ob wir aus Freude darüber auch in Gorzupia eine Fahne aushängen sollten.

Einer von den Nachbarn sagte in der Begeisterung:

— Ich habe einen Mast, der am Zaune liegt, wir können ihn weiß-rot streichen. Der Gevatter wird nach Krotoschin fahren und weiße und rote Leinwand kaufen. Wir nageln sie an den Mast und hängen die Fahne heraus.

— Es würde sich auch lohnen, unseren weißen Adler aufzumalen — sagte der zweite Nachbar.

— Na, aber dabei gibt es einen Haken — flechte ich ein — es handelt sich nämlich darum, ob es uns gestattet sein wird, eine Fahne in den polnischen Farben auszuhängen. Es besteht doch ein Gesetz über die schwarz-weißen Provinzialfarben, und das Posensche wird doch nicht zu Polen gehören.

Das ist richtig! — gab der erste Nachbar zu.

— Dann lassen wir's sein — fügte der zweite hinzu — warum sollen wir uns Unannehmlichkeiten oder gar Strafen aussetzen?

Es blieb dabei, daß wir nichts machen würden, und unser Gorzupia wird keine Fahne aushängen. Trotzdem haben wir noch lange zusammengesessen und uns über das neue Polen unterhalten.

Mein linker Nachbar, kein schlechter Schlaufopf, fing an, so zu politisieren:

— Wie und was sein wird, wissen wir bis jetzt nicht. Doch es ist etwas. Denn sobald es jenseits der Grenze ein freies Polen geben wird, so haben wir, wenn wir ihm auch nicht angehören werden, keinen Grund zum Klagen, denn es ist immer besser etwas als gar nichts.

— Und was werden die Hakatisten dazu sagen? — fügte ich hinzu.

— Na, es wird ihnen nicht passen. Sie werden sich bemühen, uns nach dem neuen Polen zu verjagen.

— Wenn wir werden gehen wollen!

— Nein, wir rühren uns hier aus Gorzupia nicht heraus!

— Sicher, wenn auch goldene Berge auf uns warten sollten.

— Wenn unsere Brüder die Freiheit erlangen werden, so wird der Hakatismus auf manches verzichten müssen.

— Wir werden uns nicht unterwerfen lassen!

— Die antipolnischen Gesetze werden doch eins vor den Schädel bekommen müssen.

— Wir wollen sehen! Es wird sein, was Gott geben wird.

— Sie haben uns klug gemacht, und unseren Brüdern jenseits der Grenze wünschen wir viel Glück.

— Übrigens ist der Krieg noch nicht zu Ende.

— Wer weiß, was für Überraschungen unser noch warten!

— Das ist recht! Tun wir vorläufig das unsere! Helfen wir, soweit die Kräfte reichen, unseren insolge des Krieges aus Not umkommenden Landsleuten!

Na, man darf nicht vergessen, daß es kein Polen ohne die Polen geben wird. Man muß somit alles tun, um für Polen die künftige Generation zu retten.

Kurz und gut wir beschloßen, für die Hungernden eifrig Spenden zu sammeln — und zu diesem Zwecke haben mich die Nachbarn zum Herrn Propst abgesandt, um mit ihm darüber zu sprechen, auf welche Weise man recht viele Mittel für die Hungernden sammeln könnte, denn das wird die beste Kundgebung unserer Freude anlässlich des Manifestes über das freie und unabhängige Polen sein.

Gelobt sei Jesus Christus!

Euer Gevatter Wojtek.

Aus Nr. 171 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 12. Dezember 1916.

Urteile der Wenden über Polen und die polnischen Legionäre.

Die Überreste der Slawen, welche früher jenseits der Elbe lebten, die Wenden oder Lausitzer Serben, sind heute numerisch der kleinste slawische Volksstamm, denn sie zählen kaum 150 000 Seelen. Sie bewohnen den schmalen Landstrich an der oberen Spree, von Lübben bis nach Baugen einschließlich. Das Land zerfällt in zwei ethnographisch verschiedene Teile: in die Nieder- und Ober-Lausitz. Beide Teile sind auch politisch getrennt: der eine liegt in der Provinz Brandenburg in Preußen und der andere in Sachsen.

Die Wenden bilden einen charakteristischen Übergangstypus zwischen dem lechitischen (polnischen) bzw. böhmisch-slowakischen Volksstamm und den Slawen, welche jenseits der Elbe wohnten und jetzt nicht mehr existieren. Sie standen seit den ältesten Zeiten in einem regen Verkehr mit den beiden slawischen Nachbarvölkern, den Polen und den Böhmen. Von den Böhmen hat Adolf Czerny, welcher sich als politischer Agitator besonders um die Ober-Lausitz verdient gemacht hat, und von den Polen der Geschichtsforscher W. Boguslawski und der frühere Dumaabgeordnete Alfons Barczewski viel zur Verkennung des nationalkulturellen und literarischen Lebens, sowie zur Kräftigung des nationalen Selbstbewußtseins und der nationalen Widerstandsfähigkeit des wendischen Volkes beigetragen. (Boguslawski hat eine Geschichte des wendischen Volkes geschrieben, welche in polnischer Sprache im Jahre 1869 in Petersburg und in wendischer Sprache im Jahre 1884 in Baugen erschien. An der letzteren hat der wendische Geschichtsforscher M. Hörnik mitgearbeitet). Die Wenden zeigten immer ein lebhaftes Interesse für die Polen in dem Posener Landesteil und in Schlesien, mit welchen sie ein gleiches Los teilen. Aber aus vielen Gründen fanden sie auf Seiten der Polen ein gleiches Interesse für ihre Sache nicht. Sie wurden auch von ihnen in nationaler Hinsicht nicht in der Weise unterstützt, wie sie es gewünscht hätten, und wie es die gemeinsamen nationalen Interessen und die Selbsthilfe zweier mit einander verwandter Völker erfordern würde.

Seit dem Ausbruch des Krieges verfolgten die Wenden mit besonderer Aufmerksamkeit die Forderungen der Polen bezüglich der Unabhängigkeit Polens, welche von den Schützenformationen, den polnischen Legionen und dem nationalen Hauptomitee (N. R. R.) gestellt wurden. Ebenso interessierten sie sich für die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Polens, wo während des Krieges schon so viele Opfer an Gut und Blut in allen drei polnischen Landesteilen, vor allem aber in Galizien und im Königreich Polen gebracht werden mußten. Die neuen Forderungen der Polen wurden den Wenden bekannt, als die polnischen Legionen im August und September 1914 die Grenzen des Königreichs Polen überschritten. Diese Nachricht wurde damals von dem wendischen Hauptorgane „Serbskr Noviny“ mit Worten des Staunens und der Bewunderung begrüßt. Auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Polen wurde das wendische Volk vor allem durch den eindrucksvollen Aufruf des polnischen Schriftstellers H. Sientewicz an die Völker Europas aufmerksam gemacht. Dieser Aufruf rief in der ganzen wendischen Presse warme Beileidskundgebungen für das tragische Los der polnischen Dörfer und der polnischen Flüchtlinge hervor.

Da die Wenden Mangel an periodischen Zeitschriften haben, so können sie im allgemeinen ihr

Interesse für die Sache und die Lage Polens während des Krieges nur in den Berichten und aktuellen Artikeln ihrer Tageblätter zum Ausdruck bringen. Die „Luzica“, welche in Baugen erscheint und die einzige sozial-kulturelle und literarische Monatschrift in der Oberlausitz ist, bringt aber schon einige größere Aufsätze, welche die polnische Frage übersichtlich und eingehend behandeln.

So ist schon in dem Juni- und Juli-Hefte aus dem Jahre 1915 (Nr. 6 und 7) ein längerer Artikel in dieser Zeitschrift — ohne Unterschrift — unter dem Titel „die Polen und der Krieg“ erschienen, in welchem der Verfasser das furchtbare Vernichtungswerk in den polnischen Ländern schildert. „Ein fruchtbarer Boden“ — lesen wir dort, — welchen das polnische Volk in Friedenszeiten fleißig bebaute, liegt heute zum großen Teil brach. Wie viel Mühe und Arbeit wird es nun kosten, um die entstandenen Schäden, wenn auch nur zum Teil wieder gut zu machen? Und wie viel unsägliches Elend, wie viel Not hat das polnische Volk bis dahin erdulden müssen? Mehr als hunderttausend Polen haben ihre Heimat verlassen. (Allein bis zum Juni 1915!) und die kämpfenden Armeen haben zu wiederholten Malen „dasselbe Land durchzogen und es vollständig verwüstet.“

„Aber es gibt noch etwas anderes, was bei weitem mehr als diese Verherung, diese Not und dieses unbefreibliche Elend das Herz der national so hoch entwickelten und selbstbewußten Polen bedrückt. Während nämlich alle großen Völker Europas ihr eigenes Staatswesen und ihre Selbstverwaltung haben, während sie, wie in Deutschland, in einem Reiche vereinigt, nur auf einer Seite kämpfen, muß das ebenfalls große polnische Volk, seiner Rechte beraubt, unter drei Mächte geteilt, auf beiden Seiten in den Kampf gehen. So muß heute ein Pole gegen den anderen kämpfen.“

Das wendische Blatt bespricht dann weiter diese empfindlichste Seite der polnischen Frage, nämlich das an den Polen begangene Unrecht, die gegenwärtigen Bestrebungen der Polen und ihre blutigen Kämpfe. Es beruft sich hierbei auf die zahlreichen Werke, welche in verschiedenen Sprachen die polnische Frage behandeln und deren Zahl seit dem Anfange des Krieges bis heute immer größer wird. Das Blatt vermerkt aber zugleich, daß es mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse ausführliche Berichte aus diesen Werken leider nicht bringen könne und deswegen auch nicht in der Lage sei, das wendische Volk über die gegenwärtigen Aspirationen des polnischen Volkes genügend aufzuklären.

Von den aktuellen polnischen Fragen bespricht es die polnische Strömung im Königreich Polen während des Krieges und das Verhältnis dieses Königreichs zu Deutschland und Rußland. Auch die Lage der Polen in Galizien skizziert es nach dem offenen Briefe, welchen der Professor Jaworski an Maximilian Harden gerichtet hat. Es teilt auch die Erklärung des polnischen nationalen Hauptkomitees und den Aufruf Sienkiewicz an die Kulturvölker mit, wobei es einen längeren Abschnitt diesem Schriftsteller widmet, welchen die große „Stunde Polens“ in Oblęgorek bei seiner Arbeit an den . . . „Legionen“ überraschte. Zum Schluß charakterisiert es noch die Tätigkeit des Hilfskomitees in den polnischen Landesteilen, in der Schweiz und in Amerika, indem es hierbei eine Reihe statistischer Ziffern anführt, welche schon die „Tagespost“ nach den Berichten des Sienkiewicz und Paderewski mitgeteilt hat.

Damit schließt der erste Teil der Abhandlung über „Polen und den Krieg“. Der Vermerk „Schluß folgt“ kündigt den zweiten Teil der Abhandlung an, in welchem die rein politische Seite der polnischen Frage, nämlich die gegenwärtigen Bestrebungen der Polen nach der

Unabhängigkeit Polens, sowie die Projekte derselben für die Zukunft besprochen werden sollten. Leider hat die Zensur diese ganze „Fortsetzung“ gestrichen, so daß die Leser der „Luzica“ den Schluß des auch für uns interessanten Artikels nicht mehr erfahren konnten.

Eine Folge einer solchen Behandlung der wendischen Presse von seiten der Zensur war es nun, daß diese Presse sich nachher nur darauf beschränken mußte, Stimmen der deutschen Presse, und von diesen nur diejenigen anzuführen, welche die polnische Frage und die mit ihr im Zusammenhange stehenden sozialen Kriegsziele am wenigsten analysierten.

So bringen jetzt die „Serbske Nowiny“ nur Nachdrucke in der polnischen Frage, und in der „Luzica“ erscheinen ab und zu noch sympathische Gelegenheitsartikel, z. B. aus Anlaß des Todes angesehenen Polen oder Wendon auf dem Schlachtfelde, wie des Geschichtsforschers Dr. L. Bakowski, des Slawisten Edmund Kłodziejczyk („Luzica“ Nr. 4 bis 5 1915), des Leutnants Dunin-Wasowicz, der bei Hofitten gefallen ist („Serbske Nowiny“ Nr. 192, 1915) des wendischen Agitators und Herausgebers eines nationalen Liederbuches Johannes Niercko, welcher bei Modlin seinen Tod fand („Serbske Nowiny“ und „Luzica“ Nr. 8—9 1915); ebenso aus Anlaß der Ausschließung des Abgeordneten Alf. Parczewski aus der Duma und anläßlich seiner Ernennung zum Professor an der Universität in Warschau („Luzica“ Nr. 3—4 1916).

Außerdem bot aber die Geschichte der Polen aus der Zeit des gegenwärtigen gewaltigen Krieges den wendischen Publizisten und Romancisten aktuelle Objekte für Erzählungen, Skizzen oder Briefe von dem Schlachtfelde. So entwirft Johannes Rutowski ein rührendes Kriegsbild — „Wojnski wobrazek“, — in welchem in drastischer Weise die Leiden der polnischen Flüchtlinge geschildert werden, welche aus Galizien in ganz entfernte Gegenden Südböhmens ziehen mußten. Diese Schilderung zeugt von einem richtigen Verständnis für die Leiden, welche diese unglücklichen Opfer des Krieges zu erdulden haben, von einem echt christlichen Mitgefühl und der Bereitwilligkeit zu jeder Hilfeleistung („Luzica“ Nr. 10—11 1915). Ein anderer wendischer Schriftsteller, J. Skala beschreibt in einem „Briefe aus dem Kriege“ u. a. die Lage polnischer Gefangener aus der russischen Armee, welche in ein internationales Gefangenenerlager geraten. („Luzica“ Nr. 5—6 1916).

Am meisten charakteristisch ist aber der „Wojnski wobrazek“, ein Kriegsbild von Johannes Lipksi (in Nr. 4—5 der „Luzica“ aus dem Jahre 1915), wo als Held der Erzählung ein polnischer Legionär auftritt. Die Erzählung bringt drei Episoden aus dem Leben eines Legionärs. Die erste schildert die traurige Lage seines Vaters, welcher mit seinen zwei Kindern aus Furcht vor der Rache russischer Häscher nach Deutschland flüchtete, um dort Arbeit zu suchen. Die zweite versetzt uns in die Zeit, in welcher der Krieg ausbricht.

Wir sehen hier den Enthusiasmus des jungen Polen, welcher auf die Kunde vom Kriege zu den polnischen Legionen eilt, um das seinem Vater zugefügte Unrecht zu rächen. Der greise Vater und seine Tochter frieden ihre Erinnerungen an die schwere Zeit ihrer Flucht auf, wo sie „nirgends zu Hause waren“ und wo ihnen vom ganzen Vaterlande nur noch das Grab geblieben, „wo die Mutter den ewigen Schlaf schläft“. Die dritte Episode schildert den Kampf der jungen polnischen Legionäre, welche sich mit feuriger Begeisterung auf den zehnmal stärkeren Feind stürzen. Das Lied „Himno Polska niechubjena“ (Noch ist Polen nicht verloren) erscholl aus der jungen Brust, und Blitz auf Blitz folgte aus dem Lauf der Gewehre. Ein tollkühner — siegreicher Angriff, aber erkauft mit einem Wall jugendlicher

Leichen. In dem Dunkel der Nacht schimmern schwache Lichter — die Toten werden gezählt. Unter ihnen befindet sich auch der begeisterte junge Krieger, welcher sein Vaterhaus in der Fremde verließ, um ein freies Vaterland zu suchen.

Und er hat es im Kampfe gefunden. Er ist als freier Pole auf einem alten Kirchhof gefallen, wo sein letztes und zugleich einziges Elternhaus — das Grab seiner Mutter.... stand.

Die Proklamierung des Königreichs Polen hat das wendische Volk und zum mindesten die wendische Presse aufs tiefste erschüttert. Charakteristisch für die Aufnahme, welche dieses Ereignis in der gesamten wendischen Presse gefunden hat, sind die erhöhten Hoffnungen und der Glaube an eine bessere Zukunft, welcher jetzt in dieser Presse zum Ausdruck kommt.

In der Tatsache der Wiederherstellung Polens, welche ein Werk der Mittelmächte, also der Deutschen war, erblicken die Wenden zugleich die Ankündigung einer Annäherung der Deutschen an die Slawen, die Notwendigkeit einer Änderung ihrer bisherigen Taktik diesen „minderwertigen Nationen“ gegenüber, und was sich daraus von selbst ergibt, ein freieres Leben auch für den wendischen Volksstamm, welcher von dem unbezwingbaren Ring des Deutschums immer mehr beengt wurde.

Die „Serbske Nowiny“ vom 6. 11. begrüßen in dem neuen Polen die nach Abstammung und Sprache nächste Schwester des wendischen Volkes, welche für die Wenden stets ein edles nachahmenswertes Vorbild in der Pflege der Kultur, in der Liebe zur Kunst und Literatur und im heißen Patriotismus war. Das Blatt erinnert auch an die Verdienste vieler Polen, welche die nationale Bewegung unter den Wenden unterstützt und viel zur Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins dieses Volksstammes beigetragen haben, welchem sonst alle verwandtschaftlichen Lebensläste von außen entzogen wurden.

Der „Brambarski Czasnik“ (die Brandenburger Zeitschrift), welcher alle vierzehn Tage in der Niederlausitz erscheint, hält den Wiederaufbau Polens vor allem für einen „Akt der Großmut und der politischen Klugheit der beiden verbündeten Monarchen.“ (16. 11.) Dank diesem Akt wird Polen nicht nur von neuem in die Reihe der freien Nationen treten, sondern auch einen Schutzwall gegen den Andrang der alten Erbfeinde bilden. Andererseits wird es aber auch durch seine Lage und dank seiner vermittelnden Rolle zu einer Friedensbrücke zwischen den beiden feindseligen Stämmen sich gestalten können. Und das polnische Volk, mit Freiheit beschenkt, zu welcher es stets ein volles und unantastbares Recht hatte, eignet sich nach jeder Richtung hin zu einer solchen Aufgabe sowohl auf Grund seiner positiven Charaktereigenschaften, als auch seiner kulturellen Fähigkeiten und seiner Toleranz. Es wird auch zweifellos diese Aufgabe zum Segen von ganz Europa erfüllen.

Das volkstümliche Hausblatt „Pomhaj Bóh“ (Gott helf'!) bringt am 10. 11. ebenfalls einen Artikel über den neuen polnischen Staat. Das Blatt erläutert den Akt der Proklamierung eines selbständigen Polens in einem längeren Kommentar, in welchem das wendische Volk aufgeklärt wird über das Verhältnis der Polen zu Rußland, über die langjährigen Kämpfe der Polen um ihre staatlichen und nationalen Rechte, über ihre herzlose Verfolgung von seiten des russischen Zarenreichs und schließlich über das gegenwärtige heldenmütige Ringen der Polen um die Wiedererlangung ihrer Freiheit, welche jetzt nun auch wirklich „Fleisch geworden“ ist.

In Bautzen, am 20. November 1916.

Aus Nr. 280 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Dezember 1916.

Die Unwissenden.

Um zu beweisen, daß die polnische Frage eine internationale Bedeutung habe, braucht man nur auf die Besorgnis hinzuweisen, mit welcher schon ein geringer Teil dieser Frage heute in der Welt behandelt wird. Diese Besorgnis ist ebenso originell wie lehrreich. Zu einer solchen Überzeugung muß man gelangen, wenn man sieht, was verschiedene Organe der ausländischen Presse bei der Erörterung der Proklamierung des Königreichs Polen durch das Novembermanifest in erster Linie betonen.

So fragt z. B. der „Manchester Guardian“: „Was beabsichtigen die Zentralmächte zu tun, um in dem polnischen Staate die Rechte der Juden zu wahren?“ Von der Beantwortung dieser Frage will der „Manchester Guardian“ sein Urteil über die Kultur der Mächte, welche die Selbständigkeit Polens proklamiert haben, abhängig machen. In gleicher Weise beeilen sich einige Blätter in den neutralen Ländern, wie z. B. in Holland, dieselbe Frage aufzuwerfen. In Ungarn war die Frage: „Wie steht es mit der Gleichberechtigung der Juden in Polen?“ sogar das Erste, worauf der Graf Tisza dem Wochenblatt „Egyenloesj“ eine Antwort zu geben hatte. Alle diese Stimmen werden von der liberalen Presse in Deutschland mit erklärlicher Sorgfalt notiert, denn auch sie scheint auf dem Standpunkte zu stehen, daß bei der Gründung des polnischen Staates die erste Sorge die Erledigung der jüdischen Frage bilden müsse — und zwar eine Erledigung dem Geist entsprechend, von welchem der überwiegende Teil der Blätter auf den beiden Halbkugeln durchdrungen ist.

Diesen Geist kennen wir nun, denn wir wissen, was für einen mächtigen Kitt die Rassengemeinschaft bildet. Und wenn die Leser jener englischen, französischen, holländischen, deutschen oder schwedischen Blätter ebenso gut auch die jüdische Frage in Polen kennen würden, so könnten wir uns den Feldzug der Presse, von welchem die Rede ist, mit aller Ruhe und Gelassenheit ansehen. Das ist aber leider nicht der Fall, denn von welcher Seite wir auch immer den gegenwärtigen Stand der jüdischen Frage in Polen betrachten, und nach welcher Richtung wir auch immer die Erscheinungen derselben prüfen, so kommen wir stets zu der Überzeugung, daß für das Ausland diese Frage ein Rätsel bildet, und zwar ein Rätsel, welches man von der Seite, welche dabei ihre Sonderinteressen vertritt, für das Ausland tendenziös, wenn nicht geradezu falsch, aber auf jeden Fall unter Verächterung der wesentlichen und unter Hervorkehrung der unwesentlichen oder erdichteten Momente auszulegen sucht.

Zur näheren Beleuchtung dessen wollen wir uns nun folgenden Fall vorstellen: Ein Leser der ausländischen Blätter liest die Nachricht, daß die Wahl-agitation in Lublin, wo jetzt der Stadtrat gewählt wird, sich um die jüdische Frage konzentriert, und daß das polnische Wahlkomitee in erster Linie darauf hinarbeitet, daß der Einfluß der „Mitbürger mosaischer Konfession“ auf die künftige Stadtverwaltung geschwächt werde. Könnte da dieser Leser der Suggestion solcher Kommentare widerstehen, welche in diesem Falle als Ursache für die Handlungsweise der Polen den Antijemitismus hinstellen, von welchem sich die Polen zur..... Unterdrückung des jüdischen Elements hinreißen lassen? Es wäre geradezu unmöglich, sich gegen eine solche Suggestion zu wehren. Und doch würde diese Suggestion ihre Kraft sofort verlieren, wenn das Ausland erfahren würde, daß in der Mittelstadt Lublins die Zahl der ansässigen, christlichen und polnischen Bevölkerung 24 657, die Zahl der

jüdischen Bevölkerung dagegen 33 506 Köpfe beträgt. Das Ausland mußte weiter auch das wissen, daß infolge eines Erlasses, der den Juden sich auf dem Lande niederzulassen verbietet, das jüdische Element schon sowohl die größeren als auch die kleineren Städte im Königreich Polen ganz beherrscht, wo seine Zahl auf 40 bis 64 Prozent der Gesamtbevölkerung gestiegen ist, daß die Juden im Königreich Polen 2 600 000 Seelen zählen, daß fast 40 Prozent von dieser Summe den ganzen Handel beherrschen, wodurch natürlich die Bildung eines polnischen Mittelstandes unmöglich gemacht wird, und daß schließlich diese 14½ Prozent der Gesamtbevölkerung im Königreich Polen nach der allgemeinen Statistik 28 Prozent Kapitalisten und Rentiers, und gleichzeitig fast 30 Prozent Berufsbettler liefern. Und da muß man hervorheben, daß diese jüdische Bevölkerung, welche also in einem agrarischen Lande in einer Stärke von 14½ Prozent der Gesamtbevölkerung vertreten ist, für die Landwirtschaft nur 0,6 Prozent Menschen, die das Land bebauen, übrig hat.

Wenn man das alles im Auslande wissen würde, so würde die jüdische Frage dort nicht mehr in dem Lichte erscheinen, wie man sie von seiten der Vertreter „der Gleichberechtigung der Unterdrückten“ und der „Berechtigung zum Leben“ darzustellen sucht. Man würde dann sicher auch einsehen, warum z. B. in Lublin der Beschluß gefaßt wurde, daß von seiten des polnischen Wahlkomitees als Wahlkandidat nicht ein Individuum aufgestellt werde, welches sein städtisches Grundstück in jüdische Hände hat übergehen lassen, und warum in derselben Versammlung noch ein Antrag angenommen worden ist, daß die Kandidatur eines solchen Polen zu beseitigen wäre, „welcher ohne zwingenden Grund in ständiger Fühlung mit den Juden lebt“. Ohne diese ziffermäßigen Kommentare, welche wir nur in den allgemeinsten Zügen geliefert haben, müßten ähnliche Beschlüsse und Anträge gerade im Auslande auffallen, wo das Zusammenleben mit einem minimalen Prozentsatz von Juden, welche in der Volksgemeinschaft vollständig aufgehen, nicht zu solchen Problemen, wie bei uns, führt und wo man keine Vorstellung davon hat, daß — wir wollen nur diese eine charakteristische Tatsache anführen —, in einem polnischen Lande, in einer polnischen Stadt der Sonnabend und nicht der Sonntag gefeiert wird und am jüdischen Versöhnungstage in dem Straßen- und Handelsverkehr ein größerer Stillstand eintritt, als am ersten Osterfeiertage. Das kennt man eben im Westen nicht, wo es nur zwei Typen eines Zusammenlebens der einheimischen, ansässigen Bevölkerung mit dem israelitischen Element gibt; entweder, wie oben erwähnt, das Zusammenleben mit einem geringen Prozentsatz der Juden, oder aber, wie z. B. in New-York, eine massenhafte Ansiedelung der Juden in abgesonderten Stadtteilen, wo das Leben dieses eingewanderten Elements in gleicher Weise, wie das Leben der Chinesen im chinesischen Stadtteil, derart abgesperrt bleibt, daß es nach außen hin kaum noch wahrzunehmen ist.

Bei uns muß aber das gedrängte Zusammenleben auf einem verhältnismäßig geringen Flächenraum zu einer politisch-kulturellen Spannung führen. Der Antisemitismus im Westen Europas, welcher unstreitig existiert und im Steigen begriffen ist, bedeutet eine kulturelle Abwehr, einen Schutz für die eigenen zivilisatorischen Überlieferungen, welche vor dem Eindringen solcher Elemente bewahrt werden sollen, welche ihnen die Kraft und die Zerkentungslust der semitischen Rasse einzuprägen sucht. Die ökonomischen Momente kommen hier weniger zur Geltung; man beschränkt sich in dieser Hinsicht auf einen erfolglosen Kampf gegen die Macht des jüdischen Kapitals oder manchmal auch gegen den Andrang des jüdischen Arbeiters. Wir

müssen aber für die Nachlässigkeit und die Verblendung ganzer Jahrhunderte büßen, in welchen den Juden die Vermittlung unseres ganzen Handels ausgeliefert und dem größten Teile auch die Rolle des dritten Standes zugestanden wurde. Der Umstand also, daß das jüdische Element in Polen in gedrängten Massen wohnt, und daß es sich dank unserer Toleranz zu uns so sehr hingezogen und bei uns glücklich fühlte, — hatte zur Folge, daß dieses Element sich in unserem Lande zahlreicher als anderswo ansammelte und nicht nur nach außen seine Eigenheiten behielt, sondern sich auch im Inneren des Landes vollständig isolierte und auch jetzt noch isoliert. Aus dieser seiner Stellung zieht es gegenwärtig nur die politischen Konsequenzen.

So erheben jetzt die Juden im Königreich Polen mit Ausnahme eines im Aussterben begriffenen Häufleins, der sog. Assimilatoren, schon Ansprüche auf die Rechte einer „nationalen Minderheit.“ In dem gewaltigen Akte vom fünften November, — so schreibt die „Mysl zydowska“ (Der jüdische Gedanke), welche in Lublin erscheint, erblicken die Juden eine Erlösung und erwarten zuversichtlich, daß die Grundlage des neuen Staatsgebäudes eine Gleichberechtigung aller Nationalitäten und die Achtung vor den Rechten der Minderheit bilden wird.“ Während also der französische, deutsche, holländische und englische Jude meistens den Grundsatz aufrecht zu erhalten sucht, daß er ein Franzose, ein Deutscher oder ein Holländer ist, stützen die Juden bei uns ihre Forderungen auf die Prämisse, daß sie keine Polen sind. Und geradezu wie eine Ironie klingt schon die Forderung, daß man „Achtung vor den Rechten der (jüdischen) Minderheit“ haben soll — gerade in Gegenden, wo, wie in einigen kleinen Städten des Königreichs Polen, die polnische Minderheit von 40 Prozent sich gegen eine jüdische Mehrheit von 60 Prozent zu wehren hat. Um welche „Rechte“ es sich hier übrigens handelt, das weiß der Westen Europas selbstverständlich auch nicht. Es würde dort wohl kaum jemand glauben, daß ein solches „Recht“ sich auf die Pflege des jüdischen Sargons und auf eine nationale Selbstverwaltung bezieht, welche auf dieser Pflege aufgebaut sein soll. Wer würde nämlich dort überhaupt auf den Gedanken kommen, daß dasselbe Element, welches im Westen „für das Herausstreten aus dem Ghetto“ kämpft, (so wird der Eroberungstrieb der semitischen Rasse euphemistisch bezeichnet), sich nach einem solchen Ghetto in Polen sehnt, dieses Ghetto dort pflegt und in diesem Ghetto leben will. Allerdings heißt das in der Sprache der jüdischen Blätter, welche polnisch gedruckt werden, eine „Erlösung“ und eine „kulturelle Selbstverwaltung“ des jüdischen Volkes.

Der Haß ist aber keine produktive Kraft, und die Unterdrückung hat noch nie etwas Positives aufgebaut. Das hat ja schon unsere eigene Entwicklungsgeschichte in einer Weise bestätigt, daß uns heute schon der gesunde Menschenverstand verbieten würde, einen solchen Haß, wenn er jetzt bei uns überhaupt noch möglich wäre, gegen die Juden zu schüren oder das jüdische Volk durch einen Druck zu knechten, den wir doch niemals ausgeübt haben, so daß wir in dieser Hinsicht sogar eine löbliche Ausnahme unter allen Völkern der Welt bilden. Aber wir haben das Recht, auf unserem eigenen Boden zu leben, uns dort zu entwickeln und unsere sozialen, sowie wirtschaftlichen Verhältnisse selbst zu regeln. So müssen auch diejenigen, welche mit uns zusammenleben, es endlich einsehen, daß unser Interesse zum mindesten ebenso hoch steht, wie das ihrige, und daß es sich auf den zweiten Platz nicht mehr herabdrücken läßt. Sonst würden sie — abgesehen von allen anderen Folgen für uns — wohl die ersten sein, welche von dem Niedertal ihrer geistigen Überlegenheit herab unsere Rawität ver-lachen würden.

Die jüdische Frage in Polen erscheint also für alle diejenigen, welche der Sache fernstehen, noch als kompliziert, und außerdem wird noch alles Mögliche getan, um sie noch mehr zu verdunkeln. Sie muß deshalb durch unsere eigene Staatsweisheit gelöst werden. Und bei dieser Lösung soll niemandem Unrecht geschehen, denn davor schützt auf dem polnischen Boden jeden schon die Erinnerung an das Unrecht, das wir selbst erlitten haben. Aber die anormalen Verhältnisse müssen wieder normal werden. Und wenn wir auch früher selbst dazu beigetragen haben, daß diese Verhältnisse sich anormal gestalteten so geschah es doch nur aus Toleranz und Menschlichkeit, sowie deswegen, weil wir das kostbare Gut der Freiheit, welches uns selbst zu Teil wurde, auch mit allen Zuglückern teilten. Und daß diese Teilung wirklich eine ehrliche war, das ergibt sich auch daraus, daß unser Land für die Juden immer ein Magnet war und wohl auch heute noch ein sicheres Asyl bildet, wenn sie, ohne sich nach der „Kultur des Westens“ besonders zu sehnen, bei uns festen Fuß fassen wollen.

Das hindert aber diese Juden nicht, jetzt über uns zu klagen und im Namen der jüdischen Nation an diejenigen Faktoren, welche den November-Akt veranlaßt haben, einen Hilferuf nach „Erlösung“ zu richten. Das hat sie allerdings ebenso wenig unter anderen Bedingungen gehindert, auf ihre russifikatorische oder germanisatorische Rolle hinzuweisen. Aber so heikle Momente muß aber die polnische Staatsweisheit zur Tagesordnung übergehen, weil diese Momente keinen politischen Faktor bilden dürfen. Wenn also polnische Stimmen in der Weise, wie wir es wünschen, ins Ausland dringen könnten, so würde die ausländische Presse jetzt wenigstens erfahren, daß wir das jüdische Problem bei uns auf der Grundlage der Gerechtigkeit lösen wollen, daß wir aber diese Gerechtigkeit auch uns gegenüber walten lassen müssen.

Teftis.

Aus Nr. 282 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Dezember 1916.

In Sachen der Erhöhung des Aktienkapitals der „Bank Związku Spółek“ (Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften“).

Mit seltener Einmütigkeit hat ebenso die Versammlung der Erwerbsgenossenschaften, wie die Hauptversammlung der Verbandsbank der Erhöhung des Grundkapitals dieser Bank zugestimmt.

Die für unsere Verhältnisse sehr bedeutende neue Emission von 6 bis 9 Millionen Mark hat also niemanden abgeschreckt und erschien auch nicht übermäßig hoch, obwohl diese Summe das bisherige Aktienkapital der Bank um 150 Prozent übersteigt.

So war es nicht mehr nötig, noch irgend jemanden von der Notwendigkeit der Erhöhung des Grundkapitals dieser Zentralbank der Erwerbsgenossenschaften, welche zugleich die größte polnische Aktienbank in unserem Landesteil ist, besonders zu überzeugen. Denn sowohl das Projekt einer solchen Erhöhung, als auch der in seinem Sinne gefaßte Beschluß, welche übrigens in der Hauptversammlung von dem Vorstande der Bank eingehend erläutert wurden, entsprach den Wünschen ebenso der Aktionäre wie der Erwerbsgenossenschaften.

Die Entwicklung einer Zentralbank der Genossenschaften muß nämlich mit der Entwicklung der Genossenschaften parallel gehen, wenn die Zentralbank ihren Verpflichtungen den Genossenschaften gegenüber nachkommen soll; denn sollte die Entwicklung der Genossenschaften auffallend anders sich gestalten, als die Entwicklung der Verbandsbank, so könnten die Genossenschaften keine richtige Stütze mehr in ihrer

Zentrale finden, deren sie zu ihrem eigenen gesunden Fortschritt bedürfen.

Man kann in dieser Hinsicht die Organisation der Genossenschaften mit dem System der Kanäle und Gräben vergleichen, welche zur Be- und Entwässerung weiter Fluren dienen. Wenn der Hauptkanal, durch welchen das Zufließen und Abfließen des Wassers geregelt wird, sich als zu eng erweist, so können auch die kleineren Kanäle und Gräben nicht mehr regelrecht und bequem funktionieren.

Die Verbandsbank ist nun als der Hauptkanal für die Ab- und Zufuhr des Geldvorrats in den Genossenschaften schon zu schmal und zu eng geworden im Verhältnis zu der von Tag zu Tag sich immer mehr entwickelnden Organisation der Genossenschaften oder vielmehr im Verhältnis zu der stets anschwellenden Geldflut, welche von ihm geregelt wird.

Allerdings konnte man in der Bank ruhig und ohne jede Gefahr auch weiter noch in derselben Weise wie bisher wirtschaften, denn über den gesunden Zustand einer finanziellen Institution entscheiden nicht so sehr die eigenen Mittel dieser Institution, als vielmehr die Zuverlässigkeit der Geschäfte, welche von ihr abgeschlossen werden. Trotzdem aber war die finanzielle Stärkung der Bank nur noch eine Frage der Zeit. Und da ist es wohl besser, daß die Erhöhung des Aktienkapitals schon jetzt, zur Zeit eines Stillstandes auf dem Geldmarkte erfolgt ist. Nach dem Kriege wird der Geldmarkt nicht mehr so ruhig bleiben, und außerdem wird es dann noch andere Arbeit in Hülle und Fülle geben.

Das Vermögen der Genossenschaften, welches aus Anteilen besteht, wächst in einer ganz anderen Weise, als das Kapital einer Aktiengesellschaft.

Die Anteile werden nämlich immer größer durch das Zuschreiben der Dividenden, durch die Einzahlungen der Mitglieder und durch den Beitritt neuer Mitglieder. Die Zahl dieser Mitglieder ist statutenmäßig nicht normiert, sie steigt in normalen Zeiten ununterbrochen. Die Entwicklung der Genossenschaften hängt zum größten Teil also davon ab, mit welchem Nachdruck von seiten des Vorstandes gearbeitet wird.

Anders liegt die Sache in den Aktiengesellschaften. Dort werden das Kapital und die Zahl der Aktien im voraus bestimmt. Das ganze Aktienkapital muß zu einer gewissen ganz genau festgelegten Zeit in die Hände der Aktionäre gelangen. Einen unbeschränkten Zuwachs an Aktien und Aktionären gibt es nicht. Wenn deshalb eine Aktiengesellschaft sich entschlossen hat, ihr Kapital wieder zu erhöhen, so kann es nur mit einem Schlage geschehen.

So vollzieht sich die Entwicklung der Genossenschaftsorganisationen allmählich, aber ständig, die Entwicklung der Aktiengesellschaften dagegen ruckweise, durch kräftige Vorstöße.

Die Verbandsbank, welche der Entwicklung der Genossenschaften finanziell standhalten mußte, suchte nun durch eine Reihe solcher Vorstöße schon früher ihr Kapital zu vergrößern, um sich dem immer breiteren Rahmen des Verbandes der Genossenschaften anzupassen. Das zeigen folgende Ziffern:

Das Jahr	Aktienkapital der Verbandsbank	Bilanzsumme der Genossenschaften einschließlich der Genossenschaften in Schlesien	Verhältnis, wie:
1886	40 000	12 Mill.	1 : 300
1888	500 000	13 Mill.	1 : 26
1900	1 000 000	58 Mill.	1 : 58
1905	3 000 000	132 Mill.	1 : 44
1909	6 000 000	262 Mill.	1 : 43
1916	15 000 000	wahrscheinlich 400 Mill.	1 : 30

Je mehr sich das Arbeitsfeld des Verbandes der Genossenschaften erweitert, desto höher sind naturgemäß auch die Forderungen, welche der Verband der Genossenschaften an die Verbandsbank stellt und desto kräftiger muß deshalb auch die finanzielle Grundlage dieser Bank, nämlich ihr Aktienkapital sein. Die Tendenz nach einer solchen Kräftigung des Grundkapitals tritt in der Verbandsbank vor allem seit dem Jahre 1900 deutlich hervor.

In der Hauptversammlung der Bank ist es zu einer lebhaften Debatte über den Antrag gekommen, daß die neuen Aktien nicht mehr persönlich auf den Inhaber, sondern auf den Vorzeiger ausgestellt werden sollten. Und da wurde aus Besorgnis für das weitere Gedeihen der Verbandsbank die Befürchtung ausgesprochen, daß die Bank, wenn sie Aktien auf den Vorzeiger ausstellen würde, in Abhängigkeit von einer Gruppe von Aktionären geraten könnte, welche den größeren Teil der Aktien aufkaufen, die Bank auf diese Weise in ihre Gewalt bekommen und sie dann auch auf schiefe Bahnen leiten könnten.

Es kommt im finanziellen Leben der Aktiengesellschaften allerdings vor, daß irgend jemand im stillen Aktien der Gesellschaft auskauft, und wenn er schon den größeren Teil derselben erworben hat, auf einmal Herr der ganzen Organisation wird.

In der Verbandsbank kann sich aber ein solcher Fall nicht ereignen. Denn drei Viertel aller Aktien dieser Bank befinden sich in den Händen der Genossenschaften, und diese Genossenschaften werden sicherlich auch bei der neuen Emission wiederum den größeren Teil der Aktien an sich bringen. Die Genossenschaften besitzen ihre eigene Organisation und nehmen als Aktionäre an allen Hauptversammlungen der Bank teil, wo sie entweder persönlich oder durch ihre Vertreter das ganze in ihrem Besitz befindliche Kapital repräsentieren. Bei einer solchen Kontrolle ist es ausgeschlossen, daß eine Gruppe von Aktionären sich der Verbandsbank jemals in einer unrealen Absicht bemächtigen könnte, zumal da auch die Mehrzahl der Privat-Aktionäre ebenso wie die Genossenschaften mit allem Eifer darüber wacht, daß die Verbandsbank ihrer Hauptaufgabe stets treu bleibt. Überdies besteht statutenmäßig auch der Aufsichtsrat der Verbandsbank zu zwei Dritteln aus Vertretern der Genossenschaften, und die Tätigkeit der Bank wird ebenfalls statutengemäß noch im besonderen von dem Kurator der Genossenschaften beaufsichtigt. Also auch darin liegt sowohl für die Genossenschaften als auch für unser ganzes Volk die Garantie, daß die Verbandsbank ihrer Aufgabe niemals untreu werden wird.

Dafür sind aber Aktien, welche auf den Vorzeiger ausgestellt werden, außerordentlich bequem für jeden Privatkapitalisten. Der neue Aktionär muß nämlich auch noch den Zeichnungsbogen unterschreiben, aber er kann die erworbene Aktie sofort ohne irgendwelche weiteren Formalitäten weiter verkaufen, verschenken usw.

Für die Verbandsbank gilt nämlich als Inhaber der Aktie derjenige, welcher die Aktie in seiner Hand hat.

Es ist nun klar, daß auf diese Weise der Ankauf von Aktien den Privatkapitalisten und hauptsächlich denjenigen unter ihnen erleichtert wird, welche es nicht gern sehen möchten, daß irgend jemand erfahre, ob und wie viel Aktien sie besitzen. Viele Kapitalisten können dann ihr Geld ganz einfach in einer Genossenschaft niederlegen und verlangen, daß die Genossenschaft dafür auch Aktien für sich erwerbe. Die Genossenschaft rechnet sodann, nachdem sie die Aktien bereits in Empfang genommen hat, mit diesen Kapitalisten ab und händigt ihnen die erworbenen Aktien

aus. Dann wird der Name des betreffenden Interessenten nicht einmal in das Verzeichnis derjenigen eingetragen, welche die Aktien gezeichnet haben.

Es ist auch anzunehmen, daß die Genossenschaften den Privatkapitalisten den Erwerb von Aktien überhaupt auf diese oder jene Weise erleichtern werden, aber andererseits liegt es auch im Interesse der Genossenschaften sowie ihres Verbandes, daß sie sich auch selbst an der Zeichnung der Aktien in entsprechender Weise beteiligen.

Es ist sonst Sitte in den Aktiengesellschaften, welche sich auf einer gesunden finanziellen Grundlage entwickelt haben, daß sie ihre neuen Aktien zu einem höheren Preise verkaufen, als es die Summe ist, auf welche die Aktien ausgestellt werden. Das geschieht vor allem dann, wenn durch konstante Gewinne einer Aktiengesellschaft eine hohe Dividende gesichert wird, oder wenn dieses Institut über hohe Reserven verfügt.

Die Verbandsbank ist nun im Besitz von Bilanzreserven in der Höhe von 1 600 000 Mark. Bei einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark sind es also 10 Prozent des Aktienkapitals. So wäre es wohl recht und billig, daß die neuen Aktionäre, welche zugleich Miteigentümer dieses von den früheren Aktionären angesammelten Reservefonds sind, beim Ankauf der neuen Aktien auch noch einen Zuschlag von 10 Prozent geben und insolgedessen für eine Aktie, welche auf 1000 Mark ausgestellt ist, 1100 Mark zahlen.

Trotzdem aber auch von seiten der früheren Aktionäre sich Stimmen vernehmen ließen, welche tatsächlich verlangten, daß von den neuen Aktionären jene 10 Prozent zugunsten des Reservefonds gezahlt werden, so hat man doch beschlossen, die neuen Aktien nur zum einfachen Preise abzugeben, zumal mit ihnen noch eine Stempelgebühr verbunden ist, welche gegenwärtig 47,72 Mark vom Tausend beträgt und welche die Aktionäre selbst zu entrichten haben. Aber trotz dieser Stempelsteuer erhalten die neuen Aktionäre ihre Aktien selbstverständlich noch unter tatsächlich sehr günstigen Bedingungen, da sie doch für eine Aktie, welche einen wirklichen Wert von 1100 Mark repräsentiert, nur 1 047,72 Mark zu zahlen brauchen.

Dieses Rechenexempel wird nun meistens nicht beachtet, wenn von der Stempelgebühr die Rede ist.

Ebenso wenig wird aber andererseits auch daran gedacht, daß man die Stempelgebühr als ein Aktivum in die Bilanzen einstellen kann und darf und daß insolgedessen sich eine Aktie, welche auf 1000 Mark ausgestellt ist, mit einer Summe von 1 047,72 Mark eintragen läßt, zumal wenn diese Aktie — was bei den neuen Aktien der Verbandsbank der Fall ist — in Wirklichkeit einen solchen Wert repräsentiert.

Wenn man nun eine solche Aktie weiter verkauft, so wird man für sie sicher auch wenigstens 1 047,72 Mark verlangen, und zwar um so mehr, als durch die Dividende eine hinreichende Verzinsung gesichert ist. Für die Höhe dieser Dividende kann und darf die Verbandsbank allerdings keine Garantie übernehmen, denn die Satzungen der Bank enthalten für die Höhe der Dividende überhaupt keine bindenden Vorschriften.

Aber die Bank zahlte bis dahin mit Ausnahme der ersten zwei Kriegsjahre 6 Prozent Dividende. Und die Direktion der Bank erklärte, daß auf Grund der gegenwärtigen Umsätze auch für das Jahr 1916, insofern keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, eine Dividende von 6 Prozent zu erwarten sei. Wenn wir also 6 Prozent als Basis für unsere Berechnung nehmen, so erreichen wir bei einem Preise von 1 047,72 Mark, welcher für eine Aktie zu zahlen wäre, eine Verzinsung von 5,73 Prozent, und eine

solche Verzinsung ist doch sicherlich ebenso für die Genossenschaften, wie für die Privatkapitalisten vorteilhaft genug. Angesichts dessen kann man auch ruhig von dem Rechte Gebrauch machen, die neuen Aktionäre schon mit der Stempelgebühr in die Bilanz der Bank einzutragen und die Tilgung der Stempelgebühr auf eine Reihe von Jahren zu verlegen.

Die Zeichnung selbst geht bis jetzt in einem rascheren Tempo vorstatten. Es werden außerordentlich zahlreiche und hohe Zeichnungen auch von seiten der Privatkapitalisten gemeldet, was nur beweisen kann, daß man einerseits ein richtiges Verständnis für die Sache selbst hat und andererseits davon überzeugt ist daß der Ankauf der Aktien tatsächlich eine vorteilhafte Platzierung des Kapitals bedeutet. Der Termin für den Schluß der Zeichnungen ist bis ans Ende des Jahres 1918 ausgesetzt. Aber es liegt kein Grund vor, so lange zu warten, wenn alle Aktien vorher schon ausverkauft sein sollten. Je eher aber die Zeichnungen geschlossen werden, desto früher gelangen auch die eingezahlten Summen, auf welche gegenwärtig nur die garantierten $4\frac{1}{2}$ Prozent entfallen, als Aktien zu ihrer Dividende. Deswegen liegt es im Interesse sowohl der Genossenschaften, als auch der Privataktionäre, daß die Zeichnung möglichst bald zustande kommt und dann sofort geschlossen wird.

Der Patron.

Aus Nr. 48, 49 und 50 des Robotnik (Posen)
vom 26. November, 3. und 10. Dezember 1916.

Die XVII. Zusammenkunft der geistlichen Patrone und Vizepatrone

unseres Verbandes fand, wie angekündigt, am Montag, den 20. November d. J., im Saale an der Dominikanerkirche in Posen statt.

An dieser Zusammenkunft beteiligte sich eine verhältnismäßig geringe Zahl geistlicher Patrone bzw. Vizepatrone. Aus den eingegangenen Entschuldigungsschreiben war zu entnehmen, daß der Grund des Nichterscheinens einer erheblichen Zahl der Geistlichen in der gegenwärtig stattfindenden Parochial-Kollektion zu suchen sei. Ein spezielles Verzeichnis der Teilnehmer werden wir in einer der nächsten Nummern des „Robotnik“ bringen.

Kurz nach $\frac{1}{2}$ 11 Uhr vorm. fand sich in der Versammlung der Hochwürdige Herr Erzbischof Dr. Dalbor in Begleitung seines Hofkaplans ein. Der Hauptvorstand empfing den hohen Gast am Eingange und führte ihn in die Versammlung.

Auf Veranlassung des nichtanwesenden Vorsitzenden des Verbandes, des Prälaten Styhel, eröffnete der Patron Namski die Sitzung und entschuldigte die Abwesenheit des Vorsitzenden damit, daß sich dieser zwecks Teilnahme an sehr wichtigen Beratungen der polnischen Abgeordneten-Fraktion nach Berlin begeben mußte. Alsdann begrüßte er den Herrn Erzbischof, dankte ihm für die seinerseits dem Arbeiterverbande erwiesene Aufmerksamkeit und bat ihn auch um weitere Unterstützung der Bestrebungen dieses Verbandes.

Hierauf ergriff der Herr Erzbischof das Wort und erklärte, daß er gern in diese Zusammenkunft gekommen sei, um damit zu zeigen, daß er ebenso wie seine Amtsvorgänger die Tätigkeit dieses Verbandes unterstütze und ihn mit seiner besonderen Fürsorge umgebe. Er sei auch gern bereit, die Geistlichkeit zu einer eifrigen Mitarbeit auf dem Gebiete des Verbandes zu ermuntern.

Bei Beginn des Krieges hatte es den Anschein, als ob nunmehr in den organisatorischen Arbeiten ein Stillstand eintreten würde, — das ist jedoch nicht geschehen. Wie wir sehen, ist jetzt im Gegenteil

in allen geistigen und Vereinsangelegenheiten eine angestrenzte Rührigkeit und Lebendigkeit wahrnehmbar. Nach dem äußeren Kriege ist ein innerer Kampf zwecks Erreichung von Änderungen auf dem Gebiete der Religion, der Schule und der Vereinstätigkeit zu erwarten.

In Deutschland sind Strömungen entstanden, welche die Vereinigung aller Bekenntnisse zu einer gemeinschaftlichen Religion bezwecken. Von dieser Strömung kann möglicherweise auch unsere Heimat heimgesucht werden. Es ist daher unsere Pflicht, in dieser Beziehung auf der Wacht zu sein.

Auf dem Gebiete der Schule ist die Lösung ergangen, eine einheitliche Schule zu gründen, die alle Volksschichten und Bekenntnisse umfaßt. Nur die Schule allein, nicht die Eltern, soll entscheiden, welche Kinder höhere Schulen besuchen dürfen.

Auf sozialem Gebiete sind bereits zahlreiche Änderungen eingetreten. An die Stelle der Krieger sind bereits zahlreiche weibliche Personen getreten, so daß es für jene nach ihrer Rückkehr an Beschäftigung fehlen dürfte. Also auch hier sind Umwälzungen zu erwarten.

Schließlich lobte der Herr Erzbischof die Themen der Vorträge der heutigen Zusammenkunft, ganz besonders die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten hervorhebend. Schon in einem besonderen Rundschreiben an die Geistlichkeit habe er diese aufgefordert, sich der Sache der Kriegsbeschädigten ganz besonders anzunehmen. Heute mache er auf die Organisation der Volks-Fürsorge für die Kriegsbeschädigten aufmerksam, welche sich auf das ganze Deutsche Reich erstreckt. Zu dem Komitee dieser Organisation gehörten auch zwei katholische Bischöfe. In den einzelnen Provinzen, also auch in der Provinz Posen, hätten sich Unterkomitees und in den Kreisen Abteilungen derselben gebildet. An der Tätigkeit dieser Abteilungen müßte sich auch unsere Geistlichkeit beteiligen, damit sie sich gegebenenfalls auch unserer polnischen Vertriebenen annehmen könnten. Möchten die heutigen Vorträge die Anwesenden ermuntern, sich dieser Sache in der angegebenen Richtung anzunehmen.

Nach der Ansprache des Herrn Erzbischofs nahm der Vertreter des Generalsekretärs, der Geistliche Dymek das Wort zu einem Vortrage über das Thema: „Übersicht über die Vereinsangelegenheiten“. Redner besprach den im „Robotnik“ veröffentlichten Vereins-Geschäftsbericht für das Jahr 1915 und gab statistische Zahlen der Vereine und deren Mitglieder sowie der zum Heere Einberufenen und der Gefallenen. Bei der Besprechung der inneren Tätigkeit bemerkte er, daß der gegenwärtige Stillstand nicht eine Folge des Krieges, sondern, daß er vielmehr hauptsächlich auf die Gleichgültigkeit der Mitglieder der Vorstände zurückzuführen sei. Referent forderte auf, die unterbrochene Arbeit im früheren Umfang wieder aufzunehmen, namentlich Versammlungen zu veranstalten bzw. Arbeitergottesdienste abzuhalten, falls Versammlungen nicht veranstaltet werden könnten. Das Bücherwesen sei während des Krieges zu völligem Stillstand gekommen, es müsse daher wieder belebt werden. Die Vereine gingen zu wenig gemeinsam zur heiligen Kommunion, wie wohl es in dieser Beziehung keine Hindernisse gebe. Er empfahl, die so überaus wichtige Organisation der Vertrauensmänner wieder einzuführen. In der Zeit des Krieges habe es sich gezeigt, daß sich die Sterbekassen auf schwache Grundlagen stützten. Viele von ihnen hätten die Zahlungen vollends eingestellt. Infolge dessen habe der Hauptvorstand, gestützt auf die ihm seitens der Delegiertenversammlung gegebene Vollmacht, wieder Verhandlungen mit der „Vesta“ gepflogen, um die Gewährung der Sterbegelder auf feste Grundlagen zu stützen.

Von den Verbandseinrichtungen hatten am meisten die unentgeltlichen Rechtshilfsbüros gelitten, die man habe schließen müssen. Die Ursache dieser traurigen Notwendigkeit sei der ungeheure Rückgang des Abonnements des „Robotnik“. Es zeige sich, welche große Bedeutung der „Robotnik“ für den Verband besitze. Er helfe nicht nur, die Verbandseinrichtungen zu erhalten, sondern er sei außerdem ein starkes Bindeglied in den einzelnen Vereinen. Das Ergebnis des Stillstandes sei der große Niedergang des Organisationsgedankens unter den Vereinsmitgliedern, was sich in der Gleichgültigkeit hinsichtlich der Angelegenheiten der Vereine und des Verbandes und in der Nichtbeachtung der Verbandsbeschlüsse offenbare, die doch die Vereine ebenso verpflichteten wie in Friedenszeiten. Diese Gleichgültigkeit mache sich ebenso in den Kreisen der geistlichen Patrone bemerkbar.

Wenn man die Arbeit unterbrechen wollte, dann müßte nach dem Kriege mit ihr von neuem begonnen werden, die Anstrengungen ganzer Jahre würden also vergeblich gewesen sein. Nach dem Kriege aber warteten der Arbeiter neue Aufgaben, die wir nur dann werden erfüllen können, wenn der Verband stark und auf die Erfüllung dieser Aufgaben gut vorbereitet sein werde. Man wisse nicht, was die Zukunft bringen werde, müsse aber damit rechnen, daß die Krieger, welche die rechtmäßige Arbeit verloren hätten, gewöhnt seien, auf die Schrecknisse des Krieges zu blicken, mit verschiedenen Leuten zusammengekommen seien, mit der Lehre des Krieges und mit den nationalen Pflichten im Widerstreit stünden und so in der Volksgefamtheit ungesunde Grundsätze verbreiten würden. Gegenwärtig laste auf den Vereinen die Pflicht, sich der Kriegsinvaliden und der Familien der gefallenen Mitglieder anzunehmen. Die Vereine sollten dafür sorgen, daß die Krieger nach dem Kriege gern wieder die Vereine aufsuchten. Zu diesem Zwecke sei es notwendig, daß zwischen den Vereinen und den Kriegern engste Fühlung bestehe.

Der Vortragende trug so dann die beiden nachstehenden, seine Ausführungen kurz zusammenfassenden Entschlüsse vor:

I.

Damit der Verband die schwere Zeiten überdauere und sich erfolgreich den möglichen gefährlichen Einflüssen für die Kirche und die soziale Ordnung nach dem Kriege entgegenstellen könnte, ist es nötig, daß möglichst alle Vereine die normale Arbeit wieder aufnehmen und nicht die ganze Zeit des Krieges hindurch ausharren. Deshalb fordert die XVII. Zusammenkunft der geistlichen Patrone und Vizopatrone des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter alle Verbandsvereine auf, die Arbeit von neuem energisch mit Ausdauer wieder aufzunehmen.

II.

Zum Zwecke der Vorbereitung einer zielbewußten und energischen Arbeit der Vereine nach Beendigung des Krieges und zum Zwecke der Gewährleistung einer möglichst großen Mitgliederzahl empfiehlt die XVII. Zusammenkunft der geistlichen Patrone und Vizopatrone den Vorständen der einzelnen Vereine, mit den Kriegern durch die Zustellung des „Robotnik“, der Jahresberichte und anderer Verbandsnachrichten an sie in engste Fühlung zu treten.

Zu dem Vortrage nahm der geistliche Patron Adamski das Wort; er stellte fest, daß leider die gleichgültigsten Arbeiter nicht anwesend seien. Er bat deshalb die anwesenden geistlichen Patrone, andere anzuregen und sie zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Vereinsarbeit anzuhalten. Die geistlichen Patrone sollten sich nicht abschrecken lassen durch Schwierigkeiten,

auch nicht durch den Mangel der Früchte der Arbeit, die nicht gleich zu sehen seien. Die Arbeit der Vereine sei auf lange Jahre hinaus berechnet, ihre Früchte würden also auch nach Jahren im vollen Umfange an den Tag treten, dann, wenn der Arbeiterstand auf eine höhere soziale Stufe gelangt sein werde. Der Mangel einer gründlichen sozialen Ausbildung müsse durch eigene Arbeit nach der Richtung der Vertiefung der sozialen Kenntnisse erfolgen. Nach dem Kriege werde wahrscheinlich eine neue, diesen Sachen gewidmete Schrift erscheinen.

Der Vorsitzende ließ über die Entschlüsse abstimmen, sie wurden einstimmig angenommen.

Nach Annahme der vom Geistlichen Dymek vorgeschlagenen Entschlüsse verließ der Hochwürdigste Erzbischof den Saal, und der Vorsitzende, Geistliche Adamski, erteilte dem Direktor der „Vesta“, Herrn Dr. Glowacki, das Wort zum Vortrage über das Thema „Der Anschluß der Sterbekassen unserer Vereine an die Vesta.“

Kedner besprach in ausführlicher Weise die vorteilhaften und nachteiligen Seiten der Sterbekassen, worauf er die Bedingungen darlegte, auf Grund deren die Vesta die Sterbekassen unserer Vereine übernehmen könnte. Das Projekt, so meinte Kedner, sei ein Ergebnis umfangreicher Beratungen zwischen dem Hauptvorstande des Verbandes und der Vesta.

Auf die seitens des Generalsekretariats an sämtliche Vereine gesandten Fragebogen hatten nur 100 Vereine eingehend geantwortet. — Auf Grund dieser nicht zahlreichen Fragebogen stellte Kedner zunächst die Verschiedenheit unserer Kassen fest, die sich in ihrem Systeme, in der Art der Einziehung der Beiträge, in der Höhe des Sterbegeldes und der angesammelten Reservefonds offenbart.

Insbesondere erinnerte der Vortragende an einen gewissen Verein, der in der Sterbekasse 900 Mark angesammelt habe. Diese Summe sei ziemlich hoch, wenn man aber bedenke, daß diese Kasse 2000 Mitglieder besitze, so entfielen auf den Kopf eines Versicherten kaum 4,50 Mark. Das sei, wenn man berücksichtige, daß die Kasse seit vielen Jahren bestehe und eine erhebliche Zahl von Mitgliedern in hohem Alter stehe, gar wenig.

Aus den zurückgesandten Fragebogen gehe hervor, daß sich die Sterbekassen als viel zu schwach erwiesen, um den gegenwärtigen Krieg zu überdauern. Nur wenige Kassen arbeiteten einigermaßen günstig.

Herr Dr. Glowacki besprach sodann eingehend die Frage, warum sich die Sterbekassen in ihrer jetzigen Gestaltung nicht erhalten könnten und gelangte zu der Überzeugung, daß sie im Laufe der Zeit alle zu Falle kommen müßten.

Die Versicherung der Leute auf den Todesfall müsse sich auf wissenschaftliche Grundlagen, auf die Sterbestatistik stützen. Man könne nicht gleiche Sterbesummen pro Mitglied zahlen, wenn das eine Mitglied im 20. und das andere im 50. Lebensjahre beigetreten sei. Daraus erkläre sich die Erscheinung, daß sich vor allem ältere Mitglieder in die Kassen gedrängt hätten. Sie hätten die Allgemeinheit der jüngeren Mitglieder ausgenützt, die bei längerer Lebensdauer Aussicht hätten, 2, ja sogar 3 mal soviel einzuzahlen, als die Familien im günstigsten Falle nach ihrem Tode erhielten, sofern die Kasse überhaupt dann noch bestehen würde.

Manche Sterbekassen, die gerecht zu verfahren dachten, hätten die Höhe des Sterbegeldes von der Dauer der Zugehörigkeit zur Kasse abhängig gemacht und zahlten das Sterbegeld in Stufen. Doch auch das sei schädlich, denn die Sterbekasse sei ja keine Sparkasse. Ihr Zweck sei vielmehr, die Versicherung einer gewissen Summe auf einen so unvorhergesehenen Fall wie es der Tod sei. Es sei doch nicht Schuld des Mitgliedes, daß es im jüngeren Alter nach einem oder

vier Jahren der Zugehörigkeit zur Kasse sterbe. Solchen Mitgliedern geschehe ein großes Unrecht.

Wenngleich sich die Gewährung des Sterbegeldes im Verein auf die Sterbestatistik stützen würde, so könne auch dann jede Berechnung täuschen, denn eine einzige Epidemie, ein Unglück in der Grube oder Fabrik könne eine solche lokale Kasse völlig zu Falle bringen. Die Versicherungsgesellschaften, die sich darüber klar seien, dehnten ihre Tätigkeit auf den allergrößten Raum, auf die größtmögliche Zahl von Versicherten aus.

Wenn man die Sterbekassen berücksichtige, die sich auf das Repartitionsystem stützten, so könnte es scheinen, daß sie völlig berechtigt und gut seien. Doch je kleiner die Zahl der Beitragszahler sei, desto größer müsse der auf die einzelne Person entfallende Beitrag sein. Das Repartitionsystem könne sich nur dann rechtmäßig erhalten, wenn der Zugang an neuen Mitgliedern entsprechend groß ist. Der Zugang an neuen und der Abgang an älteren Mitgliedern sei jedoch von so verschiedenen Ursachen abhängig, daß alle Berechnungen zwecklos seien. Dazu komme noch der Umstand, daß ein größerer Abgang von Mitgliedern, sei es infolge Todes oder anderer Gründe, wie z. B. Abgang einer größeren Zahl von Mitgliedern infolge Schließung einer Fabrik, deren Arbeiter versichert waren, schon gar nicht zu reden vom Kriege, die ganze Sterbekasse in Gefahr bringe. Die Kassen der Verbandsvereine, die sich auf das Repartitionsystem stützten, befänden sich in immer größeren Schwierigkeiten, weil die jüngeren Mitglieder solchen Kassen nicht gern beiträten und die älteren nach und nach starben. Kein Mitglied, das Jahrzehnte hindurch zahle, habe die geringste Sicherheit, ob seine Familie überhaupt nach seinem Tode Sterbegeld bekomme.

Die Mitglieder der Arbeitervereine wechselten gar häufig ihre Arbeitsstellen, sie gingen aus einem Verein in den andern über. Häufig erlitten die Mitglieder Schaden, wenn sie einem Verein beiträten, der gar keine Sterbekasse besitze oder der bei weitem geringere Summen zahle.

Man müsse zugeben, daß die lokalen Sterbekassen im allgemeinen etwas billiger seien wie die Versicherungsgesellschaften, weil sie ihre Kassen unentgeltlich verwalteten. Angesichts dessen aber, daß sich mit der Einziehung der Beiträge die Vereine bzw. das Generalsekretariat befassen würden, könne die Besta den Arbeitervereinen günstige Bedingungen gewähren. Nach der Erfahrung, die man mit dem Verbands der Vereine erwerbstätiger Frauen gemacht, werde man einen sehr vorteilhaften Weg finden. Ebenso seien Zehntausende von Sterbekassen verfahren, die noch bis vor kurzem in Deutschland bestanden und die dieselben Fehler besaßen hätten, wie die Kassen der Arbeitervereine. Nach einer Reihe von Bankrotten hätten die deutschen Kassen zu Beginn des 20. Jahrhunderts begonnen, sich auf die Versicherungsgesellschaften zu stützen. Im Verlaufe von 10 Jahren hätten sich über 1000 dieser Kassen mehr oder weniger eng mit Versicherungsgesellschaften verschmolzen. Bei gutem Willen von Seiten der Kassen und des Verbandes der katholischen Vereine polnischer Arbeiter könne man zu einer Lösung dieser Sache kommen. Die Besta werde ihrerseits alles daran setzen, um dem Verbands zur Durchführung der notwendigen Reform zu verhelfen.

Die größten Schwierigkeiten würden die Kassen bereiten, die bedeutende Fonds besäßen. Die Vorschläge der Besta seien so, daß sie jeder Verein, besäße er auch die größten Fonds, annehmen könne. Die Fonds würden weiterhin festes Eigentum der Sterbekassen der betreffenden Vereine bleiben. Weil dieses Geld durch die älteren Mitglieder aufgebracht worden sei, sollte sie der Verein benutzen, um bessere Bedingungen für diese Mitglieder zu erreichen. Nach dem Projekte der Besta sollten die Mitglieder, die im Alter

von über 50 Jahren beiträten, nur 50 bzw. 40 Mark Sterbegeld erhalten; über 60 Jahre alte Mitglieder dagegen könnten nur dann versichert werden, wenn sie ein Eintrittsgeld entrichteten. Ein Verein, der Fonds besäße, habe die Pflicht, für die älteren Mitglieder das Eintrittsgeld zu zahlen.

Der Vortragende trug sodann das Projekt für die Bedingungen vor, auf Grund deren die Besta unsere Sterbekasse übernehmen könnte. Wir geben das Projekt nicht in seinem ganzen Umfange bekannt, bringen vielmehr nur seine grundsätzlichen Bedingungen. Jeder Versicherte hat monatlich 25 Pfg. zu zahlen. Das Sterbegeld wird beim Tode gezahlt. Wer sich vor dem 40. Lebensjahre versichert, erhält, entsprechend dem Alter, in dem er sich versichert, 150 bis 155 Mark, Beiträge aber zahlt er nur bis zum 55. Lebensjahre. Wer sich vom 40. bis zum 50. Lebensjahre versichert, erhält 65—45 Mark und zahlt Beiträge bis zum 65. Jahre. Wer sich in der Zeit vom 55. bis 60. Jahre versichert, bekommt 50 bzw. 40 Mark, zahlt aber Beiträge bis zum Tode. Wer über 60 Jahre alt ist, zahlt Beiträge ebenfalls bis zum Tode, muß aber beim Eintritt zur Versicherung ein Eintrittsgeld entrichten. An Sterbegeld würde er 40 Mark erhalten. Wer sich den vollen Versicherungsbeitrag im Falle des Todes im gegenwärtigen Kriege sichern will, muß neben den normalen Beiträgen einen einmaligen 5%igen Zuschlag von der Versicherungssumme entrichten.

Zum Schlusse verglich der Vortragende die Besta mit den drei größten deutschen Versicherungsgesellschaften. Daraus geht hervor, daß die Besta dem Verbands 20% Ermäßigung gewährt. Das kommt daher, weil sich mit der Einziehung der Beiträge die Vereine bzw. das Generalsekretariat befassen werden, so daß keine Kosten entstehen.

Der Geistliche Adamski dankte dem Referenten für die eingehenden Erläuterungen und bot noch seinerseits einige Aufklärungen. Der Verband werde mancherlei Kosten zu tragen haben, er tue das aber für das Wohl des Vereins gerne. Die Vereine würden bei der Einsammlung der Beiträge vermitteln und sie dem Generalsekretariat überweisen. Wenn ein Mitglied aus dem Vereine austrete, dann setze es sich hinsichtlich der Versicherung ernstlichen Verlusten aus. Schwierigkeiten würden wohl sicherlich diejenigen Vereine machen, die Reservefonds besäßen, namentlich würden sich die Kassierer sträuben, Geld herauszugeben. Deshalb sollten die geistlichen Patrone den Mitgliedern die Sache genau erläutern und die Vereine veranlassen, aus den günstigen Bedingungen Nutzen zu ziehen. Zwang werde man nicht anwenden.

Propst Lisiecki aus Bnin erinnerte an die Entschließung der 14. Delegiertenversammlung vom Jahre 1913, welche den Hauptvorstand ermächtigt, mit der Besta entsprechende Verhandlungen zu führen und meint, der Hauptvorstand könne angesichts dessen völlig selbständig verfahren.

Die geistlichen Patrone nahmen den Vorschlag der Besta zur Kenntnis und gaben zu der Abmachung ihr Einverständnis.

Hierauf vertagte der Vorsitzende die Versammlung bis 3 Uhr nachmittags.

Nach Eröffnung der Nachmittagsberatungen machte der Vorsitzende den Vorschlag, die Tagesordnung zu ändern, zunächst den Punkt 6 und 7 zu besprechen. Die Versammelten waren damit einverstanden.

Geistlicher Adamski widmet herzliche Abschiedsworte dem bisherigen Generalsekretär, Propst Lisiecki, der, weil er nach Bnin übergesiedelt ist, sein Amt niederlegen mußte; er dankte ihm für die ausdauernde und erfolgreiche Arbeit im Verbands. Im Sinne des Vorschlags des Hauptvorstandes wählte die Versammlung zum Generalsekretär auf drei Jahre den Geistlichen Valentin Dymek aus Posen der den Generalsekretär bereits seit dem 1. Juli d. J.

vertritt. Kanonikus Grzenda legte sein Amt im Hauptvorstande nieder und erklärte, eine Neuwahl nicht wieder annehmen zu können. Den Geistlichen Adamski wählte man für drei weitere Jahre und den Propst Lisiecki für zwei Jahre. Bei dem Punkte der Tagesordnung „Freie Stimmen“ berührte der Vorsitzende auf Antrag des Dekans Borkowski aus Borek die Angelegenheit betreffend die Erweiterung des „Robotnik“. Weil sich in dieser Beziehung erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen, wurde empfohlen, diese Sache dem Hauptvorstande zur Erwägung zu überlassen.

Propst Bonk aus Schwarzenau stellte unter der Adresse des Hauptvorstandes den Antrag, dieser möge die geistliche Behörde bitten, sie wolle für den Bereich des II. Armeekorps die Genehmigung zur Veranstaltung von Versammlungen nachsuchen.

Nach Erledigung der Punkte 6 und 7 der Tagesordnung kehrte der Vorsitzende zu dem Punkt 4 zurück und erteilte dem Herrn Dr. Wierzejewski das Wort, der einen sehr interessanten Vortrag über das Thema „Die Kriegsinvalidenfürsorge“ hielt.

Die Kriegsinvalidenfürsorge könne man einteilen in eine behördliche und in eine bürgerliche Fürsorge.

Die behördliche Fürsorge beginne sofort nach der Verwundung oder nach der Erkrankung. In den musterhaft eingerichteten Militär Lazaretten scheue man keine Mittel, um den Kranken vollständig zu heilen. Ein solches Ergebnis werde zum bedeutenden Teile erreicht, denn fast 80% der Verwundeten kehrten wieder zum Dienste zurück. Es bleibe aber doch ein bedeutender Prozentsatz an Invaliden, die durch die Bemühungen der Ärzte zu einer möglichst hohen Erwerbsfähigkeit gebracht würden. Die Erfahrungen lehrten, daß auch Kranke mit sehr großen Schäden, wenn auch nur teilweise, für den Lebensunterhalt arbeiten könnten, sofern sie mit einem Apparate oder mit einer künstlichen Hand in der Arbeit ausgebildet würden. Referent habe eine besondere Schule für Einarmige und spezielle Werkstätten eingerichtet, in denen sich die Personen mit nur einer Hand oder nur einem Bein an die Arbeit gewöhnten. Die Geschicklichkeit in der Arbeit hänge jedoch in der Hauptsache von dem guten Willen eines jeden Invaliden ab.

Wenn ein Soldat das Lazarett verlasse und zu weiterem Kriegsdienste nicht mehr fähig sei, dann erhalte er eine der Invalidität entsprechende ständige Rente und eine Kriegszulage. Wenn es sich um eine sehr schwere Verwundung handle, z. B. um den Verlust einer Hand, eines Beines, eines Auges usw., dann bekomme der Invalide noch eine Verstümmelungszulage. In sehr schweren Fällen, wenn es sich um völlige Arbeitsunfähigkeit handle, gewähre die Regierung noch eine Zusatzrente. Wenn man sie aber erhalten wolle, so müsse man einen besonderen Antrag stellen.

Hand in Hand mit der Fürsorge der Behörde arbeite die bürgerliche Fürsorge. Jede Provinz in Preußen besitze ein Hauptfürsorgekomitee für Invaliden und eine gewisse Anzahl von Kreisunterkomitees.

Im Großherzogtum Posen sei die Organisation die folgende: An der Spitze stehe das Hauptkomitee zur Fürsorge für Kriegsinvaliden. Dem Hauptkomitee unterständen die Kreiskomitees, an deren Spitze vorwiegend die Landräte stünden. Diese Komitees setzten sich zusammen aus sogenannten Vertrauensmännern, d. i. Ortsschulzen, Lehrern, am allerwenigsten Geistlichen.

Die wichtigsten Aufgaben der Fürsorge für die Kriegsinvaliden seien die nachstehenden:

1. Der Berufsrat, den hauptsächlich die Unterkomitees in Gemeinschaft mit den Vertrauens-

männern ausübten. Aufgabe der Vertrauensmänner sei es, sich mit den Familien-, Berufs- und finanziellen Verhältnissen des Invaliden vertraut zu machen und sich dessen Vertrauen zu erwerben. Die Verantwortung eines Vertrauensmannes sei sehr bedeutend, weil von seiner Geschicklichkeit das Ergebnis der Sache abhängen. Der Vertrauensmann solle den Invaliden anhalten, die Arbeit in seinem bisherigen Berufe zu übernehmen. Diese Aufgabe aber sei sehr schwer, weil die Mehrheit der Invaliden von vornherein die Fähigkeit zur Arbeit ableugne.

Am besten werde sich der Invalide stehen, der bei seinem Berufe verbleibe. Dadurch, daß er eine bedeutende Rente mit Kriegszulagen erhalte, werde er am besten gesichert sein.

Die Vertrauensmänner wären im allgemeinen ihren Aufgaben nicht gewachsen. Mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit der Berufsberatung habe man ein besonderes Bureau für Raterteilungen eingerichtet; in Posen sei ein solches allgemeines Beratungsbureau beim Hauptkomitee im Provinzialständehause eingerichtet worden. In diesem Bureau würden alle Sachen erledigt, mit denen die Unterkomitees nicht fertig werden könnten, und solcher Sachen gebe es sehr viele, nämlich 40 bis 50 täglich. Außer dem allgemeinen Bureau beständen noch Spezialbureaus — bei der Landwirtschaftskammer in Posen ein solches für Landwirte und landwirtschaftliche Beamten, ferner bei der Handwerkskammer ein solches für Handwerker, schließlich ein solches bei der Handelskammer in Bromberg.

Den Invaliden, die in den genannten Bureaus Rat nachsuchen, werde das Geld für die Fahrkarte zurückerstattet, und außerdem erhielten sie noch eine gewisse Entschädigung für Aufwand.

2. Gewöhnung des Invaliden an die Berufsarbeit, weitere Ausbildung im Beruf und endlich Ausbildung in neuen Berufe.

Weil der Invalide nur teilweise zur physischen Arbeit fähig sei, gewöhne man die Leute schon in den Lazarettwerkstätten an die Arbeit. Für diejenigen, die eine gewisse Sachausbildung besäßen, veranstalte man besondere Kurse zum Zwecke der Erhaltung des Invaliden bei seinem früheren Berufe und nur, wenn die Notwendigkeit vorliege, werde er weiter ausgebildet, doch auch nur in seinem früheren Berufe.

Nur dann, wenn der Arzt feststelle, daß der Invaliden in seinem bisherigen Berufe im allgemeinen nicht arbeiten könne, führe man ihn einem ähnlichen Berufe zu. Deshalb seien neue Schulen errichtet worden, z. B. eine solche für Psörtner, Obstzüchter, Gärtner, für in Molkereibetrieben Beschäftigte. Schließlich sei auch eine sogenannte Musterlandwirtschaft bei Bromberg eingerichtet worden.

3. Arbeitsnachweis. Jeder Rat für einen Kriegsinvaliden sollte damit endigen, ihm eine ständige Stellung zu verschaffen. Hier machten sich aber sehr große Schwierigkeiten geltend, weil sich der Kriegsinvalide vorwiegend einbilde, daß er nicht arbeiten könne.

Es fehle hier an der Großindustrie, in der man den Invaliden als Arbeiter unterbringen könne; es mangle ferner an größeren Städten, in denen Psörtner, Kutscher, Diener usw. Anstellung finden könnten. Angesichts des verhältnismäßig geringen Eisenbahnnetzes fehle es an Gelegenheit, die Invaliden als Bahnwärter und Briefträger unterzubringen. Etwa $\frac{2}{3}$ der Invaliden, die nach dem Großherzogtum zurückkehrten, wären früher im Westen Deutschlands tätig gewesen; es falle diesen Leuten sehr schwer, sich unseren Verhältnissen anzupassen. Schließlich erschwere die Unterbringung des Invaliden der Nationalitäten- und Glaubensunterschied. Eine wichtige Rolle spiele auch die Anhänglichkeit unseres Volkes am heimatlichen Dorfe, das es nicht gerne für immer verlasse.

Trotz dieser großen Schwierigkeiten sei es im Verlaufe der letzten 9 Monate gelungen, 3819 Invaliden zur Zufriedenheit der Arbeitgeber, wie auch der Arbeitnehmer für die Dauer unterzubringen.

Es verbleibe jedoch noch ein bedeutender Prozentsatz von Leuten, die teilweise aus bösem Willen, teilweise aus Dummheit jegliche Vorschläge von sich wiesen. Dadurch gingen tausende des sozialen Verdienstes verloren, das umsomehr, als es keinen Invaliden gebe, der nicht wenigstens zum Teil arbeiten könnte.

Der Vortragende wandte sich in warmen Worten an die versammelten Patrone, sie möchten sich als die geborenen Ratgeber des Volkes für eine so wichtige Sache, wie es die Fürsorge für die Kriegsinvaliden sei, interessieren und als ihre eigentlichen Vertrauensmänner sich mit deren traurigem Schicksale befassen.

Am Schlusse des Vortrages belehrte Redner die Versammelten unter Zuhilfenahme von Lichtbildern darüber, zu welchen guten Resultaten die neuzeitige ärztliche Kunst und die Tätigkeit der Organisation, die sich mit der Fürsorge für die Kriegsinvaliden befasse, es gebracht hätten.

Besondere Bewunderung erweckte ein Invalide, an dem der Vortragende zeigte, welche Resultate sein eigenes Heilverfahren gezeitigt habe.

In der Diskussion über den Vortrag nahm zunächst das Wort der Geistliche Dymek und teilte mit, daß der Hauptvorstand mit dem Hauptkomitee der Fürsorge für Kriegsinvaliden in umfangreiche Verhandlungen eingetreten sei. Die Verbandsmitglieder könnten durch Vermittlung des Generalsekretariats Schutz und Fürsorge durch das obige Komitee erhalten.

Herr Redakteur Brownsford machte darauf aufmerksam, daß Post und Eisenbahn ihre Stellen für die Invaliden reservierten, die aus den Reihen ihrer Beamten hervorgegangen seien. Es sei unsere Pflicht, für unsere Invaliden zu sorgen, soweit sie zu ihren früheren Berufen zurückgekehrt seien.

Auf die Anfragen des Defans Braun und des Propites Kilinski antwortete der Referent, daß in der Tätigkeit des Komitees zur Fürsorge für Kriegsinvaliden hinsichtlich der Nationalität keine Unterschiede gemacht würden, daß man auch überall die polnische Sprache berücksichtige.

Zum Punkt 5 der Tagesordnung nahm Herr Julius v. Trzcinski aus Ostrowo das Wort zu seinem Referate über das Thema „Die Ansiedlung der Kriegsinvaliden.“

Der Vortrag ist eine Vervollständigung des ersten Vortrages, er bespricht das Gesetz von der Kapitalisierung der Invalidenrenten.

Im ersten Teile besprach Referent die Hauptgrundsätze des Gesetzes über die Kapitalisierung der Rente, er wies insbesondere darauf hin, wer an der Kapitalisierung ein Anrecht hat, wo die Anträge zu stellen sind, wie hoch die Summe der kapitalisierten Rente ist, zu welchem Zwecke dieses Kapital verwendet werden darf. Wir wiederholen die Einzelheiten nicht, weil wir darüber bereits kurz in den Nummern 26 und 28 unseres Blattes berichtet haben.

Referent äußerte sich darüber, ob wir das Gesetz über die Kapitalisierung der Rente bei uns würden anwenden können. Zunächst müsse man feststellen, daß dieses Gesetz für die Invaliden und deren Familien sehr vorteilhaft sei. Der Kriegsinvalide werde als Arbeiter nicht an die Arbeit herangehen in der Befürchtung, daß ihm die Rente genommen werden könnte. Untätigkeit sei ein schlechter Berater. Die Folge daraus würden sein Verdrießlichkeit, Unzufriedenheit über alles und über alle, der Neid gegenüber den Gesunden. Wenn er aber auf seinem Lande säßig werde, wenn auch in einer kleinen Hütte, um ausschließlich für sich und für die Seinen zu arbeiten, dann werde er sich schon bemühen, denn binnen kurzem sehe er dann die Erträge seiner Arbeit, und er werde über alles das,

was er geleistet, zufrieden sein. Wenn er auf seinem eigenen Lande finanziell auch viel schlimmer dastehen würde, als der Dominialarbeiter, so werde er doch in sozialer Hinsicht als Häusler höher dastehen, denn er sei ja Besitzer, habe sein eigenes Grundstück, sein Land, sein Haus. Er stehe somit auf der ersten Stufe der sozialen Leiter, er habe den ersten Anfang gemacht, daß sich seine Kinder, oder seine Enkel eine größere Wirtschaft erwerben könnten, daß sie zu selbständigen Leuten würden. Je mehr Besitzer die Volksgesamtheit habe, und wären es auch nur kleine, auf desto festerer Grundlage sei sie aufgebaut.

Das obige Gesetz könnten am leichtesten ausnützen die Besitzer eines Hauses mit einem Gärtchen, sogar diejenigen, die nur ein halbes Haus besäßen, und so hinauf bis zu den größten Wirten. Sie könnten am leichtesten nachweisen, daß ihr Land von den Schulden befreit werden müsse, ferner, daß sie das lebende und tote Inventar verbessern, daß sie bauen, das Feld drainieren müßten usw.

Dasselbe beziehe sich auch auf die städtischen Invaliden, die in der Stadt ein Eigentum besäßen. Es werde in der Stadt auch nicht schwer fallen, für die Invaliden und Witwen ein Stückchen Land in der Vorstadt zu erwerben, um ihr Geschäft weiter zu führen, oder um in der Vorstadt nach entsprechender Lehrzeit sich mit der Gärtnerei zu beschäftigen.

Auch auf dem Lande werde man da, wo sich eine Gemeinde befinde, wohl ein Stückchen Land erwerben können, um darauf ein Haus zu erbauen. Größere Schwierigkeiten würden in den Gutsdörfern entstehen; aber auch da würden sich Mittel und Wege finden, um den Kriegsinvaliden ein Anfassigmachen zu ermöglichen.

Alle Invaliden der Arbeiterklasse sollten sich bemühen, ein Stücklein Land zu erwerben, ein Haus aufzubauen, weil sie noch eine gewisse Jahresrente bezögen, so würden sie sich sicherlich eine ruhige Zukunft schaffen. Man müsse danach trachten, daß die Arbeiter auf dem Lande blieben und nicht in die Stadt zögen, wo sie in bequemer Weise ihre Rente verzehrten und wo ihre Kinder in sozialer Hinsicht sehr leicht auf eine tiefere soziale Stufe herabsänken.

In der Diskussion nahm Herr Brownsford das Wort und bemerkte, daß die Sezhaftmachung auf dem Lande bei unserer Bevölkerung viel Anklang finde. Unser Volk sollte deshalb aus dem Gesetze über die Kapitalisierung der Rente soviel als möglich Nutzen ziehen. Redner wies sodann auf die große Gefahr für die Kinder der Kriegsinvaliden hin, wenn diese in die Stadt ziehen würden. Ihre Kinder würden sich vorwiegend auf den Straßen aufhalten und für die Gesamtheit verloren gehen.

Herr Dr. Wierzejewski wies darauf hin, daß man die Rente nicht kapitalisieren könne, sofern angenommen werden könne, daß nach fünf Jahren eine Besserung eintrete, oder wenn der Kriegsinvalide innerlich oder nervenkrank sei. Er meinte weiter, daß sich bei dem Hauptkomitee der Fürsorge für Kriegsinvaliden ein besonderer Ausschuß für Siedlungen gebildet habe. Aufgabe dieses Ausschusses sei es, die Gesetze der Ansiedlungskommission zu umgehen.

Damit war die Diskussion über diesen wichtigen Vortrag beendet.

Zum Schlusse dankte der Patron Adamski den Vortragenden für die lehrreichen und in erschöpfender Weise ausgearbeiteten Vorträge, er dankte fernerhin den versammelten geistlichen Patronen und Vizepatronen für die Beteiligung an der Zusammenkunft, gab dem Wunsche Ausdruck, daß sich für den Verband aus den besprochenen Themen die größten Vorteile ergeben mögen und schloß die Versammlung kurz nach 5 Uhr.

Aus Nr. 22 des Glos Górnika (Bochum)
vom 24. November 1916.

Im Feuilleton schreibt ein Stanisł. Piecha folgendes:

Lange wurde im Reichstage gekämpft, um den Arbeiterverbänden den politischen Charakter, den sie auf Grund des Reichsvereinsgesetzes besaßen, zu nehmen. Erst die Umwälzungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, haben verschiedene Gegner einer größeren Freiheit der Arbeiterverbände veranlaßt, ihre Ansichten zu ändern. Dasselbe trifft auf die Regierung zu, die bis dahin auf ihrem Standpunkt verharrte und die Gewerkschaften unter diejenigen Vorschriften stellte, die für die politischen Vereine gelten. Auf diese Weise trug sie dazu bei, die Entwicklung dieser Verbände zu hemmen. Die Regierung und die Reichstagsmehrheit gingen von dem Standpunkte aus, daß die Gewerkschaften eine Einwirkung auf staatliche Angelegenheiten bezweckten und deshalb politische Vereine seien. Die Verbände bestritten dies und behaupteten, daß sie lediglich „das Wohl des Arbeiters“ im Auge hätten. Der politische Charakter drückte die Gewerkschaften und schädigte sie, wenn auch mehr indirekt als direkt. Denn als politische Vereine waren sie verschiedenen Beschränkungen hinsichtlich der Aufnahme von Mitgliedern unterworfen und waren verpflichtet, ihre Satzungen der Polizeibehörde einzureichen. Das war gerade eins der größten Hindernisse im Fortschritt. Nicht allein der Hauptvorstand, sondern auch die Vorstände der Ortsgruppen mußten bei der Polizei angemeldet werden, und gerade diese Streiter waren sehr oft Schikanen von Seiten der Arbeitgeber ausgesetzt. Arbeitskündigungen und andere Unannehmlichkeiten waren die Folge, denn in vielen Gemeinden war der Amtmann zugleich Direktor des betreffenden Betriebes. Mitunter wurde auch das Amt des Amtmannes zum Nachteil der Ortsgruppe mißbraucht. Wegen der Schikanen wollte sich niemand mit der Agitation befassen, und es fiel schwer, Mitglieder zu gewinnen, da die Leute der Ruhe wegen die Gewerkschaft mieden. Wo anders wieder erhielt der Zechendirektor das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und verwertete es zum Nachteil der Ortsgruppe. Beispiele dieser Art gibt es genug.

Ein wesentliches Hindernis für die Gewerkschaften war die Vorschrift, daß Personen unter 18 Jahren nicht als Mitglieder aufgenommen werden dürfen. Es gibt keine genaue Statistik darüber, wieviel junge Leute in der Industrie beschäftigt werden, denen die Verbesserung des Daseins durch die Gewerkschaften nicht zugute kommen konnte. Man kann mit einer Million rechnen. Da die Berufsverbände in Deutschland zu Beginn des Jahres 1914 etwa 4 Millionen Mitglieder zählten, hätten sie durch die Reihen der Jugendlichen einen großen Mitgliederzuwachs und finanziell sowie moralisch eine Stärkung erfahren.

Wenn es den Gewerkschaften nicht gelungen ist, eine bessere Meinung über ihre Nützlichkeit zu erkämpfen, so ist es nicht ihre Schuld. Die Verbände haben den Arbeiter nicht allein vor der Ausbeutung in Lohnfragen geschützt, sondern auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung seine Interessen vertreten. Sie haben sich dadurch viele Feinde gemacht, zu denen nicht allein die Arbeitgeber, sondern auch ihre Freunde aus dem konservativen Lager rechnen. Gestützt auf die Mehrheit im Reichstage, haben beide Parteien sich gegen irgendwelche Vinderungen für die Arbeiter ausgesprochen. Der Vorwurf des feindlichen Lagers, daß die Gewerkschaften eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, weil sie die Gesetzgebung geändert wissen wollen, war zum Teil unbegründet. Diese Behauptungen haben sogar die Schreier selbst nicht ernst genommen. Es handelte

sich um einen Schredtschuß, der der Regierung und der abseitsstehenden Bevölkerung galt, der die Arbeiterfreiheit gleichgültig war. Was die Vorwürfe über die Einwirkung auf die soziale Gesetzgebung anlangt, so waren sie gerechtfertigt. Denn es ist klar, daß es den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein konnte, wie die Bestimmungen, besonders auf sozialem Gebiet, lauteten. Um ihren Zweck zu erreichen, waren die Verbände dazu nicht allein berechtigt, sondern auch verpflichtet. Wenn dies eine politische Betätigung war, so war sie dies nicht im strengsten Sinne des Wortes. Vielmehr handelte es sich um rein wirtschaftliche Fragen, die die staatlichen Interessen in keiner Weise berührten. Daraus kann man den Verbänden nicht den Vorwurf machen, daß sie politisch tätig waren. Wenn die Verbände so mächtige Feinde hatten, so erhellt daraus, daß sich die Feinde bedroht fühlten.

Der Schutz der Arbeiterinteressen erfordert es, daß der Arbeiter für seine Arbeit gut entlohnt wird und daß die Arbeit keine Gefahr bildet, die Leben und Gesundheit des Arbeiters bedroht. Dies alles kann man erreichen, aber nur auf Kosten des Arbeitgebers, indem seine Einkünfte kleiner werden. Verbesserung der Löhne, Kosten für hygienische Einrichtungen, Schutzmaßregeln usw. muß der Arbeitgeber tragen, der nur ungern etwas zum Wohle des Arbeiters opfern will. Kommen noch mehr Sicherheitsmaßnahmen, dann wird sich der Kampf gegen die Gewerkschaften noch verschärfen. Je mehr Macht die Gewerkschaften besitzen, desto stärker ist ihr Einfluß auf die Arbeitergesetzgebung, während im Gegenteil schwache Verbände nichts auszurichten vermögen. Jede gesetzliche Vorschrift, die den Berufsverbänden Freiheit einräumt, die ihre Macht hebt, stößt auf heftigen Widerstand leitender Kreise der Industrie und Landwirtschaft. Gerade diese Kreise haben ein Interesse daran, die Arbeiterfreiheit zu bekämpfen, da die Macht der Berufsverbände geeignet ist, auch den landwirtschaftlichen Arbeitern die Freiheit zu bringen. Diese Macht ist auch geeignet, einen günstigen Einfluß auf die elenden und skandalösen Zustände in der Landwirtschaft auszuüben.

Daß die Regierung vor dem Kriege hinsichtlich der Berufsverbände die gleiche Meinung vertrat, die die Unternehmer haben, daran waren nicht die Gewerkschaften schuld, sondern die Arbeitgeber, die die Gewerkschaften systematisch anfeindeten. Die Gewerkschaften hatten keine genügende Gelegenheit zu zeigen, daß es ihnen nur um das Los der Arbeiter zu tun ist. Es war auch die Meinung vorherrschend, die auch noch heute nicht ganz geschwunden ist, daß die mächtigen Arbeitergewerkschaften ihre Macht ausnutzen und eine Einwirkung auf politische Dinge bezwecken werden.

Ein solcher Zustand konnte nicht ewig so bleiben. Früher oder später mußte die Zeit kommen, wo die ganzen Schwierigkeiten beseitigt wurden und eine Änderung zum Besseren eintrat. Dieser Zeitpunkt ist eher gekommen als man glaubte. Als der europäische Krieg ausbrach und die Industriearbeiter zum Heeresdienst einberufen wurden, brachten sie ihr Gut und Blut dem Vaterlande zum Opfer. Ein weiterer Teil der Arbeiter war nötig zur Herstellung des Kriegsmaterials. Die Daheimgebliebenen fügten sich den Anordnungen, die die Regierung mit Rücksicht auf die Lebensmittel-Schwierigkeiten erlassen mußte. Die Regierung und andere Leute sahen endlich ein, daß dem Arbeiter für seine Mühen und Opfer mehr Freiheit gegeben werden muß, daß ihm die Fesseln abgenommen werden müssen, die ihn bis dahin daran hinderten, seine Interessen zu wahren. Der preußische Ministerpräsident versprach, daß eine Wendung zugunsten der Arbeiter eintreten würde. Und es wurde damit der Anfang gemacht, daß das

Reichsvereinsgesetz dahin geändert wurde, daß die Berufsverbände, auch wenn sie auf die Gesetzgebung einwirken, keine politischen Vereine sind. Diese Änderung bedeutet einen großen Fortschritt, da endlich die politischen Beschränkungen fortgefallen sind. Die Gesetzesänderung hat den Millionen von jugendlichen Arbeitern die Tür zum Eintritt in die Gewerkschaft geöffnet. Mit den älteren Kameraden werden sie nun Freud und Leid teilen und die noch vorhandenen Mißstände zu beseitigen suchen. Ihnen ist jetzt Gelegenheit geboten, sich fortzubilden und das Leben etwas anders zu betrachten.

Aus Nr. 283 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 7. Dezember 1916.

**Ein offener Brief
an die sich gegenwärtig in Deutschland aufhaltenden
Polen aus dem Königreich.**

Liebe Freunde!

Der diesen Brief an Euch schreibt, ist vielen von Euch schon bekannt, denn ich habe viele von Euch, besonders in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk auf meinen Seelenhirtenreisen getroffen und besucht. Aber auch diejenigen, welche mich noch nicht kennen, mögen überzeugt sein, daß jedes Wort dieses Briefes aus einem Herzen stammt, welches Euch aufrichtig liebt und sich um Euer irdisches und ewiges Glück sehr kümmert.

Meine lieben Landsleute aus dem Königreich! Ich weiß, daß Euer Los hier in der Fremde schwer ist. Ihr seid weit vom Hause, von Vater und Mutter, von der Frau und den Kindern entfernt, Ihr kennt die Sprache dieses Landes nicht genau, noch sogar die Arbeit, die Ihr jetzt ausführen müßt. Mancher von Euch hat sogar keine Kleidung und kein Geld, und wegen des furchtbaren Krieges besitzt Ihr nicht die vollständige Freiheit.

Das weiß ich alles, und trotzdem ist meine erste Bitte an Euch: Verzweifelt nicht! Auch für Euch ist noch Rat und Hilfe vorhanden.

Denkt vor allem nicht, daß der deutsche Staat von vorne herein mit Euch schlecht umgehen will. Ich habe selbst in Euerer Angelegenheit an höhere Instanzen in Deutschland geschrieben, und es wurde mir von dort entschieden geantwortet, daß man mit Euch in jeder Beziehung genau nach den Gesetzen umzugehen wünscht, und wenn ich wirklich ein Euch zugefügtes Unrecht nachzuweisen vermöchte, so solle ich dies mitteilen, und der Schuldige werde streng bestraft werden. Es müßten jedoch wirklich wahre und erwiesene Tatsachen sein.

Viele von Euch klagen, daß die Agenten verschiedene Sachen versprochen haben, die Ihr jetzt nicht erhaltet. Das kann sein. Die Agenten sind jedoch nicht der Staat. Und wenn Ihr irgend einen Kontrakt unterschrieben habet, so bleibt jetzt nichts übrig, als denselben zu halten. Solche Kontrakte kenne ich, und soweit ich dieselben kenne, habt Ihr sie für die ganze Zeit des Krieges unterschrieben. Was ist nun zu machen?

Vor allem wieder: Nicht verzweifeln! Und denkt daran, daß es Krieg ist, daß in allen europäischen Ländern Not herrscht, und daß es viele Leute in der Welt gibt, die gegenwärtig viel mehr und schwerer leiden müssen als Ihr. Und dann macht nach dem Sprichwort aus der Not eine Tugend. Aber wie denn?

Meine lieben Freunde! In der Welt geschieht nichts ohne Wissen und Zustimmung Gottes. Und je mehr ich über Euch nachdenke, desto mehr gewinne ich die Überzeugung, daß die göttliche Vorsehung sowohl mit ganz Polen, als auch mit Euch durch den

Krieg ihre heiligen Absichten verfolgt. Darüber denke ich besonders nach und werde Euch das nächste Mal etwas darüber schreiben. Für heute sage ich Euch nur das: Verlaßt Euch auf Gott! Denkt daran, daß auch hier in der Fremde weit von Hause derselbe Gott ist, der alles sieht und alles regiert und uns alle einmal richten wird! Verjöhnt Euch also durch aufrichtige Buße, Beichte und hl. Kommunion mit Gott! Besucht regelmäßig, soweit irgend möglich jeden Sonntag, die hl. Messe, denn dies ist eine strenge Pflicht eines jeden Katholiken!

Du wirst sagen: Hier ist in der Kirche alles deutsch! Ich verstehe in der Kirche nichts! Aber der liebe Gott wird Dich verstehen, und die hl. Messe wird überall in derselben Weise und in derselben Sprache gelesen. Nimm also Dein Gebetbuch oder Deinen hl. Rosenkranz und gehe in die Kirche. Der Herrgott wird Dir Deinen guten Willen zwei-, drei-, hundert Mal belohnen. Und übrigens gibt es hier in diesen Gegenden viel Stellen und Kirchen, wo polnische Andachten und Predigten abgehalten werden.

Willst Du Dich überzeugen, lieber Bruder? O, nimm Dir eine polnische Zeitung zur Hand! Ich rate Dir, dieselbe auf der nächsten Post zu bestellen, sie kostet nicht viel! Dort werden die polnischen Andachten bekannt gemacht.

Aber Du sagst: Ich habe keine Kleidung. Was soll das? Das ist doch das erste, was Du Dir hier in der Fremde anschaffen müßtest. O ja! Bemühe Dich so bald als möglich um einen schönen eleganten Anzug, um einen solchen Anzug, daß Dich niemand von Deinen hiesigen Landsleuten wird unterscheiden können. Spare zu diesem Zwecke Geld und hüte Dich vor unnötigen Ausgaben.

Vor allem bitte ich Dich, hüte Dich vor dem Trunke und dem Spiel sowie vor schlechter Gesellschaft!

Übrigens werde ich Euch, liebe Freunde, über die Sparsamkeit noch einen besonderen Brief schreiben. Vorläufig denke ich, daß das, was ich geschrieben habe, ausreichen wird. Auf manche Stellen haben mich Eure Brüder aus dem Königreiche zwecks Beicht- hörens schon eingeladen. Ich bin gern bereit, soweit mir dies möglich ist, auch wo anders hinzufahren, oder mit etwas anderem zu dienen.

Lebt wohl!

Gelobt sei Jesus Christus! — Jetzt und in Ewigkeit, Amen. Euer ergebener Diener in Christo, Pater Berthyn aus dem Franziskanerorden,

Essen (Ruhr), Franziskanerstraße 69.

Aus Nr. 280 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 3. Dezember 1916.

Heinrich Sienkiewicz zum Gedächtnis.

Wir erhalten folgenden Aufruf:

Das in die Fremde abwandernde polnische Volk nimmt außer seinem katholischen Glauben Schätze von unermäßigem Wert mit sich, und zwar die wunderschöne Muttersprache und eine reiche und herrliche polnische Kultur, die ein Produkt mehrerer Generationen ist. In verschiedenen Jahrhunderten hat die Vorsehung Meister zu uns gesandt, die diese Schätze vermehrten, ihnen immer edlere Formen verliehen und sie sodann den folgenden Generationen überlieferten. Ein solcher Meister, einer der hervorragendsten, war Heinrich Sienkiewicz, den der Herrgott gerade zu sich gerufen hat. Was Heinrich Sienkiewicz für die katholische Kirche und die Menschheit, besonders aber für das polnische Volk war, weiß jeder gebildete Mensch. Haben doch der Papst und die Bischöfe das Gedächtnis Heinrich Sienkiewicz geehrt, der ein treuer und verdienstvoller Sohn der Kirche war. An seiner Bahre sind

die Vertreter der europäischen Großmächte erschienen, die Tageblätter der ganzen zivilisierten Welt haben dem Genius und dem Verdienst des Sohnes eines großen aber schwer geprüften Volkes eine Huldigung dargebracht. Und Polen beweint in Sienkiewicz einen Mann, der seine Söhne in den Stunden der größten Not stärkte, der durch seine herrlichen Werke die Welt an den unsterblichen Genius des polnischen Volkes erinnerte, der uns in seinen Schriften das Beispiel der reichsten und korrektesten polnischen Sprache in einer Zeit gab, wo es schien, daß das polnische Wort der Verstümmelung und dem langsamen Tode preisgegeben werden sollte.

Die Nachricht von dem Hinscheiden Heinrich Sienkiewicz hat daher Millionen von polnischen Herzen in tiefe Trauer versetzt. Sein Gedächtnis ehren die Polen durch Trauerandachten, die den Königen und Volksführern allein gebühren, weil Heinrich Sienkiewicz das polnische Volk führte und es mit der Waffe seines Wortes schützte, als in Polen Schwert, König und Führer fehlten. Wir armen Irwanderer sind in den Zeiten der Kriegswirren nicht in der Lage, den verstorbenen Meister würdig zu ehren, wenn auch die Verehrung, die wir ihm entgegenbringen, nicht geringer ist, als diejenige unserer Brüder in Polen. Wir wissen das und halten es deshalb für überflüssig, noch besonders zur Veranstaltung von Gedächtnisfeiern zu Ehren Sienkiewicz zu ermahnen. Wir wenden uns daher an euch, liebe Landsleute, mit dem vorliegenden Aufruf, um die Veranstaltung von Gedächtnisfeiern einheitlich zu regeln und diejenigen Mittel und Wege zu zeigen, die zur würdigen Ehrung der Verdienste unseres großen Schriftstellers und Bürgers dienen sollen. Es versteht sich von selbst, daß der Vorsitzende eines jeden Vereins oder sein Stellvertreter in der nächsten Sitzung das Andenken Heinrich Sienkiewicz durch eine passende Ansprache ehren wird, wobei sich die Mitglieder von ihren Plätzen erheben.

Die Vereinskomitees werden unverzüglich die Veranstaltung öffentlicher Sienkiewiczabende mit Ansprachen, Gesang und Zitaten aus den Werken Sienkiewicz in die Wege leiten. Bei Gelegenheit dieser Abende, Sitzungen und Zusammenkünfte raten wir, eine Sammlung zu veranstalten, deren Erlös zur Anschaffung der wichtigsten Werke Sienkiewicz für die Volksbüchereien zu bestimmen ist. Die Spenden sind an der Hand einer Liste zu sammeln, die das Vereinskomitee herausgibt und bestätigt.

Um jedoch der ganzen Allgemeinheit Gelegenheit zu geben, sich in der Ehrung des Genius und der Verdienste unseres geistigen Führers eins zu wissen, bestimmen wir

Sonntag, den 14. Januar 1917

als einen Sienkiewicz-Opfertag für die Volksbüchereien.

An diesem Tage sollten alle Polen und Polinnen selbst die kleinste Gabe spenden, um unsere Volksbüchereien mit auserwählten, besonders für die jüngere Generation bestimmten Büchern zu versehen, um unsern Kindern in einer Zeit, da ihnen so viele moralische Gefahren drohen, eine gesunde, geistige Nahrung darzubieten. Das „Ausführende Komitee“ wird die Sammellisten herausgeben und den Vereinskomitees zustellen, die die gesammelten Gelder an die Kasse des Zentralvorstandes der Volksbüchereien in Posen zu Gunsten ihrer Gemeinde oder des Kreises übersenden werden. Die Rechnungen und Sammellisten wird das Kreiskomitee der Volksbüchereien prüfen, wo dieses aber untätig ist, bewirkt dies eine von dem ausführenden Komitee ernannte Kommission. Wir zweifeln nicht daran, daß alle Gemeinden vorstehenden Weisungen Folge leisten werden. Es wird dies die würdigste Ehrung Heinrich Sienkiewicz sein, der sein ganzes Leben lang nur der Volksbildung diente

und die Verbreitung der Bildung für die erste Pflicht aller Polen und Polinnen hielt.

Bochum, den 30. November 1916.

Das Ausführende Komitee

Johann Brejski, Johann Kierczyński,
Józef Pankowski.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 340 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 7. Dezember 1916.

Aus dem Gebiete der Verwirklichung des polnischen Staats.

Regierung. — Heer. — Staatschatz.

Unter dieser Überschrift schreibt das Warschauer Blatt u. a. folgendes:

Das Gesetz über den vorübergehenden Staatsrat ist unmittelbar verknüpft mit dem Akt vom 5. November betreffend die Wiederherstellung des polnischen Staats und bildet eine unentbehrliche Einrichtung...

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Gesetz eine polnische Regierung einrichtet.

Diese Regierung hat infolge der außergewöhnlichen Verhältnisse des Krieges und der Okkupation eine erweiterte Zuständigkeit, denn sie beteiligt sich nicht nur an der Bildung der staatlichen Organe, sondern sie wird auch vorläufige Gesetze geben. Es wird dies eine gesetzgebende Regierung sein. Über diese Regierung ist eine Obrigkeit in Gestalt der Okkupationsverwaltung der Mittelmächte. Zu dieser Obrigkeit wird die Gutheißung oder Bestätigung der Gesetze, die vom Staatsrat werden gegeben werden, gehören. Ein obrigkeitliches Organ, welches die Gesetze der gesetzgebenden Körperschaften bestätigt, besteht fast in allen verfassungsmäßigen Staaten; in Monarchien ist dieses Organ der König, Kaiser, Fürst.

Eine lokale Besonderheit der in Polen neu eingeführten Rechtsverfassung ist hauptsächlich das Recht der Initiative, welches sich die Okkupationsobrigkeiten vorbehalten. Die ausführenden Organe dieser Initiative werden 2 Regierungskommissare (und ihre 4 Stellvertreter) sein.

Auf diese Weise setzt sich die neue Verfassung aus folgenden grundsätzlichen Organen zusammen:

Einem gesetzgeberischen Organ — dem Staatsrat.
Zwei Organen der Initiative: dem Staatsrat und den Organen der Okkupation.

Zwei ausführenden Organen: dem ausführenden Ausschuß des Staatsrats und den Okkupationsbehörden.

Das Gesetz vom 26. November sieht noch zwei polnische staatliche Organe vor: das polnische Heer und den polnischen Staatschatz.

Die Attribute der polnischen Regierung in Sachen des Heeres sind im Punkt 2 des § 7 bestimmt: Sie hat „bei der Bildung des Heeres mit dem Befehlshaber der verbündeten Mächte, dem diese Aufgabe übertragen werden wird, mitzuwirken“. Dieser Text besagt, daß die Bildung des polnischen Heeres die Aufgabe des Befehlshabers der Streitkräfte Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei sind und daß sich der Staatsrat in Fragen der Bildung des Heeres mit ihm ins Einvernehmen setzen wird.

Schließlich bildet der Punkt 3 des § 7 einen polnischen Staatschatz, welcher aus folgenden drei Einnahmequellen angefüllt wird: aus den unmittelbar in ihn von den Okkupationsbehörden fließenden Fonds; aus von ihnen erhobenen Landessteuern; aus der Festsetzung von Zuschlägen zu den direkten Steuern; aus den Anleihen. Wir bemerken, daß diese beiden letzten

Quellen vom Standpunkt der deutschen staatsrechtlichen Praxis einen selbstverwaltenden Charakter haben; die indirekten Steuern behält sich die Regierung für allgemeine staatliche Bedürfnisse vor.

Werfen wir einen Blick zurück auf unsere Geschichte.

Der polnische Staat ist zusammengebrochen, weil die drei Hauptorgane des Staatswesens: die Regierung, der Staatschatz, das Heer an der öffentlichen Gesundheit litten. Die Regierung war schwach, der Staatschatz leer, das Heer freiwillig. Die Reform der Czartoryski's stärkte diese Organe und zwar im Teilungsreichstag 1775 selbst, um das übrige zu retten. Es wurde damals eine sogenannte Regierung gebildet: ein unaufhörlicher Rat, ein kleines aber stehendes Heer (30,000), und es wurden die Steuern geregelt, von denen eine ganze Hälfte auf das Heer verwendet wurden.

Der große Reichstag vermochte etappenweise durch die „Grundzüge zur Verbesserung der Regierung“ vom Jahre 1789, durch die „Kardinalgesetze“ vom Jahre 1790 und durch die Verfassung vom 3. Mai 1791 eine straffe Regierungsgewalt zu schaffen, um die sich die Anstrengungen der Verteidigung konzentrieren konnten, aber diese war nicht mehr imstande, das bewilligte hunderttausend Mann zählende Heer auf die Beine zu bringen, noch die für den Staatschatz genehmigten Millionen aufzubringen.

In dem staatlich wiedergeborenen Polen, welches Großherzogtum Warschau genannt wurde, entsteht Anfang 1807 eine Regierungskommission unter Führung Malachowski's und vier Ministerien, die nach dem französischen Vorbild Direktionen genannt wurden. Dubieński organisiert den Staatschatz. Das Heer organisierte sich um die Reste der Legionen. In jener trüben Zeit vom Jahre 1795 bis 1807 verstand nämlich der große Gedanke Dabrowski's auf fremder Erde ein grundätzliches Organ des polnischen Staatswesens zu bilden: das polnische Heer.

Aus den Zeiten des Kongresskönigreichs vom 3. Mai 1814 ab haben wir das militärische Komitee zur Organisation des polnischen Heeres und ferner den Staatsrat, ein beratendes Organ, dessen Kern der Verwaltungsrat bildet: der Staatthalter, 5 Minister, 4 Referendare, also eine nach damaligem europäischen Muster zugeschnittene Regierung. Der Staatschatz erhält bald einen ungewöhnlichen Leiter in der Person Lubiecki's; das aus frischem Material zusammengesetzte Heer entartet jedoch unter der Führung des Bruders des Kaisers, für den das Element die Parade war und der dafür hielt, daß „einem Heer nichts mehr zuwider ist — als der Krieg“.

Ein an staatlicher Vergangenheit so reiches Volk wird leicht verstehen, was ihm das Gesetz vom 26. November gibt. Nachdem es den Beweis guten Willens erhalten hat, wird es mannhaft dem Rufe seiner Regierung folgen, um das ganze Vaterland zu beglücken.

Aus Nr. 10 des Głos Stolicy (Warschau)
vom 8. Dezember 1916.

Der Staatsrat.

In dieser Angelegenheit schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Einen Monat nach Proklamierung des Grundgesetzes der Unabhängigkeit Polens wird der erste Schritt zu seiner Verwirklichung gemacht, — es entsteht der Staatsrat. Naturgemäß kann diese erste allgemein anerkannte polnische Vertreterschaft nicht aus Wahlen hervorgehen, denn wer soll und auf welcher Grundlage soll man Wahlen ausschreiben und durchführen? Wenn wir von vornherein die Heranziehung des Wahlelements bei der Bildung der polnischen

Staatsgewalt fordern wollten, würden wir in einen Zauberkreis geraten, aus dem es keinen Ausgang gibt. Es muß mit etwas angefangen werden, selbst wenn es in einer Weise geschähe, die den Leuten unangenehm wäre, welche das Wesen der Sache für eine abstrakte Doktrin hingeben. Daher wird auch der erste Staatsrat kein formelles Mandat seitens des Volkes haben; aber er muß sein unbedingtes Vertrauen und Gehör haben, die bei der großen Arbeit des Wiederaufbaus des polnischen Staates so notwendig sind. . . .

Die Berufung eines Staatsrats ist für uns eine Tatsache von erstklassiger Bedeutung. Von jetzt ab erlangen wir eine eigene gesetzliche Staatsgewalt, welche, über die nötigen Mittel verfügend, über die Gesamtheit der polnischen Angelegenheiten wachen und den vielseitigen, oft auseinandergehenden Anstrengungen des Volkes eine umschriebene einheitliche Richtung geben. Wir werden zu einer organisierten und geschlossenen Kraft, die ihren äußeren Ausdruck hat, die den Kollektivwillen und die maßgebende Meinung zum Ausdruck bringen kann. Heute muß die Planlosigkeit, der chaotische und usurpatorische Charakter vieler Handlungen aufhören, die zum Wesen der Staatsgewalt gehören, welche in dessen Ermangelung private Einzelpersonen oder einzelne Gruppen in ihre Hand genommen haben.

Indem der Staatsrat beide Okkupationsgebiete umfaßt, stellt er endgültig fest, daß sie nur ein vorübergehendes Gebilde der Notwendigkeit oder kriegerischer Berechnungen sind und in keinem Falle für die Zukunft Einflußkreise bezeichnen oder eine Spaltung in das einheitliche Gebiet des polnischen Staats einführen können.

Dieses Symbol der Einheit gibt uns Geisteskraft und Eifer in der Ausführung der ersten Staatshandlungen, in der Bildung des polnischen Heeres und in den Zivilsachen der Regierung, bis wir eine vollere und ausdrückliche Gestalt der Unabhängigkeit und Souveränität Polens in der Person eines Königs erhalten werden.

Aus Nr. 620 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 10. Dezember 1916.

Der Staatsrat im Königreich Polen.

Krakau, den 10. Dezember.

Durch die Verordnung der beiden militärischen Generalgouverneure im Königreich Polen vom 26. November d. Js. wurde ein vorläufiger Staatsrat eingesetzt. Auf diese Weise haben die Okkupationsbehörden den ersten Schritt auf dem Wege der Verwirklichung des Akts vom 5. November im Sinne der einheitlichen polnischen Meinung getan, die da auf dem Standpunkt stand, daß der Wiederaufbau des polnischen Staates mit der Schaffung eines Anfangs der polnischen Regierung beginnen müsse.

Wie weit kann der vorläufige Staatsrat als ein solcher Anfang der polnischen Regierung angesehen werden? In öffentlich-rechtlicher Beziehung ist der Staatsrat allerdings ein vorübergehendes Gebilde, angepaßt den Ausnahmeverhältnissen, die auf dem Boden des Königreichs Polen der Krieg und seine immer noch voll und ganz verbindlichen Anforderungen geschaffen haben. Seine Staatsgewalt erhält der Staatsrat von den Okkupanten, was für die Dauer des Krieges und mit diesem für die Dauer der Okkupationen unbedingt notwendig ist.

Wichtiger als die Frage des öffentlich-rechtlichen Charakters des Staatsrats ist die Frage seiner Zuständigkeit. Es ist nun festzustellen, daß die Befugnisse dieser neuen Körperschaft verhältnismäßig sehr

umfangreich sind. Der Staatsrat besitzt nämlich das Recht der Initiative und der Mitwirkung, was mit seinem beratenden Charakter auf dem ganzen gesetzgebenden Gebiet in der Zeit der Okkupation verbunden ist. Am wichtigsten ist das Recht der Initiative, mit welcher der den Staatsrat errichtende Akt die Sache der parlamentarischen Vertreterschaft, also die Wahlordnung und die Ordnung der gesetzgeberischen Arbeit, ferner die administrativ-staatliche Organisation, schließlich einen sehr breiten Rahmen der Tätigkeit auf dem Gebiete des finanziellen Lebens, der Staatsfinanzen, des Wiederaufbaus des Landes usw. umfaßt.

Ein mit solchen Befugnissen ausgestatteter Staatsrat ist formell ein beratendes Organ, in Wirklichkeit aber ein verfassungsmäßiges Organ für eine ganze Reihe der wichtigsten Gebiete des Landes des zukünftigen polnischen Staats.

Diesen Charakter des Staatsrats stellt auch der amtliche Kommentar fest, welcher der ihn berufenden Verordnung hinzugefügt wird, in welcher mit Recht gesagt wird, daß „die Aufgaben des Staatsrats die größte Bedeutung für die Zukunft des polnischen Staats besitzen.“ Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Staatsrat mit einer großen Verantwortlichkeit für eine ganze Reihe von Akten belastet sein wird, welche auf lange Zeit den Charakter, die Richtung und das Tempo der Entwicklung vieler der wichtigsten Funktionen des zukünftigen polnischen Staats vorherbestimmen werden. Mit einer umso größeren Ungeduld und Besorgnis erwartet daher auch jetzt die Meinung des polnischen Volks die Ernennung der Mitglieder dieses Staatsrats. Von ihrem Charakter nämlich, von dem Grade des richtigen Verhältnisses für die Bedeutung der ihnen anvertrauten Pflichten, schließlich von der Fähigkeit, alle der Zuständigkeit des Staatsrats gehörenden Fragen praktisch zu lösen, wird sehr viel, wenn nicht alles abhängen. Zwar behält der beratende Charakter des Staatsrats den Okkupationsbehörden eine fast unbeschränkte korrigierende Funktion vor, aber diese Funktionen mit der Eigenschaft einer positiven Schöpferkraft gehören naturgemäß zum Staatsrat, der in dieser Beziehung von niemandem vertreten oder wirklich korrigiert werden kann.

Wenn sich also die zukünftigen Mitglieder des Staatsrats nicht werden formalisieren, sondern an die ihnen gestellten Aufgaben einfach so herangehen wollen, wie sie für jeden nüchtern denkenden Menschen dastehen, so wird sich vor ihnen ein weites Feld sehr bedeutender und im strengsten Sinne des Wortes geschichtlicher und staatschöpferischer Arbeit eröffnen. Das Gefühl eines gesunden Realismus, das genaue Verständnis für die Bedürfnisse der Wirklichkeit können den einzigen festen Boden für diese Arbeit bilden. Beide Okkupationsbehörden haben es in ihrer Hand, dem Staatsrat eine solche persönliche Zusammensetzung zu sichern, die ihn auf diesen Boden stellen und auf ihm erhalten wird.

Die dem Staatsrat eingeräumte Mitwirkung an der Bildung des polnischen Heeres ist eine weitere Stärkung seiner Stellung in den Grenzen, in welchen eine Körperschaft, zusammengesetzt aus Zivilpersonen, welche hinsichtlich der militärischen Organisation gar keine Fachleute sind, in einer solchen Frage unter real bestehenden Verhältnissen wirken und mitarbeiten kann. Ähnlich wie in anderen Wirkungskreisen, wird der Staatsrat auch in der Frage der Organisation der polnischen Wehrmacht soviel Machtbefugnis erhalten, als er positive Faktoren der Schöpferkraft und Organisation zu der Sache mitbringen wird.

Der Titel des Kronmarschalls, welcher dem vom Staatsrat gewählten Vorsitzenden zuerkannt worden ist, ist ein Symbol der hohen Bedeutung der

Funktionen dieses Staatsrats. Ein verständiger, tatkräftiger und mit gesundem Optimismus ausgestatteter Kronmarschall, der an der Spitze dieses Staatsrats steht, hat die volle Möglichkeit, ein Faktor in der Einrichtung der Angelegenheit des werdenden Staates, dessen Einfluß mit jedem Tage wachsen wird, zu werden.

So ist also auf die im Eingang gestellte Frage, ob der geschaffene Staatsrat der Anfang einer polnischen Regierung ist, voll und ganz bejahend zu beantworten. Jedenfalls ist er gerade als ein solcher Anfang breit und kühn gedacht. Alles hängt jetzt von der Ausführung, von dem Inhalt ab, mit dem sich diese Form füllen wird, vor allem also von den Menschen, welche in den vorläufigen Staatsrat hineingelangen werden. In Wirklichkeit wird er nämlich das sein, was aus ihm seine Mitglieder und der an ihrer Spitze stehende Kronmarschall machen werden.

Aus Nr. 10 des Głos Stolicy (Warschau)
vom 8. Dezember 1916.

Betrifft den polnischen König.

In Nummer 3 des „Tydzień Polityczny“ (Politische Woche) finden wir folgende berechnete Bemerkungen:

„Unwahrscheinlich kann die Idee einer Besetzung des polnischen Throns schon während des Krieges erscheinen. Tatsächlich ist dies heute, wo wir diese Worte niederschreiben, unmöglich. Es handelt sich hier nicht nur um die Person des Monarchen, sondern auch um eine Menge politischer Kombinationen zwischenstaatlichen Charakters, die mit der Besetzung des polnischen Throns verknüpft sind. Aber die Ereignisse entwickeln sich mit der Konsequenz des Schicksals, und Möglichkeiten formen sich von Tag zu Tag. Ein polnischer König, welcher die polnische nationale Idee verstände, Überlieferungen guter Beziehungen zu Polen hätte, sich zu dem in Polen herrschenden katholischen Glauben bekennen würde und mit seinen Untertanen sich in ihrer Sprache verständigen könnte, würde von unserer Nation begeistert aufgenommen werden. In seine Hände würde die Nation die Gewalt über sich gern und einmütig legen. Er wäre der erste Gesetzgeber, Chef der Regierung, Führer des Heeres. Aufhören würden die inneren Streitigkeiten und Unstimmigkeiten, die heute nicht bösem Willen, sondern der Unsicherheit und Schwierigkeit der Lage entspringen. Man kann heute seinen Namen noch nicht nennen. Und doch muß man feststellen, daß es einen Namen gibt, welcher schon heute dem Munde der polnischen Nation entschlüpft. Vox populi — vox Dei. Es bestehen auch im Lande ziemlich organisierte politische und soziale Faktoren, welche dem Manne, der diesen Namen trägt, den Weg zum polnischen Throne bahnen würden. Hierin liegt eine ernste, wiewohl vorläufig nicht genau sich umschreiben lassende Realität, die sich in einer natürlichen und für das Volk heilsamen Weise eher offenbaren kann, als wir es hoffen. Dies wäre ein Ausweg aus der heutigen schwierigen Lage.“

Aus Nr. 343 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 10. Dezember 1916.

Apolitische Fiktionen.

Die ländlichen Versammlungen sind beendet. Sie haben eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, hinsichtlich deren viele Kommentare umlaufen.

Diese Beschlüsse haben keineswegs die Herren Dzierzbicki, Wieniawski und Konikier gestürzt. Die Großgrundbesitzer überschütteten sie mit Belobigungen und Anerkennungen für ihren guten Willen, ihre große Tatkraft, ihre sachkundige Arbeitsamkeit. Diese Männer wären in ihren führenden Stellungen geblieben, wenn sie gewollt hätten. Aber dann wäre ihre weitere politische Arbeit in gewissem Sinne gebunden gewesen, um so empfindlicher, je unklarer das Maß in der geschaffenen Lage war. Sie wählten also ihren Austritt, der ihnen die für jede Politik so notwendige „Bewegungsfreiheit“ gewährleistete.

Es erscheint uns seitens dieser Männer unbillig, daß sie darauf bestanden, über die Formeln abstimmen zu lassen, welche den apolitischen Charakter des Hauptfürsorgerats mit dem Vertrauensvotum für sie verknüpfen. Diese Dinge hätten entschieden voneinander getrennt werden müssen. Es hätte die schamhafte Hülle heruntergerissen werden müssen, unter der sich für das Land so ungeheure Dinge verbargen, und man hätte fordern müssen, daß sich die Versammlung direkt für die Unabhängigkeit Polens auf dem Boden des Akts vom 5. November oder aber für die weitere russische Knechtschaft der Nation erklärt hätte?!

Was immer dann eingetreten wäre, sie hätten Klarheit in die Gemüter gebracht, wo heut Chaos und Dunkelheit herrschen.

Herr Stanislaus Dzierzbicki hatte den schönen Mut, uns dies unumwunden einzuräumen.

So hätten wir wirklich verfahren müssen, — jagte er in einer Unterredung, die er uns im Druck wiederzugeben gestattete.

Bei Herrn Stanislaus Dzierzbicki.

Eine kurze Mitteilung über die Person Dzierzbicki's erscheint uns erwünscht. Vor 22 Jahren hat sich Herr Dzierzbicki in Warschau niedergelassen und seine Tätigkeit in der damaligen landwirtschaftlichen Sektion, dem einzigen Institut zur Besprechung der öffentlichen Angelegenheiten unserer Landwirtschaft, begonnen. Ein Mann von ungewöhnlicher, sogar außerordentlicher Selbständigkeit, spielte er eine hervorragende, meistens schöpferische Rolle in der Organisation der Institute, die aus der Landwirtschaftlichen Sektion hervorgingen, nämlich des Meliorationsvereins, des landwirtschaftlichen Vereins und Syndikats, der Landesfeuerversicherung auf Gegenseitigkeit und der Landschaftsbank. Augenblicklich arbeitet er an einer Verschmelzung aller Versicherungsvereinigungen des Landes, um sie gegen fremden Wettbewerb widerstandsfähig zu machen.

Warum hielt sich dieser Mann bisher von der Politik so fern?

Keineswegs aus opportunistischer Vorsicht. Im Jahre 1905 kam er unter gefährliche Schüsse: er reiste nach Petersburg mit der Abordnung der 23, welche alle nationalen Gedankenrichtungen vertrat, zum Zwecke einer Verständigung mit den Kadetten und mit dem bekannten „Verband der Verbände“, die sich darauf vorbereiten, die Leitung des öffentlichen Lebens Rußlands zu übernehmen. Zusammen mit dem Geistl. Grabowski, Dmowski und Adam Krasinski gehörte er zu den polnischen Sprechern, während auf russischer Seite Milukow, Petruniewicz, Nabokow und Fürst Dolgorukij die Verhandlungen führten. Diese „polnisch-russische Verständigung“ nahm Herrn Dzierzbicki allen Glauben daran, daß selbst auf dem verfassungsmäßigen Boden Petersburgs Polens Schicksal gebessert werden könnte. Um ein Tuma-
mandat bewarb er sich nicht, von der dort sich betätigenden Partei hielt er sich abseits. — Gegenwärtig ist er von einem anderen Glauben beseelt.

Herr Dzierzbicki erklärte uns seinen politischen Standpunkt mit folgenden Worten:

In dem gegenwärtigen entscheidenden geschichtlichen Augenblick läßt sich die Fiktion des apolitischen Charakters sozialer Institute nach Art des Hauptfürsorgerats und des Landwirtschaftlichen Zentralvereins, wie auch eine Neutralität und Reserve der politischen Gruppen weder aufrechterhalten, noch rechtfertigen. In dem Augenblick, wo die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staats zu einem realen politischen Programm wird, gibt es weder Zeit noch Raum zu zögern.

Das Manifest, welches die Absicht der Mittelmächte ankündigt, eine polnische Unabhängigkeit zu schaffen, hat zweifellos schon an sich eine weittragende Bedeutung. Eine wirkliche geschichtliche Bedeutung jedoch kann natürlich nur eine vollzogene Tatsache — also die Bildung einer möglichst tatkräftigen und vollständigen staatlichen Organisation, d. i. die Bildung einer Regierung, eines mit dem Geiste und Willen der Nation im Einklang stehenden Landtages, eines gut geübten und von heißer Vaterlandsliebe beseelten Heeres schon während der Kriegszeit sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollten sich alle sozialen Institute, politischen Parteien oder Gruppen und überhaupt alle unser Vaterland wirklich liebenden Polen zusammentun. In der gegenwärtigen schweren Lage des Landes, die durch den das dritte Jahr währenden, Vernichtung, Requisitionen bringenden Kriege hervorgerufen ist, ist der Weg zur Erreichung dieses Zieles schwierig und mühevoll. Mühe und Arbeit aber sollten uns nicht abschrecken. Passivität, Reserve und Abwarten können dem Lande keine Besserung bringen. Sogar auf dem Gebiete politisch untergeordneter, aber von der Volksgesamtheit empfundener Angelegenheiten kann man nur durch eine aktive Tätigkeit, durch eine unaufhörliche Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung im Namen des Akts vom 5. November eine Berücksichtigung unserer Forderungen erlangen.

Durch den Akt vom 5. November stellt sich das Interesse der Mittelmächte auf eine unserem höchsten nationalen Interesse parallele Linie, auf die Linie der Erlangung der Unabhängigkeit. Unsere Pflicht ist es, diese Übereinstimmung der Interessen gebührend zu beurteilen und von vornherein zum Zwecke der Verbesserung derjenigen Anordnungen auszunützen, welche nicht durch eine wirkliche Kriegsnotwendigkeit hervorgerufen sind.

Über die gegenwärtigen, sehr schwierigen aber doch vorübergehenden Mißgeschicke des Krieges erhebt sich und sollte sich in unseren Herzen stets erheben das höchste nationale Gebot — das Streben nach Unabhängigkeit, das Streben nach der Schaffung eines eigenen, mit voller Selbständigkeit ausgestatteten polnischen Staats. Um uns diesem Ziele zu nähern, sollten wir den Akt vom 5. November voll und ganz ausnützen, dies läßt sich aber nicht anders erreichen, wie nur dadurch, daß man sich ausdrücklich und entschieden auf den Boden dieses Akts stellt und tatkräftig danach strebt, den polnischen Staat unter der politischen Mitwirkung der Mittelmächte möglichst rasch zu verwirklichen.

Ich wiederhole es: Zum Zögern und zur Passivität ist die Zeit vorbei. Heut muß man an eine schwierige und mühevollen Arbeit, an den Kampf um das zukünftige unabhängige Dasein des Volkes herangehen. Ohne Kämpfe und Opfer hat keine Nation die Freiheit erlangt.

Ich glaube fest an die Lebenskraft unseres Volks und an seinen gesunden Instinkt, der entgegen den Störungen der Überreste der Passivität, der Reserve und des Schauens nach dem Osten zweifellos rasch verstehen wird, daß die Zukunft der Nation nur auf dem Wege der Tat liegt.

Herr Dzierzbiński gibt zu, daß die Versöhnungspolitik, welche in der Versammlung der Großgrundbesitzer die Oberhand hatte, getäuscht hat:

Wir glaubten, daß wir durch Kompromisse zur Eintracht und zum Zusammenschluß gelangen werden, daß dies die Leidenschaften beruhigen und die Spaltungen mildern werde. Das war ein Fehler. Die Leidenschaften erreichten ihren Siedepunkt und verdunkelten, anstatt uns zusammenzuschließen, nur die ganze Lage. Es hat sich gezeigt, daß die Kluft zwischen den einen und den anderen sehr tief geworden ist, besser wäre gewesen, diese ganze Kluft zu zeigen und zuzusehen, wer auf dieser und wer auf jener Seite der Kluft steht.

Aber ein bedeutender Teil der Großgrundbesitzer wollte sich auf diesem Boden nicht erklären. Sie klammerten sich an die Grundsätze des apolitischen Charakters, der nur eine Negation jeglicher Überzeugung und ein Hemmnis jeglicher Tat, eine Rettung von Leuten ist, die nicht wissen, was sie denken und tun sollen, eine Apotheose der Passivität.

Und Herr Dzierzbiński schloß: Nicht im Hauptfürsorgetrat, nicht im landwirtschaftlichen Zentralverein werden wir aus der Knechtschaft wiedergeboren werden. Es müssen anderswo Gelände für die Zukunft gesucht werden. Ausdrücke der Anerkennung, Vertrauensvoten konnten mich nicht zum Stillstand bringen, in einem Moment, wo die Zeit für einen nationalen staatlichen Bau auf der Uhr der polnischen Geschichte gekommen ist.

Aus Nr. 340 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 8. Dezember 1916.

Rücktritt der beiden Vorsitzenden des Haupthilfsausschusses.

Herr Stanisław Dzierzbiński sandte, wie wir der „Nowa Gazeta“ vom 6. Dezember entnehmen, dem Vorsitzenden des Haupthilfsausschusses Grafen Adam Ronikier zur Begründung seines Rücktritts aus dem Haupthilfsausschuß folgendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Graf!

Hiermit beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß ich nach ruhiger und kühler Erwägung der Verhandlungen und Beschlüsse es für geraten und notwendig gehalten habe, aus dem Hilfsausschuß zu scheiden.

Ich bin fest überzeugt, daß im gegenwärtigen entscheidenden historischen Moment jeder das Vaterland liebende Bürger einen deutlichen tätigen politischen Standpunkt einnehmen muß und daß eine Scheinabgrenzung der persönlichen politischen Tätigkeit von dem Posten eines Vorsitzenden im Hilfsausschuß sich nicht aufrecht erhalten läßt. Diese Fiktion muß den Vorwurf nach sich ziehen, daß der Hilfsausschuß in einer Richtung gebunden wird, die von der Mehrzahl nicht anerkannt wird, so daß die weitere Arbeit auf diesem Posten für mich unmöglich ist.

Gleichzeitig ersuche ich, allen unseren Mitarbeitern meinen innigen Dank für das mir stets entgegengebrachte herzliche Wohlwollen auszudrücken, dank dessen die Erinnerung an unsere einjährige gemeinsame Arbeit meinem Herzen stets teuer sein wird.

Indem ich meine Hochachtung ausdrücke, halte ich es für unbedingt notwendig, das angenehme durch gegenseitiges Vertrauen gekennzeichnete Verhältnis unserer einjährigen gemeinsamen Arbeit zu unterstreichen, das mir für immer in der Erinnerung bleiben wird.“

Graf Adam Ronikier sandte zusammen mit diesem Brief an die Verwaltung des Haupthilfsausschusses ein Schreiben folgenden Inhalts:

An die verehrte Verwaltung des Haupthilfsausschusses.

Indem ich dem Entschluß des Vorsitzenden des Haupthilfsausschusses, Herrn St. Dzierzbiński, hinsichtlich der Beweggründe seines Rücktritts beistimme, lege ich hiermit mein Amt als Vorsitzender des Haupthilfsausschusses nieder.

Dabei drücke ich allen Mitgliedern des Ausschusses und der Verwaltung sowie allen Angestellten, mit denen mich im verfloffenen Jahre gemeinsame Arbeit verband, meinen herzlichsten Dank aus; die gemeinsam verlebte Zeit wird mir für das ganze Leben eine angenehme Erinnerung bleiben.

Die gestrigen Blätter berichten, daß in der am 6. Dezember stattgefundenen außerordentlichen Versammlung des Haupthilfsausschusses an Stelle des Herrn Stanisław Dzierzbiński Fürst Gustaw Sapieha und an Stelle des Grafen Adam Ronikier Rechtsanwalt Stanisław Stanisławski aus Suwalki gewählt wurden.

Aus Nr. 622 des Czas (Kraukau)
vom 11. Dezember 1916.

Eine Sitzung des Kraukauer polnischen Klubs.

Betrifft den Adel im Königreich Polen.

Verflossene Woche fand eine Sitzung des Kraukauer polnischen Klubs statt, welche einer Erörterung der gegenwärtigen politischen Lage gewidmet war. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Obmann, Stanisław Graf Tarnowski ergriff der Abgeordnete Józef Graf Tarnowski das Wort und entrollte ein Bild der politischen Lage, in welcher sich unser Volk befindet. Insbesondere hob er in Sachen der durch den Erlaß des Kaisers angekündigten Erweiterung der Autonomie Galiziens die Notwendigkeit von Studien der Lösung dieses Problems, eines der schwierigsten Probleme in der Politik, hervor. Die Studien sollen sich, abgesehen von der Änderung des Verfassungs- und des Landesstatuts, auf Verwaltungseinrichtungen sowie auf Wirtschafts- und Steuerfragen beziehen. Der Redner schlug vor, Referate nach einem bestimmten System, welches er gleichzeitig den Spezialisten darlegte, vorzulegen und dessen Erörterung im Kreise von Abgeordneten aus verschiedenen Parteien durchzuführen.

Über diese Anträge entwickelte sich eine Erörterung, in welcher zahlreiche Abgeordnete das Wort ergriffen, indem sie die vom Grafen Józef Tarnowski vorgebrachten Gedanken unterstützten. Unter anderen erkannte Graf Johann Stadnicki den hohen Wert der vorgeschlagenen Referate an, worauf er, die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse im Königreich Polen lenkend, ausführte:

„Zu den Angelegenheiten des Königreichs Polen übergehend, gestehe ich, daß mich auf die Nachricht vom Manifest vom 5. November ein freudiges Zittern

ergriff. Dieses freudige Zittern teilten zweifellos viele mit mir. Um so schmerzlicher empfinde ich die Erscheinungen der Passivität und des Pessimismus, welche bisher das Verhalten gewisser Großgrundbesitzerkreise, namentlich des Adels im Königreich Polen kennzeichnen. Durch Passivität und Pessimismus hat, wie den Herren wohl bekannt ist, niemand etwas erbaut. Große Dinge baut und bildet man mit einem warmen Herzen und mit einem nüchternen, vernünftigen Gemüt. Was mich anbetrifft, so empfinde ich am schmerzlichsten den bisherigen Standpunkt des Adels im Königreich Polen. Der Adel, welcher vor 140 Jahren das Herz und das Rückgrat des Volkes war und die Idee der Unabhängigkeit Polens pflegte und bewahrte, dieser Adel nimmt heute eine passive, abwartende zögernde Haltung ein, insbesondere in Sachen der Bildung des polnischen Heeres! Dies ist für mich eine ebenso schmerzliche, wie unbegreifliche Erscheinung. Ist doch bei Bildung eines Staates die erste Kardinalbedingung der Unabhängigkeit das Heer. Dann erst kommt der Staatsrat, der Landtag, die Regierung, denn um das zu beschützen und zu verteidigen, was man erhalten hat, ist ein Heer, vor allem ein Heer nötig.

Auch Napoleon bildete, als er im Jahre 1806 in Polen einmarschierte, zunächst ein Heer, dann erst das Großherzogtum Warschau. Ebenso zog Alexander I., als er die Absicht hatte, sich zum polnischen Könige auszurufen, im Jahre 1814 die Überreste des polnischen Heeres, welches Napoleon treu geblieben war, an sich, und als das Heer schon in Warschau war, schuf er das Kongresskönigreich. Also mit dem polnischen Heere begannen die Versuche, ein unabhängiges Polen wiederherzustellen. Auch heute ist die erste Bedingung der Wiedergeburt des Vaterlandes die Schaffung eines polnischen Heeres. Das haben diejenigen verstanden, welche durch Beschluß vom 16. August 1914 die Legionen zu den Waffen riefen. Ich gestehe ein, daß ich am Anfang des Krieges sowohl gegen den Beschluß vom 14. August als auch gegen die Legionen war, am Anfang des Krieges, dessen Ende und Ausgang niemand voraussagen imstande war. Heute jedoch sehe ich ein, daß dem politischen Sinn derjenigen Leute, welche die Legionen geschaffen haben, ihrer Tatkraft, ihrer Ausdauer in den schwersten Augenblicken in hohem Maße zu danken ist, was geschehen ist: die denkwürdige Ausrufung der Unabhängigkeit des polnischen Staates, dieser großen geschichtlichen Tatsache, die aus der Geschichte nicht mehr ausgelöscht werden wird, was immer geschehen wird. Gern erkenne ich auch an, daß diesen Leuten die Verehrung des polnischen Volkes gebührt.

Aber ich behaupte auch, daß es heute unsere Pflicht ist, das zu verteidigen und zu befestigen, was wir erhalten haben, und ich behaupte ferner, daß in erster Linie zu dieser Pflicht der polnische Adel berufen ist. Wenn er diese Pflicht nicht erfüllen wird, so möge er sich dann nicht wundern, daß er ausgeschaltet werden wird, möge er sich nicht wundern, daß ihn andere Elemente in der Regierung des unabhängigen Polens ersetzen werden; und weil ich weniger als irgend jemand wünsche, daß der Adel in eine untergeordnete Stellung im Lande versetzt werde, so habe ich den heißen Wunsch, daß der Adel durch scharenweisen Eintritt in das polnische Heer, durch Mitwirkung an seiner

Bildung noch einmal die führende Stellung im Volke sich erringe."

Die Rede des Grafen Johann Stadnicki hat Eindruck gemacht. Die Anwesenden verliehen dem in stürmischem Beifall Ausdruck. Man erklärte sich mit den Anschauungen des Grafen Stadnicki allgemein solidarisierend; dies hob der Antragsteller Graf J. Tarnowski hervor, bemerkte jedoch gleichzeitig, welche Ursachen auf die abwartende Haltung des Großgrundbesitzer im Königreich Polen einwirkten. Sie seien sicherlich von der gleichen Vaterlandsliebe und von dem gleichen Freiheitsdrang durchdrungen, es drückte sie jedoch die Sorge um das Schicksal der Millionen Polen, welche sich jenseits der russischen Front befinden. Dies muß man verstehen und mitfühlen.

Nach erschöpfter Erörterung, wurden die Anträge angenommen, welche vom Grafen Tarnowski gestellt worden sind, und es wurde das Präsidium samt dem Antragsteller und dem Abgeordneten W. v. Jaworski mit ihrer Ausführung beauftragt.

Aus Nr. 340 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 7. Dezember 1916.

Die verfluchte Taktik.

Die vor einigen Tagen abgehaltenen Versammlungen der Großgrundbesitzer lieferten uns viel Stoff zu Betrachtungen. Zu diesen Versammlungen waren Vertreter der Großgrundbesitzer aus allen Winkeln des Landes erschienen. Sie gehörten zu verschiedenen politischen Gruppen und waren ein Spiegelbild derjenigen Anschauungen, denen gegenwärtig der Großgrundbesitz huldigt. Man kann nicht sagen, daß diese Anschauungen einheitlich wären, man kann nicht sagen, daß sie — mit Ausnahme einer Fraktion — bestimmt und klar wären. Der Klein- und Großgrundbesitz, welcher heute dem ganzen Grundbesitz den Ton angibt, haben sich in zwei Richtungen gespalten: in eine aktivistische und in eine neutrale.

Die aktivistische Richtung muß als die tätige und handelnde Richtung eine ziemlich ausgedehnte Skala von Schattierungen haben. Diese Skala umfaßt sowohl Einzelpersonen aus der Mitte des Großgrundbesitzes, welche dem Nationalen Zentralkomitee gewogen sind, sowie auch eine ansehnliche Zahl von Großgrundbesitzern, die Anhänger der Nationalen Partei sind. Es ist hier noch zu bemerken, daß sich sowohl unter den Mitgliedern, als auch unter den Freunden der Nationalen Partei die hervorragendsten Fachleute und Sozialpolitiker befinden, die auf dem Boden der Landwirtschaft arbeiten.

Da die Nationale Partei auf diese Weise um ihr politisches Programm hervorragende Sozialpolitiker konzentriert, hat sie binnen kurzer Zeit in landwirtschaftlichen Kreisen festen Fuß gefaßt und in diese bis vor kurzem von der Außenwelt abgeschlossene und politisch am wenigsten selbständige Schicht die gewünschte ideelle Gärung hineingebracht.

Indem sich die Nationale Partei gegenwärtig mit der polnischen Intelligenz und sowohl mit dem Land-, als auch mit dem Arbeitervolke im Nationalrat vereinigt hat, hat sie den Beweis einer kühnen politischen Initiative geliefert.

Das ist eine höchst günstige Erscheinung. Die Konservativen können nämlich, da sie klug sind und die anderen Schichten des Volkes nicht als „malum necessarium“, behandeln, in allgemein nationalen Angelegenheiten stets zu einer Verständigung mit denjenigen Elementen gelangen, welche vor allem das Interesse des Vaterlandes an die erste Stelle setzen.

Wie überaus nötig ein derartiger Zusammenfluß des Volkes unter dieser Losung in schweren Zeiten ist, davon überzeugen wir uns fast täglich.

Leider hat noch nicht der ganze Großgrundbesitz diese Notwendigkeit erkannt, daraus folgt der gewisse Erfolg, welchen die Richtung der Neutralisten à outrance erlangt hat.

Wir wissen alle, wie leicht es ist, neutral zu sein, und erst recht, wenn diese Neutralität und Negation der lebendigen Politik als höchste politische Weisheit solche politischen Gaukler in den Vordergrund stellen, wie die Nationaldemokraten.

Sie verstehen zu agitieren, sie verstehen, um ihrem Kramladen Leben zu machen und sich den Schein der Stimme der Allgemeinheit zu geben, selbst wenn sie eine „verhängnisvolle dreizehn“ wären.

Mit Lärm, Eifer und Mut unter den Füßen der Neutralen wirkend, verstanden diese Herren, durch ihre Ausbrüche manches unentschlossene Herz zu terrorisieren, manchen Neutralen zu gewinnen.

Und so tagten die Versammlungen der Großgrundbesitzer unter dem Zeichen eines heftigen Kampfes. Eines Kampfes, welchen die Nationaldemokraten den anderen politischen Richtungen erklärt haben. Während dieses Kampfes erblickten wir alle früheren erprobten und schon wiederholt verurteilten Methoden des politischen „Fauschkampfes“.

Die Lüge als Kampfmittel gebrauchte die Nationaldemokratie seit ihrem Entstehen wiederholt als ihr Hauptargument; sie verunglimpft die mit ihr kämpfenden Leute in unerhörter Weise. Die Organisationen der Provinz wetteiferten in dieser Beziehung mit der dieser Klique angeborenen Liebe zu privatem und politischem Klatzsch. Das war die selbe Taktik, die schon Mickiewicz so schmerzlich und treffend als die Taktik der „politischen Routinisten“, als die alte Diplomatie brandmarkte, welche die Fähigkeiten und die menschliche Seele schwächt.

Aber nicht diese Methode ausschließlich bildete die Grundlage der Stärke der Nationaldemokratie. Es war noch ein anderes System, welches darauf beruhte, alle hervorragenden Männer zu stürzen, wenn sie nur den Versuch machten, sich dem Willen der Führer zu widersetzen.

Nach dem Begriff dieser Partei könnten an der Spitze sozialer und sogar sportlicher Institute nur Nationaldemokraten oder Parteiloze stehen.

Aber unterwürfige und gehorsame Parteiloze. Wenn ein solcher Parteilozer nur kein politischer Unterthan war, mußte er den Kampf aufnehmen und wurde gewöhnlich zu Boden geschlagen.

Das war ein soziales Banditentum nach seiner Art, das war eine Veraubung der Volksgesamtheit von ihren tüchtigen Leuten, dies waren Überfälle auf Sozialpolitiker trotz ihrer Verdienste und ihres Organisationswerts wegen irgend einer Reflexbewegung selbständigen politischen Denkens auf ihrer Seite.

Dank dieser verfluchten Taktik, dank diesem Terrorismus wurde die Nationaldemokratie allmächtig. Dies war eine Gruppe von Personen, welche in Polen den größten Terrorismus übten, und zwar einen Terrorismus gegen die eigene Volksgesamtheit.

Der Sieg der Nationaldemokratie war nicht ein Sieg der Ideologie, das war ein Sieg des Terrorismus.

Er wurde geübt sowohl gegen die Linke, als auch gegen die Rechte. Wie oft wurden doch die angeblichen Freunde der Realisten überfallen, wie geschickt wurden ihnen die Einflüsse auf dem Lande entzogen, wie geschickt wurde das Programm eskamotiert, wie vulgär wurde bei den Wahlen verfahren.

Es schien, daß die neuen politischen Verhältnisse die unerträgliche polnische Mafia zur Besinnung bringen werden; leider ist es so nicht geschehen.

Die Austritte und der den beiden bisherigen verdienten und hervorragenden Führern des Großgrundbesitzer, den Herren Dzierzwicki und Wieniawski, erklärte

Kampf sind hierfür des beste Beweis. Wir sind keine politischen Blinden und sehen ausgezeichnet, daß der Angriff dieser Art trotz formeller Deckmäntel ihnen wegen ihres politischen Standpunkts erklärt worden ist, dafür, weil sie mit der Intelligenz, mit der städtischen Bürgerschaft und mit dem polnischen Volke die den Akt vom 5. November verwirklichende Arbeit aufnehmen wollten.

Beide wurden mit Begeisterung als Sozialpolitiker verabschiedet, es wurde ihnen Dank und Anerkennung ausgedrückt, aber trotzdem wurden solche Verhältnisse geschaffen, daß sie vorläufig zurücktreten mußten. In dem Kampfe gegen Herrn Wieniawski nahm man keinen Anstand, sogar gegen die Satzungen des landwirtschaftlichen Vereins zu handeln, es wurden nämlich seine Stellvertreter in einer Versammlung gewählt, welche auf der Tagesordnung zunächst keine Wahlen hatte, was aber § 26 der Satzungen erfordert. Es wurde also der Rücktritt des Herrn Wieniawski angenommen, was um so auffälliger ist, weil er das einzige Mitglied des Präsidiums ist, welches aus einer Wahl hervorgegangen ist. Die übrigen waren kooptiert, und da bei einer Kooptation die Nationaldemokratie an sich zu denken versteht, hatte sie im ausführenden Komitee gegen 15 Anhänger zusammengebracht.

Im Augenblick der Abstimmung gegen den Rücktritt waren 16 Stimmen gegen 15, bei 4 Stimmen Wahlenhaltung. Da sich Herr Wieniawski auf eine so kleine Mehrheit nicht stützen konnte, trat er zurück trotz der Ovationen zu Ehren seiner Tätigkeit, trotzdem er der Kompetenteste, also der „Beste“ war.

Diese einzelne Tatsache hat eine große soziale Bedeutung: über sie zur Tagesordnung überzugehen, ist nicht möglich.

Die Volksgesamtheit muß diese Methoden und diese verhängnisvolle Taktik der Leute aufdecken, die, sich in die Toga der überparteilichkeit hüllend, alles zerhacken und zertreten, was sich nur ihrer politischen und Parteiansicht widersetzt.

Einerseits schlug man gegen hervorragende parteiloze Leute los, wie gegen die Herren Dzierzwicki und Wieniawski, andererseits versuchte man die Jugend der höheren Lehranstalten aufzuwiegeln und in den Strudel der politischen Streitigkeiten hineinzuziehen.

Das ist die Taktik und Praxis derjenigen, welche als die Mehrheit der Nation und als ihr Haupt gelten wollen.

Wehe dem Volke, wenn sie in Wirklichkeit die Mehrheit wären.

Sie sind es, welche heute in dem Moment der nationalen Wiedergeburt dem Volke und allen Unabhängigkeitsparteien den Fehdehandschuh hingeworfen haben, sie haben uns den Kampf erklärt.

Wir sind zur Verteidigung gezwungen, also wollen wir den Posten verteidigen, nicht uns; verteidigen wir ihn in geschlossener, disziplinierter und solidarischer Schar.

Uns handelt es sich hier nicht um Personen, sondern um die Idee des zukünftigen polnischen Staats.
L. Chrzanowski.

Aus Nr. 337 des Naprzód (Kraſau)

vom 7. Dezember 1916.

Mitteilung des ausführenden Ausschusses des Nationalrats.

Warschau, den 4. Dezember.

Das neueste „Bulletin“ (Nr. 37 vom 4. Dezember) druckt an der Spitze seiner Nummer eine „Mitteilung“ ab, welche von dem vorläufigen ausführenden Ausschusse unterzeichnet ist und eine Übersicht über die bisherige Tätigkeit des Nationalrats und seines aus-

führenden Ausschusses ist. Die Mitteilung schließt mit einer Umschreibung des Standpunkts des ausführenden Ausschusses zu der im gegenwärtigen Augenblick geschaffenen Lage. Sie bemerkt, daß

1. der ausführende Ausschuß des Nationalrats weiter auf der festen Grundlage des Strebens nach Verwirklichung des Akts vom 5. November steht und dafür hält, daß diese Verwirklichung nur unter Beteiligung der polnischen Volksgesamtheit erfolgen könne, ohne die der polnische Staat unmöglich aufgebaut werden kann. Daher hält auch der ausführende Ausschuß des Nationalrats für die erste und hauptsächlichste Aufgabe des vorläufigen Staatsrats die Organisation einer nationalen Vertreterschaft, welche die polnische Staatsgewalt hervorbringen wird.
2. Der ausführende Ausschuß steht unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß nach Veröffentlichung des Akts vom 5. November das Verhältnis der Okkupationsbehörden zur polnischen Volksgesamtheit eine grundsätzliche Änderung in der Behandlung des polnischen Volkes nicht mehr als Einwohner eines eroberten feindlichen Gebiets, sondern als einer zur selbständigen staatlichen Existenz berufenen Nation erfahren muß.
3. In Sachen des Heeres steht der ausführende Ausschuß des Nationalrats unverändert auf dem Standpunkt, daß diese Angelegenheit nur zusammen mit den anderen Teilen des staatlichen Lebens gelöst werden kann. (Zensurklirke.)

Aus Nr. 337 des Naprzód (Kraſau)
vom 7. Dezember 1916.

Wärungen im konservativen Lager.

Warschau, den 4. Dezember.

Die Verhandlungen in Sachen des Beitritts der Realisten und der Nationaldemokratie zum Nationalrat, die von Herrn Stecki, dem Vorsitzenden des nationalen Klubs in Lublin, mit der zwischenparteilichen Fraktion geführt worden sind, haben sich endgültig zerschlagen. Das Streben eines Teils der konservativen Elemente, den Standpunkt der Passivität zu verlassen, ist auf sehr lebhaften Widerstand der Mehrheit gestoßen. Im Zusammenhang damit steht der Rücktritt des Vorsitzenden des Hauptfürsorgerats Herrn Stanislaus Dzierzbicki und des Vorstandsmitgliedes Adam Graf Konikier, die beide Mitglieder der Abordnung nach Berlin und Wien waren, sowie der Rücktritt des Herrn A. Wieniawski, der seit zwei Jahren an der Spitze des landwirtschaftlichen Zentralvereins steht.

Aus Nr. 338 des Naprzód (Kraſau)
vom 8. Dezember 1916.

Eine neue Unabhängigkeitspartei.

Warschau, den 6. Dezember.

Es fand hier vor zwei Tagen eine Versammlung von Vertretern der Gruppen der fortschrittlichen Intelligenz aus der Provinz statt, welche von dem Verband der Patrioten angeregt worden ist. Diese Gruppen, welche in verschiedenen Orten des Landes unter verschiedenen Namen (Verbände oder Zirkel der Patrioten, Verbände von Anhängern eines polnischen Staatswesens usw.) bestehen, haben in dieser Versammlung beschlossen, sich in eine Partei unter dem Namen „Partei der nationalen Unabhängigkeit“ zu vereinigen. Die Vereinigung wurde auf Grund folgender Plattform vollzogen:

„Die Partei der nationalen Unabhängigkeit vereinigt die demokratischen polnischen Elemente zu dem Zwecke, um aus der polnischen Nation möglichst große Kräfte zur Verteidigung, Erhaltung und Entwicklung des polnischen Staatswesens herauszuholen und um dieses auf die starke und breite Grundlage der völkischen Massen zu stützen.“ Die Versammlung nahm eine ganze Reihe von Beschlüssen an, u. a. einen Beschluß in Sachen des Heeres, welcher folgendermaßen lautet:

„Dafür haltend, daß die Bildung eines nationalen Heeres die wichtigste und bedeutendste Tat des wiederauflebenden Polens ist, stellt die Versammlung von Vertretern der „Partei der nationalen Unabhängigkeit“ fest:

daß dieses Heer nur von einer dazu ermächtigten polnischen Staatsbehörde berufen werden kann;

daß die Berufung des Heeres mit einer gleichzeitigen Entwicklung der polnischen staatlichen Organisation gleichen Schritt halten muß;

daß, bevor eine vollständige Übernahme des Landes durch eine polnische Regierung erfolgt, welche über ein eigenes Verwaltungsnetz verfügt, was die Aufstellung einer Armee auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht ermöglichen wird, — schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein freiwilliges Heer auf dem Wege einer von einer vorübergehenden polnischen Regierung veröffentlichten Werbung geschaffen werden sollte;

daß unter Berücksichtigung der tätigen Hilfe seitens der Mittelmächte zu der Arbeit an der Organisation des Heeres polnische militärische Faktoren — die polnischen Legionen und die polnische militärische Organisation, in erster Linie aber der Schöpfer der polnischen bewaffneten Bewegung Josef Piłsudski, — berufen werden sollen.

Die „Partei der nationalen Unabhängigkeit“ begrüßt die Entstehung des Nationalrates mit Befriedigung.

Aus Nr. 622 des Czas (Kraſau)
vom 11. Dezember 1916.

Die zwischenparteiliche Fraktion.

Aus Warschau wird uns mitgeteilt:

Die zwischenparteiliche Fraktion ist bekanntlich diejenige Organisation, die diejenigen Parteien im Königreich umfaßt, die auf dem Boden der Zurückhaltung stehen. Die absolute Zurückhaltung, die sie bis vor kurzem verkündeten, indem sie zur Abstinenz sowohl vom Heere als auch vom polnischen Staate aufforderten, erwies sich jedoch als undurchführbar, so daß sie sich zur Revision ihrer Programme veranlaßt sahen. Diese Revision wurde vollzogen und vor einigen Tagen ein neues Programm veröffentlicht, in dem zwischen der Frage des Staates und der des Heeres entschieden wird. Bezüglich des Staatslebens erklären jene Parteien ihre Bereitwilligkeit zur Mitwirkung. Wir sehen also hier einen gewissen Schritt nach vorwärts. Bezüglich des Heeres bemerken sie, daß „jeder Tropfen Bluts nur mit dem reifen Willen des Volkes vergossen werden dürfe.“

Auch hier haben wir es mit dem Verlassen des Standpunktes der bisherigen absoluten Negation zu tun. Gefürzt lautet die Erklärung jener Parteien, unter denen nur die Realisten und die Nationaldemokratie von Bedeutung sind (die anderen Parteien existieren nur auf dem Papier), folgendermaßen:

I. Im Akte vom 5. November, der die Wiederherstellung des unabhängigen polnischen Staates ankündigt, sieht die zwischenparteiliche Fraktion eine politische Tat, durch die die Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage auf internationalem Wege in den

Vordergrund gerückt wird. Die Fraktion stellt fest, daß die Stellung, die Rußland und seine Verbündeten als Antwort auf den Akt vom 5. November eingenommen haben, den unerschütterlichen und allgemeinen Bestrebungen des polnischen Volkes nach einem unabhängigen Dasein nicht entspricht.

II. In dem sie die Bedeutung des obigen Aktes und die Wichtigkeit der Arbeiten an dem vollständigen Aufbau des polnischen Staates richtig einschätzt, ist die zwischenparteiliche Fraktion zur Lösung aller staats-schöpferischen Aufgaben bereit, die unabhängig von militärischen Zielen und Rücksichten und unter Gewähr einer durch nichts beeinflussten Entscheidung des Volkes erfüllt werden können. Die Fraktion drückt hierbei ihre Überzeugung aus, daß die schon jetzt gewährte Freiheit der öffentlichen Meinung in der Gestalt der Press- und Versammlungsfreiheit und der persönlichen Unantastbarkeit eine bedeutungsvolle Vorbedingung für die Ausführung der obengenannten Staatsarbeit ist.

III. Um die obengenannte Tätigkeit genauer zu bestimmen und ihr die Anerkennung und das Ansehen der Allgemeinheit zu verschaffen, müssen fundamentale Gesetze für den allmählichen Bau des polnischen Staates geschaffen werden, deren Bearbeitung nur von einer gesetzgebenden Körperschaft erfolgen kann, die aus Wahlen nach demokratischen Grundsätzen hervorgegangen ist. Nur eine solche gesetzgebende Körperschaft wird eine nationale Regierung zwecks Organisation der Gesamtheit des Staatslebens ins Leben rufen können.

Die zwischenparteiliche Fraktion hegt die tiefe Überzeugung, daß sie sich in ihren Anschauungen und Bestrebungen auf die ungeheure Mehrheit der polnischen Volksgesamtheit stützt, die von dem heißen Verlangen nach der Befreiung erfüllt ist, jedoch einen kritischen Maßstab gegenüber scheinbaren Lösungen der nationalen Zukunft anzuwenden versteht und begriffen hat, daß jeder Tropfen polnischen Blutes nur mit dem reifen und bewußten Willen des Volkes vergossen werden darf.

Die Partei der realen Politik. Die Nationaldemokratische Partei. Die Polnische Fortschrittspartei. Die Nationale Vereinigung. Die Vereinigung für wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Christlich-demokratische Partei.

Aus Nr. 575 des Głos Narodu (Krakau)
vom 6. Dezember 1916.

Betrifft die polnische Sache.

Im Gebiete der österreichisch-ungarischen Okkupation im Königreich Polen finden noch immer Volksversammlungen in der Frage der Gestaltung des polnischen Staates statt. In Chelm versammelte sich eine Reihe von Bürgern und nahm einstimmig einen Beschluß zugunsten des Landtages, der Regierung und des Staatsrats an. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß „lediglich die in kürzester Zeit berufenen staatlichen polnischen Organe, die mit vollen Attributen ausgestattet sind, das allgemeine Vertrauen und das Gehör des gesamten Volkes erlangen werden“. In Krasnostaw schloß man sich in der Versammlung des städtischen Rettungsausschusses dem Beschluß des Lubliner Rettungsausschusses an, welcher lautet, daß „die Verwirklichung des proklamierten Grundsatzes des unabhängigen polnischen Staates nur unter Beteiligung der polnischen Volksgesamtheit selbst stattfinden kann, und zwar durch rechtmäßig gewählte Vertreter, denen die Entscheidung über die Richtung der polnischen Politik und das Verhalten des Volkes zusteht“.

Zur Geschichte der Bauernversammlung in Warschau am 25. November erfährt man jetzt neue Einzel-

heiten. Die Abordnung eines Teiles der Versammlung, die sich auf das Schloß zum General v. Beseler begab, überreichte ihm eine Denkschrift mit einer Reihe von Forderungen. Man verlangte die Proklamierung eines Königs, der eine Regierung berufen soll, ferner einen Landtag und die Organisation einer polnischen Armee mit den Legionen als Grundstock. Außerdem verlangte man die Abschaffung der Okkupationsgrenzen, die Hinzufügung Litauens und die Entlassung der Kriegsgefangenen aus dem Königreich, die in der russischen Armee gekämpft haben und in die Gefangenschaft der Mittelmächte oder deren Verbündeten geraten sind.

In dieser Versammlung kam es, wie jetzt bekannt wird, zu stürmischen Szenen, über die die Zeitungen keine Nachrichten brachten. Nunmehr teilt der „Dziennik Narodowy“ in Petrikau mit, daß es sich um Reibungen zwischen einem Teil der Einberufenen der Versammlung und den Anhängern der „Polnischen Militärorganisation“ und des Nationalen Zentralkomitees handelte. Die Letzteren hatten sich im Saale verteilt und versuchten die Redner zu stören. Einige wurden hinausgewiesen, jedoch dauerten die Zwischenrufe fort. Nach der Versammlung haben die selben Mitglieder der beiden oben genannten Organisationen noch auf der Straße einen ärgerniserregenden Vorfall verursacht, indem sie Herrn Zawadzki tätlich angriffen. Herr Alexander Zawadzki war der Haupteinberufer der Versammlung.

Wegen der Vertreter zum Staatsrat fanden gegenwärtig Verhandlungen statt, deren Verlauf man nicht kennt. In Lublin fand am 1. d. M. eine Bauernversammlung statt. Man sprach über Gerüchte, daß es im Staatsrat keine Vertreter der Bauern geben soll und nahm folgende Entschliesung an:

In Anbetracht dessen, daß der Bauernstand drei Viertel des polnischen Volkes ausmacht, verlangen die Bauern mit vollem Nachdruck die Aufnahme von Vertretern der Bauern aus beiden Okkupationen in den Staatsrat. Ein Staatsrat ohne Vertretung der Bauern würde bei den Bauern nicht das gehörige Vertrauen finden.

Immer genauere Nachrichten gehen jetzt über die Haltung ein, die von der polnischen öffentlichen Meinung in Rußland gegenüber dem Novembermanifest eingenommen wird. Alle uns zugänglichen Blätter haben die im Grundsatz einheitliche Stellung eingenommen, daß der Akt der Mittelmächte die polnische Frage auf den internationalen Boden stellt und daß diese Frage aufgehört hat, eine innere Angelegenheit Rußlands zu sein. In diesem Sinne äußert sich der Petersburger „Kurjer Nowy“ und der „Dziennik Polski“.

Ausführlich betrachtet das Manifest die „Gazeta Polska“, die in Moskau erscheint. Das national demokratische Organ macht ironische Bemerkungen dazu, daß die öffentliche Meinung Rußlands und der Entente überrascht zu sein vorgibt. Daß Verhandlungen nach dieser Richtung hin stattfanden, wußten alle, demnach auch die Regierungen der Koalitionsmächte. Sie taten jedoch ihrerseits keinen Schritt. „Die Geschichte wird einst das Geheimnis dieser Anarchie aufdecken; heute genießen wir nur das Schauspiel einer Erregung in der diplomatischen Welt aus Anlaß von Tatsachen, die man angeblich voraussehen nicht konnte.“

Alsdann führt die „Gazeta Polska“ zahlreiche Stimmen russischer Blätter an, die die verschiedenen Stimmungen in Rußland in bezug auf die polnische Frage schildern. Die „Rußkoje Wiedomosti“ stellen fest, daß eine Reihe von Fehlern begangen wurde. Man wußte, daß ein Schritt der Mittelmächte vorbereitet werde, und manche Mitglieder des Kabinetts waren zu der Überzeugung gelangt, daß ein Hervortreten Rußlands nicht länger aufzuschieben sei. Diese Ansicht

vertrat auch Sasanow, während Stürmer die Frage als nicht „aktuell“ bezeichnete. Daraus entstand ein Gegensatz zwischen Stürmer und Sasanow, wobei der letztere die Demission erhielt und Stürmer den Platz räumen mußte.

Ferner tritt die „Gazeta Polska“ gegen die Auffassung auf, als ob nur die Regierung die polnische Frage nicht richtig eingeschätzt, während das Volk eine andere Meinung vertreten hätte. Sie stellt fest, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Zwar übergang die Opposition bei ihrer Kritik auch die polnische Frage nicht, indem sie diese zu Angriffen gegen die Regierung benutzte; aber „ein wirkliches Verständnis für die Bedeutung dieser Sache und für die sich daraus ergebenden Komplikationen hat die Presse und die Allgemeinheit nicht gezeigt“. Hinsichtlich der polnischen Frage trat nach der Einnahme Warschaus und nach „geringfügigen Erklärungen“ aus Anlaß dieses Ereignisses „ein stummes Schweigen“ ein. Dann hatte die Sache folgenden Verlauf:

„Auf die polnischen Interpellationen nach dieser Richtung hin antworteten hervorragende Persönlichkeiten, daß erst nach der Wiedergewinnung des Königreiches die Zeit der Lösung der polnischen Frage kommen werde. Die Kadetten erklärten, daß sie ein Lösung, die in Abschnitte, Paragraphen und Punkte eingeteilt ist, bereit hätten, und daß in diesem Elaborat nichts mehr zu ändern und zu vervollständigen sei. Der Fortschrittsblock, der auch ein Programm aufgestellt hat, hat sich nicht einmal zur Forderung der Beseitigung jeglicher Beschränkungen für die Polen aufgerafft, obwohl diese Aufhebung die einzige Reform ist, durch die gegenwärtig Rußland in realer Weise die Änderung seiner bisherigen Stellung gegenüber dem polnischen Volke beweisen könnte.“

Eigentlich hat erst die Reise der parlamentarischen Abordnung nach dem Auslande ihr die Augen für die weittragende Bedeutung der polnischen Frage und ihr Verhältnis zur öffentlichen Meinung Europas geöffnet. Daher ließen sich erst nach Rückkehr dieser Abordnung nach Rußland Stimmen der Politiker über die polnische Frage hören, und erst dann gab Miljukow zu, daß die Autonomie trotz der sorgfältigen Bearbeitung durch gelehrte Juristen seiner Partei eine veraltete Sache sei.“

Die Feststellung dieser Tatsache kommt in allen Organen der polnischen Presse in Rußland zur Geltung. Kräftig und uneingeschränkt betonen sie, daß der Akt der Mittelmächte die Daseinsberechtigung eines polnischen Staates anerkannt, daß er die polnische Frage der einseitigen „inneren“ Entscheidung entzogen und sie zu einer internationalen gemacht habe. Selbst hervorragendere russische Politiker, wie Maklakow und Miljukow erkennen dies an, und die polnische Presse beruft sich auf sie.

Aus Nr. 5 des Głos Stolicy (Warschau)

vom 3. Dezember 1916.

Auf dem Posten.

Ich habe den Eindruck, daß in Warschau zu viel Aufrufe erscheinen, daß an den Mauern der Stadt zu viel Aufforderungen, Erklärungen und Warnungen zu sehen sind. Seit einiger Zeit ist die Hauptsorge der verschiedenen politischen Gruppen bei uns, wann und was für ein Aufruf erlassen werden soll. Im Laufe von 10 Tagen habe ich rund 30 gezählt, abgesehen von verschiedenen Flugblättern und Flugblättchen.

Die Zeit ist heiß. Das ist wahr. Aber sie ist ernst, überaus ernst, während das Plakatschauspiel nicht ernst ist. Ohne die Verfasser beleidigen zu wollen, behaupte ich, daß es ein ärgerniserregendes Schauspiel ist. Ich rede nicht einmal von den nicht unterschriebenen Aufrufen. Diese sind verabscheuungswürdig, sind ein Be-

weis der Feigheit und der Kleinmütigkeit; sie rechnen auf die Dummheit der Massen, die dem gedruckten Worte blind Glauben schenkt.

Jedoch auch die unterschriebenen Aufrufe sind ein großes Übel, wenn ihr charakteristisches Kennzeichen lautes Geschrei ist. Der vorbeigehende Bürger gafft einen solchen Aufruf an, liest ihn und macht die Schlussfolgerung: „Den haben sie es aber gegeben!“ oder: „Das ist kräftig geschrieben.“ Dann liest er den zweiten, dritten und zehnten Aufruf und macht wieder solche tiefsinnigen Schlussfolgerungen. Auf diese Weise wird das Volk mächtig gebildet!

Wenn bei uns die Ehrfurcht vor dem gedruckten Worte besser entwickelt wäre, würde es weniger Aufrufe, Erklärungen und Aufforderungen geben. Sie sind zwar notwendig, aber diese Dosis kann sich für die Bürger Warschaus als zu stark erweisen und eine geistige Unverdaulichkeit zur Folge haben. Sie werden heute noch von dem Warschauer Bürger angesehen und gelesen, aber morgen wird er abwinken und eine Anschlagssäule nicht einmal von weitem ansehen.

Allzuviel ist ungesund.

Ein altes, aber gutes Sprichwort.

Ein Beobachter.

Aus Nr. 337 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 5. Dezember 1916.

Die polnische Presse über den Einzug der Legionen. „Kurjer Warszawski“

schreibt:

Nach zwei Jahren ruhmreicher und heldenmütig durchgeführter Kämpfe im Namen der Freiheit und der Unabhängigkeit des Vaterlandes ziehen die Legionen in Warschau ein. Die Begrüßung, die ihnen zuteil wird, ist ein beredtes Zeugnis für das Verständnis und das Gutheißen der Ziele, nach denen sie streben, und stellt auch den Dank dar für ihren Opfermut im Dienste der großen Idee des selbständigen polnischen Staates.

„Kurjer Polski“

schreibt unter anderem:

Schon sind sie bei uns erschienen, die Besten und Edelsten der Nation, die ihr junges Leben und alle ihre Wünsche nach persönlichem Glück auf dem Altar der Freiheit des Vaterlandes niedergelegt haben. Nicht ohne Bedauern werden wir unter ihnen den suchen, welcher kraft seines großen Gedankens und seines Willens unmögliche Dinge zu Tatsachen werden ließ. Nicht in Ruhestellungen kommen die Bataillone, obgleich schon so viel polnisches Blut geflossen ist, ist dies alles doch nur ein Anfang der nationalen Kämpfe um die Selbständigkeit. Die nationale Regierung wird uns alle zusammenrufen, damit wir uns um die Legionen scharen.

„Głos Stolicy“

schreibt in einem Leitartikel:

Nach der Hauptstadt Polens, nach Warschau sehnte sich der polnische Soldat. An sie dachte er in der Schlacht, erfüllt von dem unerlöschlichen Glauben, daß er einst dort einziehen werde, um zu bezeugen, wie er bemüht war, die Ketten zu sprengen und der Nation ein unabhängiges Dasein zu erkämpfen. Heute grüßt Euch Warschau, es erzitterte bei Euren Anblick, und Ihr hörtet Worte der Dankbarkeit und Verehrung. Ihr habt die Ehre der Nation gerettet. Möge aus Euren Kräften die Macht einer polnischen Armee erstehen, welche Rußland in Schrecken und die ganze Welt in Erstaunen setzen wird.

„Nowa Gazeta“

schildert in einem in begeistertem Tone gehaltenen Leitartikel den tiefen Eindruck, den die Legionen auf

die Warschauer Bevölkerung gemacht haben. Der Artikel hebt den Enthusiasmus hervor, mit dem sie aufgenommen wurden.

„Godzina Polski“

schreibt:

Die Teilnahme der Legionen am Kriege hat die Zentralmächte von der Lebensfähigkeit der polnischen Nation überzeugt. Durch sie haben die Koalitionsmächte und vor allem Rußland die Überzeugung gewinnen müssen, daß Polen mit Rußland niemals Hand in Hand gehen wird. Die Legionen haben alle Mißtrauischen überzeugt, daß dem polnischen Blute militärischer, lebendiger Geist eigen ist und daß dieses Volk, durch Knechtschaft ungebrochen, jederzeit bereit ist, das Zeugnis seines Blutes und seiner unvergeßlichen militärischen Tradition abzulegen.

„Kurjer Polski“.

Oberst Haller, Kommandant der 2. Brigade der Legionen, schreibt in einem Artikel, betitelt: „Was haben wir gewollt?“

„Wollten wir den Umsturz oder die Revolution? Nein, der Weg, den wir beschritten haben, war nicht leicht, aber der gesunde Wille der Jugend hat durchgehalten. Wir wollten einen polnischen Staat, denn unwürdig ist die Nation, die nicht nach Freiheit strebt, wir wollen also auch, daß dieser neuwachende Staat eigene Kräfte, sein eigenes Heer hätte. Einige Arbeitsjahre vor dem Kriege haben das ihrige getan, doch waren sie zu kurz, um eine große Organisation zu schaffen. Die zweite Brigade ist weder weiß noch rot, nicht Klassenhaß, nicht Parteien führen sie. Wir wollten nur das eine, polnische Soldaten sein, um den Augenblick zu erleben, wo uns ganz Polen als solche anerkennen wird.“

Aus Nr. 281 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 4. Dezember 1916.

Aufruf polnischer Frauen.

Die „Frauenliga der Kriegsbereitschaft“ hat aus Anlaß des Einzuges der Legionen einen Aufruf erlassen, in welchem wir folgendes lesen:

„Wie wird unsere Hauptstadt diese ersten Scharen aufnehmen, wie dieselben ehren? Wir glauben und wollen es glauben, daß heute sogar das härteste Herz bei dem Gedanken erzittern wird, daß zum ersten Male seit zwei langen Jahren der Kämpfe und der Bedrängnis der sehnüchtige Wunsch dieser heldenhaften Jünglinge in Erfüllung geht.

Möge das königliche Warschau endlich die Fesseln der Sklaverei abschütteln und die Arme seinen treuesten Söhnen freudig entgegenstrecken.

Möge jedes polnische Haus Brot und Herz mit denen teilen, die an den Grenzen des Staates unter Mühmal und Schwierigkeiten mit dem Schwerte eine hellere Zukunft jeder polnischen Familie erkämpft haben.

Wir polnischen Frauen von der Liga der Kriegsbereitschaft möchten den polnischen Soldaten, unsern geliebten Brüdern und Söhnen, das erste Weihnachten in der Hauptstadt Polens angenehm und denkwürdig gestalten. Wir fordern daher alle diejenigen auf, die in den Legionen die Tat des nationalen Willens und Stolz erkennen, sich mit uns zu einem würdigen Empfange unsrer lieben und teuren Gäste zu vereinigen.

Die Frauenliga der Kriegsbereitschaft verwendet seit einigen Monaten die Einnahmen ihrer Verkaufsstelle Wwarecka 11 für die Bedürfnisse der polnischen Legionssoldaten. Wir wollen nunmehr jedem Gelegenheit geben, selbst die bescheidenste Gabe zur

Veranstaltung eines Weihnachtseffens für unsere Kämpfer beizutragen. In unserer Verkaufsstelle Wwarecka 11 veranstalten wir während des Monats Dezember einen Verkauf von Weihnachtsgeschenken, dessen vollen Ertrag wir für die Legionen bestimmt haben.

Wir verkaufen also: Bücher, Noten, Briefpapier, Kunstgegenstände, Fahnen etc. etc., schließlich die in Warschau einzigartige Sammlung von Medaillen und Plaketten, die auf polnischem Boden während des zweijährigen Weltkrieges entstanden sind. Wir haben das Vertrauen, daß man niemanden zum Kaufe anzuspornen braucht; das Ziel, daß dem Herzen jedes Polen teuer ist, spricht für sich selbst.

Aus Nr. 281 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 4. Dezember 1916.

Aufruf des Nationalen Arbeiterverbandes.

Der Nationale Arbeiterverband hat aus Anlaß des Einzuges der Legionen in die Hauptstadt folgenden Aufruf erlassen:

Ehre dem polnischen Soldaten!

Seid uns willkommen, Ihr Brüder Soldaten, in der Hauptstadt Polens, nach der Ihr Euch zwei Jahre des Krieges in blutiger Mühmal und ritterlichen Kämpfen geseht habt.

Mit nicht geringerer Sehnsucht haben wir Euch erwartet, die wir bisher unterirdisch die Waffen geschmiedet haben, die derselben Idee dienen und nach demselben Ziele streben, nämlich der Unabhängigkeit.

Heute geht Eure und unsere Sehnsucht in Erfüllung und die Träume unsrer Väter und Vorfäter werden verwirklicht.

Ihr zieht in die Hauptstadt des Landes ein, dessen Unabhängigkeit von zwei Großmächten anerkannt worden ist.

Das ist vor allem Euer Verdienst. Ihr habt durch die kühne Entscheidung am 6. August 1914 der ganzen Welt die polnische Frage zur Lösung hingeworfen. Ihr wart während des Krieges die Verförperung der selbständigen polnischen Tat. Ihr habt durch Eure Tapferkeit und grenzenlose Opferwilligkeit die glänzendsten Traditionen der polnischen Waffen, der Traditionen von Samosierra und Grochowo neubelebt und halb Europa zur Anerkennung des Grundgesetzes unsrer Unabhängigkeit, die ganze Welt aber zu der Feststellung gezwungen, daß Polen lebt!

Heute, in dem Augenblick, da der Wiederaufbau des polnischen Staates beginnt, stellt sich der polnische Soldat und der nationalbewußte polnische Arbeiter Hand in Hand zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamem Kampfe unter der Losung:

Es lebe die polnische Regierung!

Es lebe das durch diese Regierung geschaffene polnische Heer!

Es lebe der unabhängige polnische Staat!

Ehre den Helden der bewaffneten polnischen Tat!

Der Hauptvorstand des Nationalen Arbeiterverbandes.

Aus Nr. 609 der Nowa Reforma (Krafsau)
vom 3. Dezember 1916.

Die Legionen in Warschau

Nach dem 5. November der Tag des 1. Dezember! Das ist das zweite große Datum in dieser großen Zeit. Die Geschichte des wiedererstehenden polnischen Staates und des in der Entstehung begriffenen polnischen Heeres wird es sorgsam verzeichnen — und unterstreichen. Gestern zogen in Warschau die polnischen Legionen

ein, heute sind sie schon ein Teil der zukünftigen polnischen Armee. Diese einfache Tatsache — denn was kann es einfacheres geben, als daß diejenigen, die für Polen gekämpft haben, auch in seine Hauptstadt einziehen — hat jedoch einen reichen Inhalt, und ihre Wurzeln reichen tief in die Seele des Volkes hinein!

Am 16. August 1914 sind die Legionen entstanden. An ihrer Wiege stand die Sehnsucht nach — Warschau. Diese Sehnsucht war um so größer, als schon einige Male einige Abteilungen sich diesem heiligen Ziele näherten, so daß eine die andere darum beneidete, daß sie zuerst einziehen werde, und die Politiker zerbrachen sich die Köpfe darüber, diesen Einzug möglichst politisch zu gestalten. Im Spätherbst des schrecklichen Jahres war es schon so weit, daß der Traum jeden Tag in Erfüllung gehen konnte. Hindenburg stand vor Warschau und mit ihm Abteilungen der polnischen Mannen, die bereit waren, in die Hauptstadt einzuziehen und sie in Besitz zu nehmen.

Aber auch dies Mal war dies nur eine Fata Morgana. Anstatt nach Warschau kamen die Legionen nach Ungarn. Es begann für sie der Weg des Schwertes und des Kreuzes. Vielleicht wird einmal ein großes polnisches Herz heranreifen, um ihn nicht nur zu beschreiben, sondern ihn auch lebendig erstehen zu lassen, ihn noch einmal zu durchleben, dies Mal aber nicht in Not und Elend, sondern in der unvergleichlichen Schönheit, in der beinahe mystischen Aureole, welche ihn in den polnischen Seelen für ewig umstrahlen wird. Es gab keine Schwierigkeiten in den östgalizischen Karpathen, durch die dieser Weg nicht geführt hätte. Von entlegenen Dörfern der ungarischen Karpathen zogen sie nach der galizischen Gegend, hin und zurück im Zickzack, beinahe einen teuflichen Weg. Und wohin ging es? Natürlich nach — Warschau. Über Zielona, Rajajlowa, Bohorodczany, Kirlibaba, Barcza, Rokitno, über Kolomea an den Dniestr, dann wieder in der Richtung Besarabien, von dort nach Polesie, an den Styr, dann an den Stochod, mitten unter Kämpfen, unmöglichen Märschen, unsäglichen Mühsalen, immer nachsam, immer treu, jeden Augenblick bereit, das Leben für das Vaterland hinzugeben, so zogen sie nach Warschau.

Und sie sind dort angelangt.

Daß diese Karpathenbrigade ein Wunder soldatischer Tugend und Tüchtigkeit ist, ist allgemein bekannt. Daß sie, im Feuer von zweihundert Schlachten abgehärtet, fast die einzige Formation in ganz Europa ist, die 26 Monate hintereinander ohne Unterbrechung in erster Linie gestanden und die Vorpostenlinie nie verlassen hat, daß ist auch vielen bekannt. Daß bei dieser Brigade Soldaten vorhanden sind, die acht Mal hintereinander verwundet waren, daß ganze Kompagnien und Bataillone ein Jahr lang und noch länger nicht unter dem ärmsten Dache waren, daß sich darunter moderne, hochintelligente Menschen befinden, die ein Jahr lang in keinem Bette gelegen haben, ist auch manchem bekannt. Aber wenige gibt es, die da wissen, was für moralische Peinen diese Helden durchgemacht haben, welchen schrecklichen inneren Feind sie von Tag zu Tag zu bekämpfen und zu besiegen hatten. Denn darüber sprachen sie mit niemandem und teilten es keinem mit. Sie kämpften und schwiegen. Es hielt sie die Kraft des Glaubens und der einmal übernommenen Pflicht aufrecht. Sie vollführten das Wunder, daß die am schwersten Geprüften, die am unbarmherzigsten Erprobten diese Feuer- und Wasserprobe des Karpathenwinters und des Polesiesumpfes, der inneren Widerwärtigkeiten und der äußeren Mißverständnisse ausgehalten haben, und heute erhalten sie ihren Lohn. Es öffneten sich vor ihnen die Tore Warschaus. Es ist ein großer Tag, das Ende der einen großen Sache und der Anfang einer zweiten, die noch größer ist.

Die Legionen sind verschwunden, und an ihre Stelle tritt das polnische Heer. Die Legionen gehören bereits der Geschichte an, einer beispiellosen Geschichte bezüglich der Aufopferung, der Zuversicht und der Treue. Jetzt kommt die Reihe an das polnische Heer, das in diesen Legionen seinen glücklichen Anfang genommen hat.

Wie ein goldenes Saatkorn ist der Legionskrieger über die Gebiete des Königreichs Polen ausgestreut worden, um den Scharen des polnischen Heeres den Anfang zu geben. Diese ungewöhnliche Saat muß auch eine ungewöhnliche Ernte bringen. Heute türmen sich noch Schwierigkeiten auf, von Seiten der einheimischen Eigenbrödelei in höherem Grade als von irgend einer anderen Seite. Aber die Macht der unsterblichen Idee, deren glänzendste Vertreter gestern in Warschau eingezogen sind, wird diese Schwierigkeit überwinden, indem sie alle polnischen Seelen ebenso in ihren ausschließlichen und vollen Besitz nehmen wird, wie gestern die Helden von Molotowo und Rokitno die Seele Warschaus in Besitz genommen haben. Denn das dies geschehen ist, unterliegt keinem Zweifel. Wo wäre denn ein polnisches Herz und ein polnischer Kopf, der dem Zauber des in Warschau einziehenden Regiments polnischer Mannen und eines Regiments der abgehärtetsten polnischen Infanterie sich entziehen könnte?

In der Geschichte der Wiedergeburt des freien und unabhängigen Polens ist gestern ein neues, noch unbeschriebenes Blatt aufgeschlagen worden. Die Legionen, die sich über die Städte des Königreichs Polen zerstreut haben, haben darauf ein Zeichen ihrer Aufopferung und ihres Heldennutms hinterlassen. Möge sich das Blatt möglichst bald mit ähnlichen Zeichen füllen.

Aus Nr. 574 des Głos Narodu (Kraakau)

vom 5. Dezember 1916.

Die Legionen in Warschau.

Die zweite Brigade der Legionen ist in Warschau eingezogen. Sie ist festlich empfangen worden. Durch das Spalier der Menge, mit Blumen und Hochrufen begrüßt, zogen in Warschau die Soldaten ein, deren Tapferkeit die Idee der Unabhängigkeit voranleuchtete. Sie gingen lange, beinahe zwei und ein halbes Jahr, manchmal die schwierigsten Wege durch allerlei Mühseligkeiten auf eigenem und fremden Boden hindurch, bis sie in die Stadt einziehen konnten, die die Hauptstadt des freien und unabhängigen Polens sein soll. Man hat sie mit dem Gefühl aufgenommen, das in dem Herzen eines jeden Polen erglücken muß, wenn er über den Scharen den weißen Adler im blutigen Felde sieht und wenn ihn der Rhythmus des hoffnungsfreudigen Liedes ergreift: „Noch ist Polen nicht verloren.“ Wie die Lawa unter der Asche, glühte dieses Gefühl in dem mit Gewalt gefesselten Warschau, ohne sich äußern zu können. Als sich die polnischen Fahnen zeigten und das polnische Kampflied erscholl, ergoß sich der Strom nach außen hin. Es strömten darin die Erinnerungen an die ritterliche Vergangenheit, die Traditionen der Waffen, die einst der ganzen Welt den unerschütterlichen Willen Polens, in der Freiheit zu leben, verkündeten.

Warschau stellte als psychisches Ganze in diesem Kriege eine der unglücklichsten Verbindungen dar, die das Gefühl, verbunden mit dem Verstand, ergibt. In den letzten Wochen hat sich dies mit voller Kraft in der realpolitischen, wenn auch mit Begeisterung erfüllten Auffassung der nächsten Aufgaben gezeigt. Die schweren Erfahrungen haben Warschau viel gelehrt, jedoch nicht bis zum Pessimismus gebracht. Der polnische Geist, der nach einem realen Dasein strebt, hat in ihm einen Stützpunkt, der in der positiven

und nüchternen Auffassung des Lebens beruht, die sich Warschau in dem Martyrium der „langen nationalen Nacht“ errungen hat. Wir haben gesehen, mit welcher Ruhe es den Staatsbau von den Fundamenten an aufbauen will, indem es eine polnische Verwaltung des polnischen Landes fordert und konkrete Wünsche äußert, um die Zukunft möglichst stark zu befestigen. Nirgends fehlt es an zu weitgehenden Strömungen bezüglich der Taktik, die die Erreichung der Ziele der Ungeduld anpassen möchten. Die natürliche Erscheinung der verschiedenen Ansichten findet im Königreich ein Gegengewicht und bildet auf diese Weise das Parallelogramm der Kräfte, das die Allgemeinheit den weiteren Ereignissen entgegenführt. Es weist nichts darauf hin, daß dieser normal funktionierende Mechanismus des nationalen Gedankens der Verderbnis unterliegen könnte, die seinen bisherigen Rhythmus aus dem Gleise bringen könnte.

Lebhaft und laut schlug das Herz Warschaws, als es die Soldaten unter dem Zeichen des weißen Adlers begrüßte. Es antworteten ihm der Herzschlag der tapferen und opferfreudigen Herzen unter der grauen Uniform, die sich so lange nach der Sigismundssäule sehnten. Und über diesem Bilde erhob sich die glänzende und — so Gott will — günstige Zukunft, die von den vereinigten Anstrengungen der Gedanken und Gefühle, vom Eifer und von der Vor Sorge gebaut wird.

Aus Nr. 615 des Goniec (Warschau)
vom 6. Dezember 1916.

Ein Segen für die Legionen.

Graf Szepthycki, der Kommandant der polnischen Legionen, erhielt vor einigen Tagen von Gräfin Maria Kwilecka aus Dporowo (Kreis Samter), einer Enkelin Dombrowskis, einen Brief, in welchem diese, an die Tradition der Legionen ihres Großvaters anknüpfend, dem jungen Führer der heutigen Legionen ihren Segen entbietet.

Das rührende Dokument lautet folgendermaßen:
Dporowo, den 1. Dezember 1916.

Gnädiger Herr Graf!

Ist Ihnen bekannt, daß noch eine Enkelin Dombrowskis auf dieser Erde weilt, und können Sie sich denken, wie eifrig sie die weitere Entwicklung der Legionen verfolgt? Sie können sich vorstellen, mit welchem Gefühl der Freude ich erfahren habe, daß gerade Sie, Herr Graf, die leitende Stellung übernommen haben und ein Nachfolger meines Großvaters geworden sind.

Ich kann unmöglich alle Schattierungen meiner Gefühle aufzählen, was übrigens überflüssig wäre. Nur das eine möge genügen, daß ich Ihre Mutter zwar nur „kurze Zeit, aber gut“ gekannt und daß ich von dieser Zeit an eine Sympathie für sie und die ihr Nahestehenden empfunden habe.

Daher gestatte ich mir als achtzigjährige Greisin, im Namen Ihrer Mutter und meines Großvaters Gott um reichen Segen für den jungen Führer und sein Werk zu bitten. Noch ist Polen nicht verloren, so lange wir leben. Durch die ununterbrochene alte Hymne sind wir stets verbunden.

Maria Gräfin Kwilecka, geb. Mankowska.

Aus Nr. 671 des Wiedenski Kurjer Polski (Wien)
vom 6. Dezember 1916.

Um das polnische Heer.

Warschau, im Dezember.

Gewisse Kreise bemühen sich, in unser politisches Leben Chaos und Verwirrung hineinzubringen. Hier

und da macht sich ziemlich deutlich ein Straßenterrorismus bemerkbar, der uns leider vom Jahre 1905 her gut bekannt ist.

Der Mittelpunkt der Agitation und der Gärung ist die Angelegenheit des polnischen Heeres.

Ungewöhnlich schwierig ist die Lage derjenigen Faktoren der Legionen, die unter den schwierigsten Verhältnissen positiv daran arbeiten, um das polnische Heer vor der Auflösung zu bewahren, die ihm deshalb droht, weil es auf Grundlagen gestützt ist, die von der Demagogie zu ihren Parteizwecken ausgenützt werden.

Allzu häufig kann man hierbei in den Reihen der Anhänger dieser Aktion die Worte des sozialistischen Liedes „Die rote Standarte“ hören. Einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Meinung dieser Kreise üben solche Leute aus, wie Dajzynski, Moraczewski, Jodko, Sierozjewski und der ganze Stab galizischer und ortsanfässiger Sozialisten, die gegenwärtig die Arbeiten der polnischen Militärorganisation und des Nationalen Zentralkomitees leiten. Eine zu große Rolle spielt der in dem Lager tätige Herold der ganzen Sache, das galizische sozialistische Organ „Naprzod“, als daß wir uns nicht darüber Rechenschaft geben sollten, um was es sich eigentlich handelt. Es ist daher kein Wunder, daß die Angriffe des galizischen Sozialisten Dajzynski, die mit einer besseren Sache würdigen Tatkraft in den Versammlungen des Nationalen Zentralkomitees geführt werden, wie auch die vor allem für den Verfasser unglücklichen offenen Briefe des Mitgliedes der polnischen Sozialistenpartei (den der Oberst Sikorski vor das Bürgergericht gebracht hat) gerade den entgegengesetzten Erfolg haben, als beabsichtigt war.

Die positiven, wirklich unabhängigen und nationalen Elemente — schütteln sich schon bei dem bloßen Gesipst der Wirren der letzten Vergangenheit, vereinigen sich und verstärken die Stützpunkte der realen staats-schöpferischen Arbeit. Da sich jedoch während des Krieges Lüge und Verleumdung leichter behaupten können, da die technischen Schwierigkeiten nicht gestatten, sie schnell zu berichtigen, so ist es nötig, einige authentische Einzelheiten bezüglich der Sache, die heute der Gegenstand der öffentlichen Erörterung ist, der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu unterbreiten.

Bezüglich der polnischen Armee und ihrer Organisation ist vor allen Dingen folgendes festzustellen:

Die Zeit liegt noch nicht weit zurück, da die polnischen Legionen bei der Bildung der polnischen Armee von den amtlichen Stellen nicht in Rechnung gezogen wurden. Wie wir wissen, hat die Hauptrolle bei der Organisation des zukünftigen polnischen Heeres im Namen der Mittelmächte Deutschland übernommen. Die polnischen Legionen, die nach anderen Grundlagen gebildet und geschult worden sind, boten nach Ansicht der Organisatoren viele Schwierigkeiten bei ihrer Verwendung als Anfang eines Heeres. Außerdem waren sie gerade während jener Zeit von einer inneren Krise erschüttert, deren äußere Form einen rein politischen Charakter hatte. In Anbetracht dieses Zustandes kam es zu der Entscheidung, daß die polnischen Legionen aus dem Heere eliminiert werden sollten; diese Entscheidung wurde später dahin abgeändert, daß sie einen Teil des zukünftigen Heeres bilden sollten. Einer schwierigen Arbeit unterzog sich damals der erste Oberst Sikorski. Mit Hilfe von Denkschriften, deren Wert Herr Sierozjewski nicht versteht, wie auch in einer persönlichen Audienz beim Generalgouverneur v. Beseler versuchte Oberst Sikorski zu beweisen, daß

1. die polnischen Legionen die einzigen polnischen militärischen Kadres bilden. Ihre Zusammensetzung, ihre Leitung, die militärische Literatur und die ganze Organisation sind weder deutsch noch österreichisch, sondern eben polnisch. Sie sind als Anfang des zukünftigen polnischen Heeres entstanden und haben

die schwierigste Zeit des gegenwärtigen Krieges überstanden. Man kann sie daher auf keinen Fall von dieser Rolle ausschließen, wenn man nicht den Widerwillen der Allgemeinheit gegen den beabsichtigten Zweck erregen will. Im Gegenteil würde die Verwendung der polnischen Legionen als Kadres des polnischen Heeres für die Überzeugung der Allgemeinheit entscheidend sein, daß das zu bildende Heer wirklich ein polnisches sein wird.

2. Oberst Siforski wies ferner darauf hin, daß die letzte Krisis in den Legionen ihren Grund vor allen in den Schwierigkeiten hat, die sich aus dem Mangel einer Entscheidung in der polnischen Frage ergaben. Die Legionen schlagen sich um ein unabhängiges Polen. Zwei Jahre lang warteten die polnischen Soldaten geduldig auf irgend eine Entscheidung in dieser Angelegenheit. Es ist daher bewundernswert, daß ein Freiwilligenheer, das ohne eine Idee nicht existieren kann, sich so diszipliniert und opferfreudig für das Vaterland geschlagen hat, ohne die Gewißheit zu haben, daß es die Freiheit für dasselbe erkämpfen wird. Es waren also nicht Partei- oder politische Streitigkeiten, die an den Legionen herumzerrten, sondern die Überzeugung, daß sie nicht für die eigene Sache kämpfen. Die Organisation des polnischen Staates wird die Lage retten und radikal ändern. Sie wird die dort herrschenden Verhältnisse ordnen, die Legionen zu einer geschlossenen, disziplinierten und kampferprobten Truppe machen, die als Anfang des polnischen Heeres die Bürgschaft seiner Tapferkeit und seines echt soldatischen Geistes bieten wird.

Die nach dieser Richtung hin unternommenen Bemühungen fanden allseitige Unterstützung seitens der Allgemeinheit und der damaligen polnischen Abordnung in Berlin und Wien. Auch wurden sie von dem Brigadier Grafen Szeptycki bei den späteren amtlichen Konferenzen, zu denen er eingeladen wurde, wirksam unterstützt.

Diese Bemühungen zeitigten für viele verwickelte Fragen ein entscheidendes Ergebnis. Die Legionen wurden als Kadres des polnischen Heeres anerkannt; den Regionsbehörden wurde das Recht der Werbung für das polnische Heer zugestanden. Leider wurde die Werbung vom Warschauer Generalgouverneur noch nach den alten Grundsätzen proklamiert, die die aus der Änderung der grundsätzlichen Stellung in der Rolle der polnischen Legionen sich ergebende Wandlung nicht berücksichtigten. Der Mangel eines Aufrufs von seiten des polnischen Volkes machte der Regionsleitung die Aufnahme irgendeiner Werbepropaganda unmöglich. Für eine Werbung unter solchen Verhältnissen mußte gegenüber dem Volke lediglich der Brigadier Szeptycki und die ihn unterstützten militärischen Organe die Verantwortung übernehmen. Natürlich konnte er diese Verantwortung nur auf dem Gebiete der technischen Vorbereitung zur Werbung tragen. Es ist aber verständlich, daß Oberst Siforski, der bisherige Organisator der Werbung für die Legionen, die Aufgabe der rein militärischen Organisation des Werbeapparats im Königreich erhielt. Die Belegung dieses Apparates und sein richtiges Arbeiten ist davon abhängig, daß die Regionsleitung den Werbebefehl von seiten einer dazu berechtigten polnischen Vertretung empfängt. Es war auch in Warschau bekannt, daß Oberst Siforski dem Generalgouverneur nach dieser Richtung hin eine Denkschrift vorgelegt hat, in der darauf hingewiesen wurde, daß man auf dem Gebiete der Werbetätigkeit so lange nicht über das vorbereitende Stadium hinausgehen dürfe, bis die grundsätzlichen Forderungen in Sachen des polnischen Heeres, die so einmütig von der polnischen Allgemeinheit erhoben werden, erfüllt seien.

Unverständlich erscheint daher diese ganze Aktion des Zentralen Nationalkomitees gegen den Obersten

Siforski und die Legionen, die aus Anlaß der Organisation des Werbeapparats in Petrifau mit einem solchen Lärm eingeleitet wurde. Das Nationale Zentralkomitee kann hierbei nicht einmal den Mangel an Kenntnis der wirklichen Sachlage für sich in Anspruch nehmen. Seine vorletzte Erklärung versucht nämlich ausdrücklich den deutschen Behörden zu demonstrieren, daß die unternommene Werbeaktion lediglich technische Ziele im Auge habe, während die Leiter der Legionen der Überzeugung seien, daß nur der Befehl einer Nationalregierung den polnischen Freiwilligen in Bewegung setzen könne. Eine solche Anlage ist zwecklos, da die deutschen Behörden darüber direkt unterrichtet worden sind. In der selben Erklärung werden die Regionsbehörden vor der Allgemeinheit angeklagt, daß sie über das Blut des polnischen Rekruten verfügten — entgegen dem Willen und ohne Auftrag des polnischen Volkes. Es liegt darin eine so grelle und absichtliche Inkonsequenz, die eine weitere Betrachtung nicht verdient.

Die galizischen Blätter haben die Mitteilung gebracht, daß Oberst Siforski seine Enthebung von der Leitung der Werbeaktion für das polnische Heer beantragt habe. Für uns war dies noch vor den Angriffen auf die Legionen wegen der Organisation des Werbeapparats kein Geheimnis. Einige verantwortliche Politiker Warschaus erhielten schon am 23. November die vertrauliche Mitteilung, daß Oberst Siforski aus grundsätzlichen Gründen die Verantwortung weder für das Wesen noch für einen Erfolg der Werbung auf der bisherigen Grundlage übernehmen könne. Der Antrag des Obersten Siforski auf seine Amtsenthebung wurde streng geheim gehalten, obwohl die Kenntnis davon die Stellung des gesamten Werbepersonals und der Leiter der Werbeaktion gegenüber der Allgemeinheit erleichtert hätte.

Wie aus obigen tatsächlichen Erklärungen hervorgeht, haben wir es in der Frage des polnischen Heeres auf der einen Seite mit einer positiven, die vorhandenen großen Schwierigkeiten Schritt für Schritt überwindenden staatschöpferischen Arbeit, — auf der anderen Seite mit einer Parteidemagogie zu tun, die sich verschiedener allgemeiner Lösungen bedient, um alle Zentralstellen dieser Arbeit, wenn sie sich der Parteidiktatur nicht unterwerfen, zu zertrümmern. Man mißt dabei alle laufenden Schwierigkeiten aus, trägt Verwirrung in die Reihen der Allgemeinheit hinein, verbreitet Gerüchte und Verleumdungen, so daß die jetzt so sehr notwendige nationale Einigkeit gestört wird.

Die polnische Allgemeinheit hat jedoch gelernt, die Wahrheit von der Unwahrheit, das Interesse der Allgemeinheit vom Parteiinteresse zu unterscheiden. Sie wird daher auch einheitlich auf den Parteiterroismus des Nationalen Zentralkomitees reagieren und durch ihre entschiedene Haltung die positiven Faktoren der Legionen bei ihrer schöpferischen Arbeit für das jedem patriotisch denkenden Polen teure polnische Heer unterstützen.

Die Herren vom Nationalen Zentralkomitee mögen bedenken, daß ihre demagogische Obstruktion, die angeblich gegen die Form der Verwirklichung des polnischen Staatswesens gerichtet ist, häufig in eine grundsätzliche Obstruktion gegen das Wesen des polnischen Staates selbst übergeht.

Aus Nr. 617 des Goniec (Warschau)
vom 7. Dezember 1916.

Aufklärung.

In der „Ziemia Lubelska“ lesen wir folgendes: Seit einiger Zeit werden in den Klubs und Kaffeehäusern Abdrücke einer in gereiztem und anreizendem Tone gehaltenen Publikation unter dem Titel

„Schreiben des Waclaw Sieroszewski an den Obersten Wladislaus Siforski“ verbreitet. Wie wir erfahren, erhielt Oberst Siforski das Original dieses Briefes erst am verflossenen Sonnabend, und Tags darauf übermittelte er durch Vermittelung zweier Offiziere der polnischen Legionen Herrn Sieroszewski die Nachricht, daß er in Übereinstimmung mit den militärischen Vorschriften die Sache wegen Verleumdung dem Kommando des polnischen Korps übergebe. Das Kommando wird entscheiden, in welcher Weise Herr Sieroszewski verfolgt werden wird.

Da in diesem Schreiben Angelegenheiten berührt wurden, welche das Oberste Nationalkomitee und überhaupt die bürgerliche Tätigkeit des Chefs der Militärabteilung berührt haben, verlangte Oberst Siforski telegraphisch eine Revision der Kasse der Militärabteilung, denn die letzte Revision fand im Juli 1916 statt. Oberst Siforski behielt sich auch die Möglichkeit vor, nächst den Konsequenzen rechtlicher Natur seine Rechte als Bürger auf dem Wege eines bürgerlichen Gerichts geltend zu machen.

Aus Nr. 620 des Goniec (Warschau)
vom 9. Dezember 1916.

Die Bauern an den Heiligen Vater.

Der Nationale Bauernverband hat an den Papst folgendes Telegramm gesandt:

An Seine Heiligkeit Papst Benedikt XV.
Heiliger Vater!

Die am 26. November 1916 in der Residenzstadt Warschau in der ersten freien Versammlung der Landleute aus allen Gegenden des bereits unabhängigen Königreichs Polen vereinigten Bauern und die Vertreter anderer Stände neigen sich ehrfurchtsvoll vor Dir, Heiliger Vater, in Dankbarkeit dafür, daß der Apostolische Stuhl während der hundert Jahre der schrecklichen moskowitischen Sklaverei ständig und unerschütterlich unser Volk beschützte und während der Zeit der Aufstände unsrer Väter gegen das grausame Joch nicht nur bei Gott für uns Fürbitte einlegte, sondern auch bei den Mächtigen der Welt um Gerechtigkeit und Freiheit für das bedrängte Volk anklopfte.

In der Überzeugung, daß der Triumph der Waffen der Mittelmächte, durch die Polen zu einem unabhängigen staatlichen Dasein berufen worden ist, zugleich einen Triumph der römisch-katholischen Kirche darstellt, die durch das Schisma des Ostens verdrängt wird, versichern wir Dir, Heiliger Vater, daß unser Volk, nachdem es die schwersten Leiden der Sklaverei kraft seines römisch-katholischen Glaubens ertragen hat, auch fernerhin für alle Zeiten des Kampfes zwischen Gut und Böse ein Stützpunkt Deiner christlichen Kirche und die Schutzmauer Europas gegen die Eroberungsjucht des östlichen Schismas bleiben wird.

Daher bitten wir Dich, Heiliger Vater, während die Entscheidungen des Krieges noch nicht gefallen sind, um Deinen Segen für das aus dem Grabe zur Freiheit ersiehende Polen. Segne die polnischen Waffen und erlebe von dem Herrn der Heerscharen einen tüchtigen König, der den wiedererweckten Staat aus den Ruinen sachkundig aufbaut und darin verständig und gerecht regiert zur Ehre Gottes, zum Nutzen der Kirche und unsrer Seelen und zum irdischen Glück für alle Söhne unseres Vaterlandes.

Wie gläubig fühlende Kinder scharen wir uns um Dich, Heiliger Vater, beseelt von dem Glauben, daß Du als bester Vater uns an dem Tage unserer Freude ebenso erhören und stützen wirst, wie Du uns in den Tagen unsrer Trübsal, der Trauer und des Schmerzes gestützt hast.

Die polnische Frage im Auslande.

Aus Nr. 611 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 5. Dezember 1916.

Die Bedeutung des 5. November.

V.

Während die westlichen Koalitionsmächte sich für den Akt vom 5. November hauptsächlich vom Standpunkte des geführten Krieges und des zukünftigen Gleichgewichts in Europa interessieren müssen, ist dieser Akt für Rußland ein Schlag, der die verschiedenartigste Bedeutung hat. Vor allem ist es ein moralischer Schlag. Was bedeutet es nämlich, wenn die Mittelmächte, die doch verschiedene Gebiete und ganze Staaten, mit Belgien angefangen, in ihrem Besitz haben, nur bezüglich Polens es schon heute für möglich halten, feierlich zu erklären, daß die den Russen entrissenen Gebiete niemals mehr unter ihre Herrschaft zurückkehren werden? Die Mittelmächte drücken dadurch ihre unerschütterliche Gewißheit des Sieges über Rußland aus und schätzen letzteres als militärischen Faktor so gering ein, daß die für den östlichen russischen Hochmut in dem Akte vom 5. November enthaltene Geringschätzung der Macht Rußlands mindestens ein ebenso schmerzlicher Schlag ist, wie die praktischen Folgen des Aktes vom 5. November.

Mit diesem Moment des tiefverletzten russischen Hochmuts ist daher auch unzweifelhaft jenes nervöse Auftreten des Kriegsministers Suwajew in der Duma verbunden, der versicherte, daß Rußland unbesiegt sei, daß seine Feinde „im Staube darniederliegen“, daß der Sieg erkämpft werden müsse, koste es, was es wolle.

Für die slawisch-russische Ideologie ist der Akt vom 5. November ein direkt zermalmender Schlag. Der Krieg, der zum Zwecke der „Befreiung“ der Slaven aus dem germanischen Joch geführt wird, zu einer Zeit, da das größte slawische Volk auf dem Balkan sich gerade den Germanen anschließt, um in Gemeinschaft mit ihnen das zu erreichen, was ihm von dem Vormund Rußland verweigert worden ist, zu einer Zeit, da das zweitgrößte slawische Volk wiederum durch die selben Germanen zum selbstständigen Staatsleben berufen worden ist, — ist für die slawische Phrasologie des offiziellen und nichtoffiziellen Rußlands ein ungemein schmerzliches Fiasko. Das Prestige Rußlands, als des Führers der slawischen Welt und als des mächtigsten und einzigen — „uneigennütigen“ Beschützers ist am 5. November zusammengebrochen. Rußland, überzeugt von seiner organischen Unfähigkeit der Lösung der Frage des Zusammenlebens der slawischen Völker nach einer andern Formel als der Puschkinschen, die noch vor einigen Tagen von dem aus seinem unflugen rednerischen Auftreten in polnischen Angelegenheiten bekannten Minister Szezeglowitow bei seiner Antwort gegenüber dem Abgeordneten Ezebeko angewandt worden ist, wird niemals mehr auf die kleinen slawischen Völker den hypnotisierenden Einfluß, den es ohne Zweifel besessen hat, ohne ihn auszunutzen, wiedererlangen. In der Geschichte der slawischen Politik Rußlands bedeutet der Akt vom 5. November eine Katastrophe, die niemals und durch nichts wieder gutgemacht werden kann. Das haben auch weitblickende Russen wie Matlakow und Waszmafow erkannt, die heute offen erklären, daß der Aufruf des Großfürsten an die Polen vollständig unzulänglich gewesen sei, und daß nicht eine so oder anders geartete Autonomie, sondern die Unabhängigkeit Polens von nun an das Ziel der russischen Politik sein mußte. Auf rein politischem Gebiet, d. h. in der Sphäre der realen Interessen des russischen Staates würde der Akt vom 5. November leichter einen Platz finden. Die russische Politik, die mit Tatsachen und nicht mit Stimmungen rechnet, muß von der Voraussetzung ausgehen, daß der schreckliche Krieg für Rußland nach keiner Richtung hin die erwünschten Ergebnisse gezeitigt hat. Keines von den großen Zielen, die

sich Rußland zu Anfang des Krieges mehr oder weniger öffentlich gesetzt hat, ist erreicht worden. Es ist Rußland nicht gelungen, Österreich zu zertrümmern, es ist nicht nach Konstantinopel vorgedrungen, hat keine bedeutenden Errungenschaften in Kleinasien erzielt und keine Hegemonie auf dem Balkan erlangt. Sein Spiel ist also vollständig verloren. Um sich vor den Folgen zu retten, muß Rußland aus seiner schwierigen Lage einen solchen Ausweg suchen, der ihm, wenn auch nicht die Sicherung seines Prestiges als Großmacht, da dieses auf lange Jahre hinaus verloren ist, so doch wenigstens seine wichtigsten Lebensinteressen garantiert, die sich wie in einer Linse in der Frage des freien Ausgangs auf das eisfreie Meer vereinigen. Da dieses Ziel nicht durch die Macht erreicht werden kann, muß Rußland auf dem Wege von Verträgen, Kompromissen und Zugeständnissen danach streben. Es muß dafür bezahlen und es in einer Form annehmen, die überhaupt erreichbar ist.

Von all den Preisen, die von Rußland für seine Zulassung zu dem großen Ziele gefordert werden können, ist die Abtretung der polnischen Gebiete zugunsten des polnischen Staates unter den heutigen Verhältnissen der niedrigste und für Rußland am leichtesten zu bezahlen. Der Hauptwert der polnischen Gebiete für Rußland beruhte darauf, daß sie das bequemste Ausfalltor nach Mitteleuropa bildeten und Rußland den Weg zu allen denjenigen weltbeherrschenden Zielen eröffneten, um deren willen Rußland in den Krieg eingetreten ist. Der Krieg hat jene weltbeherrschenden Träume Rußlands durchstrichen. Rußland muß, geleitet vom politischen Realismus, der trotz mancher Perioden schwerer Verdunkelungen des russischen Staatsgedankens schließlich doch einmal ans Tageslicht kommen wird, seine Politik nach dem Kriege entsprechend den Tatsachen einrichten, die durch den Krieg geschaffen worden sind, und von diesen spricht keine für die Fortsetzung derjenigen Politik Rußlands, die es zu einem Werkzeug Englands und zu einem passiven Zuschauer des ungeheuren Wachstums der japanischen Macht gemacht hat. Sowohl in Mittel- als auch in Ostasien werden sich nach dem Kriege für Rußland neue, sehr schwierige und ungeheuer bedeutungsvolle Aufgaben ergeben. Ihre Lösung wird in dieser oder jener Art direkt für den Bestand dieses Staates entscheidend sein, dessen politischer Schwerpunkt sich gegenwärtig seinem geographischen Mittelpunkt genähert hat, der nicht in Europa, sondern in Asien liegt.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, muß Rußland der Teilnahme an verschiedenen geheimen Raubplänen entsagen, die von England betreffs des europäischen Kontinents gehegt werden; dafür muß es um jeden Preis nach einer solchen Gestaltung und Befestigung der Verhältnisse an seiner Westgrenze streben, die ihm volle Freiheit der Handels in Asien gewährt. Die Befestigung dieser Verhältnisse könnte in zweifacher Weise erreicht werden: entweder müßte Rußland seine polnischen Gebiete direkt an die Mittelmächte abtreten, oder es müßte sich mit dem Wege einverstanden erklären, den diese im Akte vom 5. November bezeichnet haben. Man braucht keine Worte darüber zu verlieren, daß von diesen beiden realen Möglichkeiten die zweite — die Wiederaufrichtung des polnischen Staates — für Rußland günstiger ist. Zunächst erhält es nämlich dadurch das Maximum der Selbstachtung und des Ansehens, da die verlorenen Gebiete nicht direkt zur Stärkung seiner bisherigen Feinde, sondern zum Wiederaufbau eines großen Staates, und zwar eines slawischen dienen sollen. Alsdann eröffnet eine solche Lösung der Frage für die zukünftige russische Politik verschiedene neue Perspektiven und gibt ihr Mittel an die Hand, durch die jene von Rußland ersehnte Sicherung seiner Westgrenze bedeutend beschleunigt und gefestigt werden kann.

Aus allen diesen Gründen ist zu entnehmen, daß Rußland, nachdem es den moralischen Schlag, den es durch den Akt vom 5. November erlitten hat, verschmerzt haben wird, sich früher oder später mit der unvermeidlichen Notwendigkeit abfinden und den Weg beschreiten wird, der durch diesen Akt vorgezeichnet worden ist.

Aus Nr. 620 des Ozas (Kraufau)
vom 9. Dezember 1916.

Betrifft die letzten Tage des Sienkiewicz.

Durch einen glücklichen Zufall gelang es mir, einige Briefe zu lesen, die aus der nächsten Umgebung des verstorbenen Sienkiewicz stammen. Ich hielt es, nachdem ich die Ermächtigung der Personen, welche das Recht dazu hatten, erbeten hatte, für meine Pflicht, einige Abschnitte aus diesen Briefen zur Kenntnis der polnischen Allgemeinheit zu bringen. Gleichgültig sind sie schon deshalb nicht, weil sie von Sienkiewicz reden; wichtig aber sind sie deshalb, weil sie seiner schönen Seele, seiner Vaterlandsliebe Erwähnung tun und auf seine Denkart, auf sein Gefühl, welches er empfand, auf den Standpunkt, welchen er in den letzten auf Polen sich beziehenden Ereignissen einnahm, ein Licht werfen.

Ein Brief vom 12. November:

„So viele sich widersprechende Gefühle wohnen unseren Herzen inne; Gefühle der Freude und verschiedener Besorgnisse und des Leids, daß er unter Fremden solche Augenblicke durchlebt. In sein Tagebuch schrieb er heute einige Seiten. Die letzten Tage waren hinsichtlich der Gesundheit nicht gut; ein immer schwerer Atem und etwas Schmerz kehrt wieder. Gestern hatte er eine peinliche Unterredung, in welcher er die Absichten der bewußten politischen Gruppe bekämpfen mußte. Er lehnte nicht nur die Beteiligung ab, sondern drohte auch mit einem Protest. Vielleicht gibt Gott, daß dies zum Nachdenken führen wird. Sofort aber küßte die Gesundheit dies und schon den ganzen Abend fühlte er sich erschöpft.“

Es ist auch die Rede von jenem Protest gegen die Bekanntmachung vom 5. November, der in der Schweiz geboren und unterschrieben worden ist. Sienkiewicz war entrüstet, und diese Unterredung führt eine Verschlimmerung herbei und beschleunigt das Ende.

Seit dem 5. November — vielleicht etwas früher — schrieb Sienkiewicz ein „Tagebuch“. Im folgenden ein Abschnitt aus einem Briefe, der schon nach seinem Tode geschrieben ist:

„Wir lesen das Tagebuch. Die Blätter vom 5.—13. November sollten sofort veröffentlicht werden, denn sie werden eine ungeheure Bedeutung haben. Zwei Tage vor dem schrecklichen Ende schrieb er, er fühle, daß er das unabhängige Polen nicht mehr schauen werde. Im letzten Augenblicke wiederholte er dies noch seinem Sohne.“

Aus einem späteren, dem letzten Briefe, den ich gelesen habe:

„Es war in den letzten Zeiten in ihm so viel Optimismus und erhebende Heiterkeit, daß es durchaus notwendig ist, daß die ganze Nation zum letzten Male von seinen Worten Kenntnis erhält und sich an ihnen stärkt. Sterbend wiederholte er „Unter Deinen Schutz“ — unterbrach das Gebet mit den Worten: „Ich werde das unabhängige Polen nicht mehr schauen“ und wiederum betete er weiter „Unter Deinen Schutz“..“

Wer diese Einzelheiten vom Tode des Sienkiewicz kennt, sollte sie nicht unter dem Scheffel verbergen. Mögen sie zu seinem Ruhme als die Wahrheit von ihm bekannt werden. Dieser sein Tod mit dem Gebet zur Mutter Gottes auf den Lippen, erinnert er nicht an die Litanei des Pödbipięta? Die Veröffentlichung seines Tagebuches aus diesen Novembertagen erwarten

wir mit heißem Wunsche, indes aber teilen wir mit der polnischen Welt das, was wir selbst wissen.

St. Tarnowski.

Aus Nr. 278 des Kurjer Zaglebia (Sosnowice)
vom 8. Dezember 1916.

Ein Wort des Sienkiewicz.

Eine der letzten Äußerungen politischen Charakters von Sienkiewicz war die Antwort, die er im November 1915 dem italienischen Publizisten Concetto Pettinato auf seine Bitte um ein Vorwort zu dem Buche „Sui campi di Polonia.“

Unter anderem schrieb Sienkiewicz folgendes:

Sie haben unser tragisches Schwanzen zwischen der Hoffnung und der Verzweiflung nachempfunden, unser eifriges Bestreben nach einer Änderung des Lebens Polens von unten bis zu den höchsten Spitzen erkannt und hierbei zu gleicher Zeit unseren Mangel an Vertrauen zu der schrecklich dunklen Zukunft bemerkt. Nachdem Sie die Jahrhunderte lange Politik Rußlands kennen gelernt haben, haben Sie erkannt, wie sehr unsere Zweifel berechtigt sind und wie sie durch die Versprechungen des russischen Gouverneurs nicht verringert werden.

Ihr Buch bringt Fragen ans Tageslicht, die die Seele Polens bewegen. Polen ist der einzige große Vertreter der westlichen Kultur in den Ländern der slawischen Rasse. Es hat viel von seinen Rußlands gelitten, das dem Geiste des Westens immer feindlich gesinnt war, so daß die unverhoffte Änderung in den Verhältnissen des Bedrückten ein Erstaunen hervorruft, das nicht frei von Sorge ist. Es wäre ein Glück, die Epoche des Märtyrertums endgültig abzuschließen, aber man kann schwer die eben überstandenen Leiden vergessen. Die ganze Welt weiß, daß die russische Politik noch ihren alten Weg geht. Auf der einen Seite die Proklamation des Großfürsten, der wir vertrauen möchten, auf der anderen Seite die Ereignisse in Lemberg, die deutlich beweisen, daß man die alte Methode nicht aufgegeben hat. Es würde niemand an der Ehrlichkeit der Versprechungen des Generalissimus zweifeln: aber jeder fragt, was davon übrig bleiben wird, wenn der russischen Bureaukratie die Ausfuhrung übertragen wird. Vielleicht wird es damit so werden, wie mit dem Erlaß des Zaren über die Toleranz in Religionsangelegenheiten. Wer kann uns also zu große Unruhe betreffs der Zukunft vormerken.

Es ist zu bemerken, daß schon damals, 21 Monate vor seinem Tode, Sienkiewicz voraussah, daß er das Ende des Krieges nicht erleben wird. Ein Beweis dafür ist ein Satz, der in dem Schluß seines Briefes an H. Pettinato enthalten ist. Dieser Schluß lautet:

„Ich werde für die Meisterbilder des ersten Aktes der Tragödie, die bald enden wird, wirkliche Anerkennung haben. So Gott will, wird — jedoch gewiß nicht mit unsem Tode — diese Tragödie enden. Mein Land ist so an Leiden gewöhnt und besitzt eine solche Widerstandsfähigkeit, eine solche Energie und Lebenskraft, daß es diesen Übergang, der jedes andere Land vernichtet hätte, übersteht wird.“

Polen bittet niemanden um Gnade. Es verlangt nur, daß man es höre, verstehe und in ihm den unbefiegten ewigen Mut ehre.“

Aus Nr. 5 des Glos Stolicy (Warschau)
vom 3. Dezember 1916.

Betrifft die Tätigkeit des Henryk Sienkiewicz in Böhmen.

Ein trauriges Los der Polen war das Leben in der Fremde. Nicht nur unsere großen Aufstände haben Massen unseres Volkes auf das französische, schweizeri-

rische, amerikanische oder deutsche Pflaster geworfen, sondern auch jede Kraftanstrengung der Polen, die an den geistigen Fesseln, wenn auch nur in kultureller Beziehung, rüttelte, zwang viele zur Auswanderung und entfernte die lebhafteren und impulsiveren Geister aus dem Vaterlande. Bei keinem Volke sind so viele Werke der Literatur und Kunst außerhalb der Grenzen des eignen Vaterlandes entstanden, wie bei den Polen. Die große romantische Dichtung, die ersten Anfänge des demokratischen Polens haben in den Hauptstädten der europäischen Länder eine Zufluchtstätte gefunden, und diese Erscheinung wiederholt sich bei jeder Generation bis auf den heutigen Tag.

Die gegenwärtigen großen Ereignisse des Krieges bilden nach dieser Richtung hin keine Ausnahme. Auch sie haben eine Auswanderermasse aus dem Lande geworfen, in welcher Henryk Sienkiewicz, der sich in Böhmen in der Schweiz niedergelassen hatte, der Bedeutendste war.

Die Augen dieses großen Polen haben sich einige Tage nach dem Akt vom 5. November geschlossen, und obwohl er das befreite Land nicht mehr sehen durfte, so ist er doch in der Überzeugung gestorben, daß Polen neu ersteht, und in dem Glauben, daß die Träume unserer Väter verwirklicht werden.

Nach dem Verlassen Oblegorefs, wo der Meister zuletzt an dem leider unvollendeten Werk „Die Regionen“ arbeitete, sandte er seine geschichtlichen und anderen Stoffe nach Kielce zwecks ihrer Aufbewahrung im bischöflichen Kapitel und eilte über Österreich nach der freien Schweiz, um dort die große Hilfsaktion einzuleiten.

Als Augenzeuge dieser Aktion, die zu Anfang des Jahres 1915 von Sienkiewicz mit Hilfe von Anton Dmochowski, Ignaz Paderewski und einer Reihe von in der Schweiz ansässigen Polen eingeleitet wurde, habe ich beobachtet, was für verschiedenartige Einflüsse auf Sienkiewicz einwirkten, um ihn zu einer bestimmten politischen Stellungnahme zu veranlassen, und wie sich Sienkiewicz dagegen wehrte und jenseits der Sphäre jeglicher Orientierungen bleiben wollte. Sienkiewicz handelte es sich darum, daß die Hilfe, die den Polen in allen Teilgebieten gewährt wurde, nicht durch Zugeständnisse zugunsten dieser oder jener Großmacht erkaufte werde, und den größten Schmerz bereiteten ihm die geheimen Verhandlungen, die manche seiner Mitarbeiter unter Mißbrauch seines Namens mit den offiziellen Vertretern Rußlands führten, um der Aktion eine ausgesprochen deutscheindliche Richtung zu geben.

Bemerkenswert war jene Sitzung des Komitees in Böhmen im März 1915, zu der Paderewski während einer zum Zweck der Gründung von Hilfsausschüssen in Frankreich, England und Amerika unternommenen Reise zum Präsidenten des Pariser Komitees den russischen Botschafter Jzwolski, und zum Präsidenten des Ausschusses in London den russischen Botschafter Benedendorff einlud. In jener Sitzung haben Sienkiewicz und Professor Simon Askenazy dagegen tatkräftig Einspruch erhoben, daß der Feind des polnischen Volkes und der römisch-katholischen Kirche Jzwolski das Patronat über das Pariser Komitee übernehme. Die Herren Erasmus Bilz und Karl Rose mußten aus dem Hauptausschuß ausscheiden. Durch Vermittelung des Barons Taube und Wladislaus Mickiewicz sorgte Sienkiewicz dafür, daß das Patronat in Paris von dem ehemaligen Präsidenten der Republik Loubet übernommen wurde. Die Folge davon war, daß aus dem Pariser und Londoner Ausschuss Jzwolski und Benedendorff ausschieden. Das verringerte vielleicht die Einnahmen dieser Ausschüsse, aber die Ehre des polnischen Volkes war gerettet.

Die Gegner eines solchen Standpunktes haben das Spiel nicht verloren, und es begannen gefälschte Briefe des Sienkiewicz im Lande umzulaufen, die in

den breiten Schichten des polnischen Volkes große Verwunderung hervorriefen. Sienkiewicz bedauerte dies, ging aber bald darüber zur Tagesordnung über.

Es ist noch nicht an der Zeit, diese Verhältnisse gründlich und speziell zu beleuchten. Aber das eine können wir schon feststellen, daß Sienkiewicz bis zum Ende seines Lebens für das Volk mit der größten unerschütterlichen Würde arbeitete und sich tatkräftig den politischen Spekulantent widersetzte, die die Hoffnung hatten, mit seinem Namen bei ihrer russenfreundlichen Agitation zu operieren.

Er blieb bei dieser Haltung bis zu seiner Sterbestunde zur großen Unzufriedenheit gewisser kleiner Emigrationsgruppen, aber zu seiner eignen Würde und Ehre. Bernhard Lauer.

Aus Nr. 340 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 8. Dezember 1916.

Die polnische Frage im Auslande.

In Warschau sind, wie die Zeitungen bereits berichtet haben, aus neutralen Staaten einige Journalisten eingetroffen, die die Verhältnisse im Königreich, wie sie sich nach dem Akt vom 5. November gestaltet haben, kennen lernen wollen. Es ist dies eine Tatsache, die für die polnischen Interessen nicht gleichgültig ist, da es uns darauf ankommen muß, daß die öffentliche Meinung des Auslandes über alles, was hier geschieht und was man denkt, richtig unterrichtet werde. Besonders verdient Erwähnung die Anwesenheit des Schweizer Literaten H. Edmond Privat aus Genf, des ehemaligen Mitarbeiters des Pariser „Temps“, der gegenwärtig für das „Journal de Genève“ und „L'Information“ schreibt, da dieser junge Journalist schon seit einigen Jahren seine talentvolle Feder der Verteidigung der polnischen Sache in Frankreich widmet, im vergangenen Jahre, während der russischen Okkupation eine Reise nach dem Königreich und nach Galizien unternommen hat und alsdann im „Temps“ eine Reihe von gewissenhaften Berichten veröffentlichte. Schließlich hat er zwei Bücher herausgegeben „La Pologne sous la Rafale“ (im Oktober 1915) und „La Pologne attend“ (in diesem Jahre). Über die anderweitige Tätigkeit des Herrn Privat zu Gunsten der polnischen Sache, wie z. B. als Redner, schreiben wir nicht, da wir sie nur oberflächlich und vom Hörensagen kennen.

Dieser Publizist hat uns folgende Informationen erteilt:

Sie fragen mich, welches gegenwärtig die Meinung Westeuropas über Polen sei. Ich werde ihnen aufrichtig antworten. Diese Meinung ist falsch unterrichtet. Die russische Propaganda hat bewirkt, daß die Allgemeinheit überzeugt ist, daß sich die große Mehrheit der Polen mit der Autonomie unter dem Zepher der russischen Zaren gern begnügen würde. Der letzte Lausanner Protest wurde dort in der Weise verstanden, daß er der Ausdruck der allgemeinen Überzeugung in Polen sei. Glaubt man doch gern das, was einem am angenehmsten ist.

Sie fragen mich ferner, welches mein persönlicher Standpunkt ist. Ich bin kein Pole, aber ein aufrichtiger Freund und Verehrer ihres großen Volkes, dem ich ein freies und unabhängiges Dasein zum Wohle ganz Europas wünsche. Ich will mich nicht in Ihre innere Politik einmischen und diese oder jene Partei loben. Ich kann meine Sympathie praktisch lediglich dadurch betätigen, daß ich das Ausland über die wahre Sachlage und über Ihre Bestrebungen unterrichte. Meine Tätigkeit beruhte darauf, in Frankreich, England und der Schweiz die falschen Nachrichten über Polen zu berichtigen und auf das Mißtrauen der Polen gegenüber den Projekten der Autonomie und der Annexion hinzuweisen. Ich bemühte mich, in meinen

Büchern und Artikeln zu beweisen, daß die Versprechungen des Großfürsten Nikolaus nicht genügen werden und daß die russische Bürokratie diesen schon zu viel widersprochen hat, als daß das polnische Volk die Rückkehr der Russen wünschen könnte. Alsdann habe ich bewiesen, daß die Parteien der Aktivität bei Ihnen in der Entwicklung begriffen sind, und erklärt, daß das Schweigen des Vierverbandes in der polnischen Frage eine solche Stimmung hervorrufen könnte, die das Volk zwingen würde, nach und nach zu der alten geschichtlichen Politik gegenüber Rußland zurückzukehren.

Immer — sagte Herr Privat zusammen — habe ich dazu aufgefordert, daß man Polen seine Unabhängigkeit wiedergebe, die es durch seine große historische Rolle eines kulturellen und christlichen Volkes und des Schutzwalles im Osten Europas verdient hat. Das war und ist meine Tätigkeit in der polnischen Frage.

Obige Auskunft schloß Herr Privat mit der Frage, was wir von seiner oben bezeichneten Arbeit im Interesse Polens halten. Wir haben ihm darauf offen geantwortet, daß wir sie für höchst nützlich halten und der Propaganda des Herrn Privat besten Erfolg wünschen.

Es geht unserm Lande hauptsächlich darum, daß man im Auslande nicht denke, daß hier jemand das Glück des Volkes in der Lösung der polnischen Frage durch eine Autonomie sieht. Es ist notwendig, daß man dort darüber genau informiert ist, daß alle unsere Partei- und taktischen Unterschiede gegenüber dem allgemeinen Hauptziel, der Unabhängigkeit Polens, aufhören. Wir haben uns auf die letzte Erklärung des politischen Klubs der Mittelparteien berufen, der nicht nur die Unerschütterlichkeit der Unabhängigkeitsbestrebungen der in dem Klub vereinigten Parteien feststellt, sondern auch die Bereitwilligkeit erklärt, sich unter gewissen Bedingungen unverzüglich an der Ausführung von staatschöpferischen Organisationsarbeiten aktiv zu beteiligen. Wir haben auch die Aufmerksamkeit des Schweizer Publizisten auf den Passus jener Erklärung hingewiesen, in dem gesagt wird, daß die „Stellung Rußlands und seiner Verbündeten, wie sie in der Antwort auf den Akt vom 5. November zum Ausdruck kommt, den unerschütterlichen und allgemeinen Bestrebungen des polnischen Volkes nach einem staatlichen Dasein nicht entspricht.“

Aus Obigem ergibt sich klar, daß dem Lausanner Proteste, den Herr Privat zu Anfang erwähnt hatte, die öffentliche Meinung Westeuropas zu Unrecht die Bedeutung „des Ausdrucks der allgemeinen Überzeugungen in Polen“ zuschreibt. Wir wissen, daß es tatsächlich ganz anders ist und stellen es fest, ohne nach dem Beispiel des Herrn Kempicki zu den kühnen Vergleichen mit „Targowice“ und zu den abfälligen Bemerkungen über die „stummen Volksmassen“ zugreifen. Denn daß unsere Politiker, die seit langem vom Lande losgelöst sind, nicht genau wissen, was dort geschieht, und sich nicht genau über die Lage orientieren können, erscheint uns verständlich und natürlich. Heute macht man keine nationale Politik mehr in Büros und Salons. Wer sie gewissenhaft und erfolgreich betreiben will, der muß die Fühlung mit dem gesamten Volke, mit allen seinen sozialen Schichten aufrechterhalten und wissen, was das Volk für richtig hält und was es verwirft. Jedoch darf man Leuten, denen die nationale Sache am Herzen liegt, nicht verwehren, ihre politischen Ansichten und Überzeugungen zum Ausdruck zu bringen. Es handelt sich nur darum, daß dies anspruchslos geschehe und ohne das Bestreben, individuelle oder Parteihandlungen als wirklich nationale Politik hinzustellen.

Wenn der Lausanner Protest diese Bedingungen nicht erfüllt hätte, wäre ein entsprechende Berichtigung unzweifelhaft erwünscht gewesen.

Und gerade nach dieser Richtung hin hoffen wir, daß der Besuch der neutralen Journalisten, falls diese sachlich unterrichtet worden sind, den besten Erfolg haben

wird. Was auch Herr Jzwolski unternehmen wird, wie er auch den Genius seines freundschaftlichen Druckes anstrengen wird, um die Wahrheit zu verdecken, so wird seine ganze Arbeit nur von kurzer Dauer sein, wenn wir selbst uns bemühen werden, die Meinung Europas mit der tatsächlichen Lage bei uns bekannt zu machen. Die Ministerkabinetts pflegen manchmal verstopfte Ohren und geschlossene Augen zu haben, aber die Völker lassen sich nicht lange täuschen. Heute jemandem einreden zu wollen, daß wir uns mit der Autonomie wohl fühlen würden, daß wir den Akt vom 5. November geringschätzen, daß wir ein nationales Unglück sehen, wenn uns die Wiedererweckung des nationalen Staates angekündigt wird, ist ein vollständig zweckloses Beginnen, es ist aber auch schädlich, wenn man die Sache vom Standpunkte der nationalen Interessen, und sogar der Interessen der Entente-mächte aus betrachtet.

Aus Nr. 340 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 8. Dezember 1916.

„Polen und Europa.“

H. Edmond Privat, Literat und Dozent der Universität in Genf, gehört zu den wenigen Schriftstellern des Auslandes, die sich wirklich und ehrlich für unsere Sache interessieren. Er hat viel über Polen gelesen und sich aus Zeitungsartikeln und andern Quellen darüber unterrichtet. Da ihm aber diese papiernen Quellen nicht genügten, ist er persönlich nach Polen gekommen, um hier am Orte den Pulsschlag des polnischen Lebens zu fühlen. Zum ersten Male besuchte er Warschau im ersten Kriegsjahre, als die Russen noch hier weilten, und jetzt zum zweiten Male, da es sich unter deutscher Besetzung befindet.

Der gestrige Vortrag, der von H. Privat über „Polen und Europa“ im Saale des hygienischen Vereins gehalten wurde, war ein lebendiges Zeugnis des Interesses des Schweizer Publizisten für die polnische Sache. H. Privat, der in einer Reihe von Zeitungsartikeln und in zwei Büchern sich als eifriger Vertreter der polnischen Sache erwiesen hat, hat gestern durch das lebendige Wort diese seine Stellung vor dem Warschauer Publikum vertreten. Der Redner sprach vor allem von den Eindrücken, die er aus dem gastfreundlichen Polen mitnimmt. Diese Eindrücke haben den französischen Publizisten nicht enttäuscht; er hat festgestellt, daß es in Polen keine Meinungsverschiedenheit bezüglich der grundsätzlichen nationalen Forderungen gibt; denn es gibt keine polnische Brust, die nicht von dem heißen und unerschütterlichen Streben nach einem freien und unabhängigen Vaterlande erfüllt wäre. Der Redner hat also treffend und richtig unsere nationalen Hoffnungen erfasst und erkannt, daß nur taktische Unterschiede die polnische Allgemeinheit in verschiedene Lager und Parteien spalten. Mit Recht beklagt H. Privat den Überfluß an platonischer und literarischer Liebe, der das Verhältnis der fremden Länder zu der polnischen Frage charakterisiert hat. Erst der gegenwärtige europäische Krieg, der die Welt an viele vergessene Sachen erinnert hat, hat auch die polnische Frage auf die Tagesordnung gebracht. Die Unabhängigkeit Polens ist zu einer internationalen Notwendigkeit geworden. Es ist aber auch notwendig, daß die weite Welt mit der Einmütigkeit der Lösung der Unabhängigkeit in der polnischen Allgemeinheit bekannt werde.

Seinen Vortrag, der in französischer Sprache mit echt gallischer Lebhaftigkeit gehalten wurde und viele herzliche Redewendungen an die Adresse Polens enthielt, schloß H. Privat mit dem Ruf: Vive la Pologne“, den er in polnischer Sprache wiederholte. Stürmischer Beifall war die ausdrucksvolle Antwort des zahlreich erschienen Publikums.

Aus Nr. 615 des Goniec (Warschau)
vom 6. Dezember 1916.

Die Erklärung Trepows.

Der soeben ernannte Ministerpräsident Trepow hat vor einigen Tagen in der Duma bezeichnende Erklärungen abgegeben.

Die erste von ihnen betrifft die polnische Frage und ist gewissermaßen die Antwort des Zarenreiches auf den Akt vom 5. November. Der Minister des Zaren kündigt nicht nur die Zurückeroberung des Königreichs Polen, sondern auch die Eroberung der übrigen polnischen Gebiete und die „Wiederherstellung eines freien Polens an, das mit Rußland unzertrennlich verbunden sein wird“.

Es ist dies also eine Wiederholung des Aufrufs des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch. Auch dieser legte das Hauptgewicht auf die Vereinigung und die „Freiheit“ Polens nach dem Siege und vermied vorsichtigerweise jeglichen näheren Hinweis auf die künftige Gestaltung Polens. Es war darin nicht einmal von einer Autonomie die Rede, sondern es figurierte darin nur ein „hinichtlich des Glaubens, der Nationalität und der Selbstverwaltung freies Polen“. Bekanntlich haben die Russen lange Jahre hindurch behauptet, das weder der Glaube, noch die polnische Nationalität im Königreich irgend eine Unterdrückung erfahren und daß sie sich unter der russischen Herrschaft einer vollständigen Freiheit erfreut habe. Infolgedessen entbehrt die oben angeführte Ausdrucksweise jeglichen politischen Inhalt und hat lediglich den Zweck der Stimmungsmache.

In der gegenwärtigen Erklärung Trepows ist eine stilistische Änderung eingetreten, die, ohne einen bestimmten Gedanken auszudrücken, den Eindruck hervorrufen soll, daß aus den wiedergewonnenen und eroberten Gebieten ein besondrer Staat entstehen wird, der mit Rußland durch eine Real- oder dynastische Union vereinigt werden soll. Dieser Eindruck, der durch zweideutige und allgemein gehaltene Andeutungen erweckt werden soll, ist für die Presse der Entente bestimmt. Die Regierung des Zaren selbst hat aber schon nach dem Akt vom 5. November die diplomatischen Erklärungen abgegeben, daß sie in der polnischen Frage auf dem früheren Standpunkte des Aufrufs der Großfürsten stehe. Von irgend einer grundsätzlichen Änderung ist keine Rede, und die stilistischen Berichtigungen in der Rede Trepows sind nur auf den Eindruck berechnet und zu Agitationszwecken bestimmt.

Um diesen Zweck handelt es sich im gegenwärtigen Augenblick vor allem. Die Rede Trepows ist ein lauter Aufruf zu weiterem tatkräftigen Kampfe. Sie enthält außer der Erklärung in der polnischen Frage auch eine solche in der Angelegenheit der Meerengen und Konstantinopels.

Seit langem hat man angenommen, daß die Bundesgenossen Rußland in dieser wichtigen Sache Zugeständnisse gemacht und daß sie ihm die Hauptstadt der Türkei mit den Meerengen zuerkannt haben. Zu Anfang des Jahres 1915 haben Goremykin und Sazanow, ohne diese Abmachung zu erwähnen, deutlich darauf hingewiesen, daß der Krieg Rußland die Verwirklichung seiner traditionellen Bestrebungen an der Küste des Bosporus bringen werde.

Die Abmachung war anscheinend damals schon unterschrieben, wurde jedoch noch geheimgehalten. Die Schwachhaftigkeit der russischen Minister hat der Entente Unannehmlichkeiten bereitet, da sie den Argwohn Bulgariens und Rumäniens, ja sogar teilweise der englischen öffentlichen Meinung hervorrief. Man suchte den ungünstigen Eindruck zu verwischen und brachte Nachrichten, in welchen die Abmachung angezweifelt wurde.

Vor kurzem hat der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg im Reichstage bekannt gegeben, daß England

und Frankreich tatsächlich Konstantinopel mit der Westküste der Meerengen Rußland zum Raube überantwortet haben.

Heute bestätigt dies von der Tribüne der Reichsduma aus der Leiter der Regierung des Zaren. Die Abmachung ist kein Geheimnis mehr, die Rücksichten auf Bulgarien und Rumänien bestehen nicht mehr, da diese beiden Staaten am Kriege teilnehmen. Dafür ist ein wichtiges Motiv vorhanden, das die Minister der Entente zur Preisgabe des Geheimnisses veranlaßt. Es handelt sich um die Belebung der immer mehr abnehmenden kriegerischen Stimmung in Rußland, um die Stärkung des erschütterten Vertrauens zu England und Frankreich, um die Aufstellung eines glänzenden, hypnotisierenden Zieles vor den Augen der Russen, wodurch sie für die Fortführung des Krieges begeistert werden sollen. Die selben Mächte, die sich hundert Jahre lang Rußland auf dem Wege nach Konstantinopel entgegengestellt haben, sind bereit, ihm jetzt den Weg zu dem ersehnten Ziele zu bahnen.

Man hat Rußland amtlich tatsächlich eine sensationelle Neuigkeit verkündet. Man kann jedoch annehmen, daß sie ein nicht allzu freundliches Echo in der englischen, ja sogar in der französischen öffentlichen Meinung hervorrufen wird. Man muß sich erinnern, daß der französische Geschichtsschreiber Denis, der vor ungefähr zwei Jahren ein Werk über die Kriegsziele und die zukünftige Gestaltung Europas herausgegeben hat, die Möglichkeit der Preisgabe Konstantinopels an Rußland nicht in Betracht gezogen hat.

Beide Erklärungen Trepows und der ganze Ton seiner Rede haben einen ausgesprochen kriegerischen Ton.

Aus Nr. 575 des Glos Narodu (Kraufau)
vom 6. Dezember 1916.

Ein Polizeimeister für Warschau!

Erst vor einigen Tagen hat der neue russische Minister Trepow in der Duma erklärt, daß Rußland, das an seine Befreiungsabsichten gegenüber dem polnischen Volke festhält, mit bewaffneter Hand das Königreich wiedergewinnen, diesem die übrigen Gebiete, die es von Preußen und Österreich erobern wird, hinzufügen, und daraus „ein freies Polen“ in seinen ethnographischen Grenzen „in unzertrennlicher Verbindung“ mit Rußland bilden werde. Kaum hat der Telegraphendraht diese Nachricht der Welt verkündet, so ist schon ein prächtiger Kommentar zu den Ergüssen des H. Trepow in unserer Hand. Wie bekannt, weilten im Innern Rußlands seit einem Jahre Tausende von Tschinowniks, die aus dem Königreich zurückgezogen worden sind, als dieses von den deutschen Truppen besetzt wurde. Die polnischen Politiker in Rußland haben schon häufig die russische Regierung ersucht, ihre Befreiungsabsichten den Polen gegenüber dadurch zu dokumentieren, daß sie diesen Abschaum in den Ruhestand versetze oder ihn zu entsprechenden Funktionen im Vaterlande berufe zum Zeichen, daß seine Arbeit an der Weichsel beendet sei. Dieser logische Wunsch ist bis jetzt nicht erfüllt worden; die evakuierten Beamten und Institute Polens schweben in Rußland zwischen Himmel und Erde. Nun hat der frühere Polizeimeister von Warschau, General Majer, dem dieser Zustand hoffnungslosen Wartens anscheinend nicht behagte, seine Demission erbeten. Was tut nun die russische Regierung? Streicht sie vielleicht den Warschauer Posten, da er doch in Zukunft gegenstandslos ist? Nein! — Sie ernennt einen neuen Oberpolizeimeister für Warschau. Die Uniform dieses Würdenträgers zieht an der Wolga ein General Diedow an. Das von den Deutschen „unterjochte“ Polen bereitet sich zur Aufstellung einer nationalen

Regierung vor, während ihre russischen Befreier einen neuen — Polizeimeister für dasselbe ausersehen haben.

Weiter kann die Ironie nicht gehen!

Die Episode Majer-Diedow illustriert in greller Weise die absolute Unfähigkeit Rußlands, nationalpolitische Fragen zu lösen. Darauf wird auch von der in Petersburg erscheinenden „Gazeta Polska“ direkt hingewiesen, die sich unter der russischen Zensur zu einer energischen Antwort auf diese neue Provokation entschlossen hat.

Das Blatt schreibt:

„Wie wir sehen, haben die evakuierten Behörden des Generalgouvernements Warschaws eine eigenartige Antwort auf den deutsch-österreichischen Akt in der polnischen Frage gefunden. Die Tragik der Situation beruht gerade darauf, daß die russischen Regierungskreise, nach deren Meinung die polnische Frage nicht „aktuell“ sei, so daß man sich auf Einzelheiten bezüglich der zukünftigen Gestaltung Polens nicht einlassen könne, so lange der Feind nicht aus dem Staate hinausgedrängt ist, gerade die Unantastbarkeit des gesamten Apparats der Verwaltungsbehörden im Königreich für außerordentlich „aktuell“ halten. Mit einem Eifer, der wirklich einer besseren Sache würdig wäre, wird dafür gesorgt, daß in diesem Apparat nicht ein einziges Näbchen, nicht ein einziges Schraubchen fehle. Er steht bereit, wenn auch unbenutzt, in dem Speicher der Staatsvorräte und ist jederzeit bereit, seine „alt-eingesessenen Posten“ wieder einzunehmen. Es besteht nicht nur ein Generalgouverneur und ein Oberpolizeimeister von Warschau, sondern es sind auch — vollständig unberührt — die Warschauer Universität, das Polytechnikum, die Schulverwaltungsbehörde usw. vorhanden. Vor kurzer Zeit lasen wir in einer amtlichen Bekanntmachung, daß „in der Absicht Rußlands die Schaffung eines polnischen Staates aus allen polnischen Gebieten liege, mit Überlassung der Selbstverwaltung auf nationalem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete nach dem Kriege. Wir wissen wahrlich nicht, was denn Polen auf dem Gebiete der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtung zu tun übrig bleiben wird, wenn alles seit langem an dem bestehenden unberührten Apparat der evakuierten Behörden des Königreichs bereits vorhanden ist. Dieses zukünftige Polen wird sich gewiß den Kopf über die Einrichtung einer zukünftigen Warschauer Universität nicht zerbrechen, wenn eine solche — in Kowno am Don fix und fertig vorhanden ist, auch nicht über ein Polytechnikum, das dieses in Moskau, wo es seine Zelte aufgeschlagen hat, auf den Augenblick der Rückkehr wartet. Und so ist es mit allem. Vom Schutzmann an bis zur höchsten Gerichts- und Verwaltungsbehörde ist alles zur Rückkehr bereit, alles „vorausgesehen und eingerichtet.“ Polen wird zum Fertigen kommen. Gerade diese Bereitschaft, die schon das zweite Jahr dauert seit der Zeit, als wir vom Regierungsvertreter das Wort „Autonomie“ hörten, gerade diese Bereitschaft des gesamten aus Polen evakuierten Regierungsapparates — ist leider etwas mehr, als die Verschwendung der Trümpfe in der polnischen Frage seitens Rußland. Es ist dies eine Lieferung immer neuer Trümpfe an den Gegner.“

Die obigen Worte, die von einem Organ herühren, das hartnäckig auf dem Boden des Manifestes des Großfürsten steht und sich der trügerischen Möglichkeit einer polnisch-russischen „Verständigung“ hingibt, sind für die Politiker der Entente vielsagend. Die europäischen Gentlemen von der andern Seite der Front, die von Zeit zu Zeit daran Anstoß nehmen, daß die Polen „die Sache der Demokratie verraten“, werden gewiß vor diesem letzten Ausblitzen der russischen politischen Intelligenz in Erstaunen geraten.

Und vielleicht kommen sie doch noch zum Verständnis der Sache, die so klar ist wie die Sonne, daß der Stumpfsinn, der im Jahre 1916 an Stelle von Majer einen Diedow „ernennt“, nicht imstande ist, die polnische Frage zu lösen.

Aus Nr. 283 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 12. Dezember 1916.

Mitteilung des Nationalkomitees in Petersburg.

Aus dem Watbüro wird mitgeteilt:

Vor einigen Tagen haben wir angekündigt, daß unter dem Einfluß und dem Druck der russischen Regierung sicherlich bald eine Mitteilung oder ein Protest hervorragender, sich in Rußland aufhaltender Polen erscheinen werde. Auf die Erfüllung dieser Ankündigung haben wir nicht lange gewartet. Der ausführende Ausschuß des Nationalkomitees hat nämlich eine Mitteilung folgenden Inhalts herausgegeben:

Die polnischen Fraktionen der beiden gesetzgebenden Kammern und das Nationalkomitee erklären nach Prüfung der Situation, die sich in der polnischen Sache herausgebildet hat, was folgt:

Die durch die Mittelmächte bekanntgegebene Ankündigung der Bildung eines selbständigen polnischen Staates aus den besetzten Landen erhält das Teilungswerk aufrecht und tritt dadurch in Widerspruch zu der wesentlichsten Grundlage der Wiedergeburt Polens — zu der Vereinigung aller polnischen Lande. Die militärischen Projekte Deutschlands und Österreichs, welche die Bevölkerung des Königreichs auffordern, in den Bruderkampf einzutreten, um die deutschen Reihen zu stärken, deren Sieg die Vereinigung Polens unmöglich machen würde, bedrohen die Geschicke des Vaterlandes und widersprechen den Gefühlen der Mehrheit der polnischen Nation.

Die Grundbedingung der Wiedergeburt Polens ist die Vereinigung der polnischen Lande und die Verleihung einer selbständigen staatlichen Organisation an die Polen.

Die Erfüllung der unverbrüchlichen Bestrebungen der polnischen Nation zur Vereinigung des Vaterlandes künden Rußland und seine Verbündeten an. Am Anfange des Krieges hat Rußland zuerst die Lösung der Vereinigung Polens erhoben und gegenwärtig haben seine westlichen Verbündeten erklärt, daß die Wiederherstellung der Vereinigung der polnischen Nation die Grundlage des künftigen politischen Gleichgewichts in Europa werden werde.

Die Mitteilung der russischen Regierung vom 2. November stellt fest, daß Rußland in der Absicht verharre, „unter dem Monarchenzepter der russischen Kaiser ein aus allen polnischen Ländern vereinigt Polens“ zu bilden, wobei angekündigt wird, daß Polen „die Rechte des freien Aufbaues der eigenen, nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Existenz auf den Grundsätzen der Autonomie unter Beibehaltung eines Staatswesens“ würde verliehen werden.

Ein freier Aufbau des nationalen Lebens erfordert einen eigenen Staatsorganismus. Die Regierungsmittelung sieht das nicht vor, und mit ihrem allgemein gehaltenen Wortlaut gestattet sie, sie in einem die Widerstandskraft der polnischen Nationalität schwächenden Sinne auszulegen, besonders da bis heutigen Tages sämtliche Beschränkungen der Polen im russischen Kaiserreich in Kraft geblieben sind. In der tragischen Lage, in welcher sich die polnische Nation befindet, in ihrer Wehrlosigkeit gegenüber der deutschen bewaffneten Übermacht, die nach Polens Lebenskraft greift, ist es unumgänglich notwendig, daß die Polen die ihre geistige Kraft stärkende Zusicherung erhalten, daß die polnische Sache durch Rußland und seine Verbündeten voll werde entschieden werden und daß

die grundsätzlichen Bedingungen der Wiedergeburt Polens würden verwirklicht werden.

Dem Nationalkomitee gehören, soweit uns bekannt ist, an: Fürst Severin Czetyrthynski, Wladislaus Grabzki, Abgeordneter Georg Gosciaki, Abgeordneter Johann Harusiewicz, Abgeordneter Wiktor Jaronski, Stanislaus Kozicki, Stanislaus Lesniewski, Maryan Lutoslawski, Franz Nowodworzki, Fürst Mathias Radziwill, Anton Sadzewicz, Graf Wladislaus Sobanski, Abgeordneter Ignaz Szembek, Graf Sigismund Wielopolski, Stanislaus Wojciechowski, sowie die jenseits der Grenze sich aufhaltenden Roman Dmowski, Graf Konstantin Broel-Plater und Graf Moriz Zamoyzski. (Wat).

Aus Nr. 45 des Echo Polskie (Moskau)
vom 6. (19.) November 1916.

Um die Würde der Stellungnahme.

Die am 5. November veröffentlichten Akte der Mittelmächte haben die polnische Sache in Rußland auf den Schauplatz des öffentlichen Lebens gebracht. Man begann von ihr mit einer Lebhaftigkeit zu sprechen, wie wir sie seit langem nicht wahrgenommen haben. Lange Spalten der Zeitungen füllte man mit Interviews, Artikeln, Korrespondenzen und Depeschen aus. Den russischen Äußerungen sekundierte wacker die polnische Presse, indem sie von ihrem Standpunkt aus die Bedeutung und den Wert der Tatsache kommentierte, daß Österreich und Deutschland die Zukunft der besetzten Lande auf den Boden der Unabhängigkeit gestellt hatten. Mit angenehmem Gefühl notieren wir aus den Erklärungen dieser Presse die Auslassung des Herrn Eduard Pażkowski im „Dziennik Kijowski“, der sich mit der Auslassung des Abgeordneten Demidow solidarisiert: „Mit dem Moment der Verkündung eines unabhängigen Polens durch Deutschland, verschwindet für Rußland die Angelegenheit der polnischen Autonomie, und die polnische Sache wird aus einer inneren eine internationale Angelegenheit.“

Wir notieren diese Solidarität um so lieber, als natürlich obige Worte auch auf die Gruppe der polnischen Emigranten zu beziehen sind, die, auf dem veralteten Boden der Autonomie hartnäckig ausharrend, der internationalen Tragweite der polnischen Sache Schaden zugefügt und aus der Lösung der Vereinigung der polnischen Lande auf dem Boden der Unabhängigkeit eine traurige Parodie gemacht haben durch die engherzige Forderung der Vereinigung auf dem Boden der Autonomie.

Mit Recht heben die wichtigsten russischen Pressstimmen das Veraltete dieses Standpunkts hervor, und man muß in der Tat nur bedauern, daß diese Feststellung sich nicht nur auf die offiziellen Faktoren, sondern in erster Linie auf die polnischen Anhänger der Autonomie, auf die Publizisten von der „Sprawa Polska“ und von der „Gazeta Polska“ bezieht, die diese bittere, und doch so verdiente Pille gewiß schweigend verschlucken werden.

Auch diese Unannehmlichkeit hat ihnen das Geschick nicht erspart. O, du furchtbare geschichtliche Nemesis! Soweit müßt Ihr gelangen, daß von einer Seite her, von welcher Ihr es am wenigsten erwartetet, nämlich gerade von russischer Seite her, auch an Eure Adresse harte Worte der Mahnung und der Warnung gerichtet wurden!

Es wäre für die polnische Sache in Rußland nicht bedeutungslos, wenn manche Organe unserer Presse sich einer Revision ihres bisherigen Standpunkts unterziehen wollten, wenn sie ihren bei anderen Gelegenheiten so gern in den Vordergrund gerückten „polnischen Verstand“ in Bewegung setzen und aus dieser neuen Gestaltung der Verhältnisse, in welche die

polnische Sache eintritt, die Schlüsse ziehen wollten. Vielleicht würden sie dann zu der zweifellosen Überzeugung gelangen, daß die Internationalität der polnischen Sache wenigstens von unserer Seite her die Lösung der Autonomie ausschließt und, daß das Stellen dieser Sache auf den Boden der Unabhängigkeit durch die fremden und feindlichen Mächte geradezu die Möglichkeit beseitigt, daß die Lösung der Autonomie, von anderer Seite hervorgerückt, als ein gleichbedeutendes Korrelat betrachtet werden könnte.

Die erwähnten Organe der Presse jedoch sehen ganz ebenso wie die rechtsstehenden russischen Sphären nicht, daß etwas vorgekommen wäre, was zu einer Revision des bisherigen Standpunkts zwingt. Sie sprechen daher lieber stichelnd von der ganzen Sache, sie drucken lieber Äußerungen des Publikums ab, in denen öffentliche Proteste von polnischer Seite verlangt werden, und sie füllen die Spalten der Blätter lieber mit Mitteilungen darüber, wie es die Deutschen gemacht hätten und wie sie es machen würden, wenn sie es noch nicht gemacht hätten, und wenn sie es heute noch nicht gemacht hätten, so würden sie bestimmt morgen und übermorgen die Zwangsaushebung vornehmen, die alle weisfähigen Männer umfassen werde. Natürlich würden diese Männer sich dagegen wehren, was zu blutigen Zusammenstößen, zum Blutbad, zur Exekution führen werde, und schließlich werde man alle ermorden. So werde die Unabhängigkeit aussehen.

Kein Wunder, daß Proteste umlaufen, daß die Weiber ohnmächtig werden, wenn sie ihre Allernächsten im Geiste in den Händen der deutschen Henker sehen, daß das Entsetzen vor der eingebildeten Lage die Fähigkeit des Urteils raubt, aus dem Gleichgewicht bringt und in eine Hysterie versinken macht, die es unmöglich macht, die natürliche Frage zu stellen: „Wo sind denn die Tatsachen, welche diese entsetzlichen Zukunftsaussichten bestätigen würden?“

Umsonst suchte ich in den Telegrammen diebezügliche glaubwürdige Nachrichten. Umsonst habe ich nicht nur zwischengeschrieben, sondern auch über und unter den Zeilen gelesen. Ich habe nicht ein Wort von der Verordnung einer Zwangsaushebung gefunden. Dagegen habe ich in den „Birzewyja Wiedomosti“ eine Depesche vom 9. Oktober folgenden Inhalts gefunden:

„Nach der offiziellen Mitteilung des Wiener „Korrespondenzbureaus“ wurde gleichzeitig in Lublin und Warschau eine von den Generälen v. Beseler und Rud. unterschriebene Proklamation veröffentlicht. In dieser Proklamation bringen die Statthalter der beiden Kaiser unter Beiseiteziehung aller Zeremonien direkt zur Kenntnis, daß die Kriegsverhältnisse erheischen, die Verwaltung in den Händen der österreichisch-deutschen Kriegsbehörden zu belassen. Diese Behörden seien jedoch bereit, mit Hilfe der polnischen Bürger allmählich die Verwirklichung des neuen staatlichen Organismus des Landes vorzubereiten. An erster Stelle, so erklärte die Proklamation ohne Umschweife — stehe die Bildung eines polnischen Heeres. Wenn die Polen die Befreiung wollten, so sollten sie, dem Beispiele der Legionen folgend, sich freiwillig in die Werbelisten der Legionen eintragen lassen.“

Also keine Zwangsaushebung, sondern ein pathetischer Aufruf zur freiwilligen Eintragung in die Werbelisten. Keine Zwangsaushebung, sondern gewiß die Absicht, die Gefühle zugunsten der Kriegssaktion auszunützen. Wir haben es, mit einem Worte, höchstens mit der Absicht, vielleicht mit dem Gedanken an eine Tat, vielleicht mit der Lust, aber nicht mit einer Tatsache, nicht mit einer Tat selbst zu tun. Zwischen dem Gedanken und der Tat ist immer ein unergründlicher Abgrund. In diesem Falle ist aber das Hinübergelangen über den Abgrund eine unerhört schwierige Sache. Und wenn die Annexionsregierungen sich mit diesen Absichten getragen haben, so würde die

Proklamierung der Unabhängigkeit die Situation nicht erleichtern. Sie würde dieselbe vielmehr erschweren, denn heftiger protestiert ein Mann, der sich einmal frei gefühlt hat, gegen die Fesseln, als ein Sklave.

Wir richten diese beruhigenden Worte an die erschreckten Leser der „Gazeta Polska“, welche in der ganzen Situation außer der Zwangsaushebung weiter nichts sehen und zu verführten Protesten in den Spalten des erwähnten Blattes auffordern.

Aber nicht nur die „Gazeta Polska“ haben wir im Sinn. Es sekundiert ihr wacker der „Dziennik Polski“, indem er sie sogar in der Absicht übertrifft, die ganze Sache zu bagatellisieren und ihre Bedeutung gleich Null zu machen. In dem Zeitartikel „Nach der neuen Proklamation“ in Nummer 39 drückt das neue Petersburger Organ seine Ansicht über den Wert der bekanntgegebenen Akte wie folgt aus:

„Es bleiben uns für die Dauer nur zwei Dinge: die Angelegenheit der Aushebung der polnischen Bevölkerung für die österreichisch-deutschen Heere, sowie die Doktrin des teutonischen internationalen Rechts, wie sie in Bern von dem Abgeordneten Romberg am Vorabend der Warschau-Lubliner Akte proklamiert wurde: „Wenn der Krieg die während des Krieges geschlossenen Traktate ungültig macht, so macht der Frieden alle Traktate ungültig, die hinsichtlich des Krieges geschlossen wurden.“

Eine solche Ansicht hatte Herr Romberg im „Berliner Tageblatt“ noch vor der Bekanntgabe des Akts geschrieben. Begreift Ihr? Welcher teuflische Kniff! Zuerst eine solche Ansicht in dem Artikel des Herrn Romberg und später — der Unabhängigkeitsakt. Und welches Glück, daß der „Dziennik Polski“ durch ein geradezu wunderbares Zusammentreffen von Umständen jene Ansicht bemerkt hat! Ein Augenblick der Unaufmerksamkeit und die urjächliche Kette der Ereignisse wäre für die Menschheit verloren. Und sodann, aus welchen Gründen hat die russische Presse die Worte „selbständiges Königreich Polen“ mit „unabhängiges Königreich Polen“ übersezt? Bekanntgegeben worden ist, daß der Staat nur „selbständig“ sein solle. Und wenn es so ist, „dann zerfallen alle Gebäude in Trümmer, die das Vernünfteln solcher Publizisten aufgeführt hat, welche die Richtungen ihrer Doktrinen einzig auf die Deklination beliebter Ausdrücke aufzuführen.“

Ich sehe einen netten Austausch von Verbeugungen. Vor dem Publizisten des „Dziennik Polski“, der so schnell und so wirksam mit dem Proklamationen der deutschen Generäle fertig geworden ist, verbeugt sich artig und herzlich der Verfasser der „Lösen Blätter“ aus der „Sprawa Polska“, und er setzt ihm eine anerkennungsvolle Widmung auf das Autorenexemplar der „Inneren Orientierung“, denn nicht wo anders, als gerade in diesem Buche wurde die ganze Sache der Unabhängigkeit mit einem Federzuge auf eine Deklination beliebter Ausdrücke reduziert.

Es freut sich die Jugend, wenn sie sieht, wie aus einem Tropfen Seifenwasser eine effektvolle, in allen Farben des Regenbogens schillernde Seifenblase sich bildet. Wenn in der Publizistik Einzelheiten, die, weil unbestätigt, vor der Hand untergeordneter Natur sind, allzu kraß dargestellt werden, so bedeutet das, aus einem Tropfen Seifenwasser effektvolle Seifenblasen machen. In diesem Falle sind sie jedoch nicht für Kinder bestimmt, und ich weiß fürwahr nicht, wer sich darüber freuen soll.

Den Deutschen kann und darf man nicht trauen, nicht wegen des wahrscheinlich recht unschuldigen Herrn Romberg, sondern aus prinzipiellen Gründen. Die geschichtliche Vergangenheit ist hier zu Zwecken der Belehrung recht sehr angezeigt. Es ist somit anzunehmen, daß die Deutschen, indem sie den polnischen Staat proklamierten, im Verhältnis zu uns

keine reinen Absichten, daß sie ihr eigenes Interesse im Auge hatten. Aber die Tatsache, daß der polnische Staat — mag er sein, wie es der „*Dziennik Polski*“ haben will, als „selbständig“ erklärt wurde, bedeutet, daß die beiden Monarchien die polnische Sache auf den Boden der Unabhängigkeit gestellt und sie endgültig und unwiderruflich auf das internationale Gebiet geschoben haben. Diesen Punkt hat die ernste russische Meinung gehörig gewürdigt und aus ihm die entsprechenden Schlüsse gezogen. Gewürdigt hat dies gehörig der Vertreter Englands, Lord Buchanan, als er nach der Bekanntgabe des Aktes erklärte, daß der vollständige Wiederaufbau des polnischen Staates eine der Aufgaben der Koalition sei. Zeugt dies nicht davon, daß der Akt eine weitreichende, objektive Bedeutung hat, die absolut unabhängig ist von den Intentionen, von denen er diktiert sein konnte und von den Zielen, welche Deutschland mit ihm erreichen will? Schon der Umstand, daß die Möglichkeit der Teilung der okkupierten polnischen Lande unter die beiden Monarchien beseitigt wurde, zeugt von einem neuen, wichtigen Stadium, in dem sich die polnische Sache befindet und von einer neuen, nicht der letzten Etappe ihrer Entwicklung.

Nur mit dem Bewußtsein der Wichtigkeit dieser Etappe, nur mit der Überzeugung, daß eine bedeutungsvolle Sache geschehen ist, kann man sich an die Koalitionsmächte wenden und ihnen die Notwendigkeit einer sofortigen Entscheidung deutlich machen. Ist nämlich nichts Wichtiges vorgegangen, hat der ganze Akt weiter nichts zu sagen, als Aushebung und das, was Herr Romberg sagt, dann verlohnt es sich fürwahr nicht, große Fragen anzuschneiden um Sachen halber, die in ihrer Naivität geradezu lächerlich sind. Im Königreich sind doch keine Kinder zurückgeblieben, die der ersten besten Seifenblase nachjagen, und die Koalition kann nicht anläßlich jeder deutschen Szene eine Erklärung abgeben. Auch die große Beunruhigung des „*Dziennik Polski*“ ist in diesem Falle vollständig unbegründet, und noch mehr sind es seine Ansprüche an den Mangel einer Entscheidung auf Seiten der Koalition.

Unser Standpunkt ist jedoch ein anderer. Wir nehmen an, daß in der Heimat Ereignisse von großer Tragweite vor sich gehen und daß es nicht in unserem Interesse liegt, sie zu bagatellisieren. Im Gegenteil! Nur wenn man die Wichtigkeit der Umgestaltungen, die eintreten können, darlegt, kann dies auf den ersten und maßgebenden Gedanken nach der Richtung einer sofortigen Tat hin von Einfluß sein, kann es die Koalition anregen, vorbeugende Mittel anzuwenden. Im übrigen meinen wir, daß nur ein solcher Standpunkt der Würde einer Nation entspricht, die der wie ein Phönix aus der Asche erstehenden Unabhängigkeit sich Auge in Auge gegenüberstellt. Es gilt, eine würdige Haltung zu bewahren, denn wer weiß, ob nicht bloß das unserer Emigration zufällt.

Felix Kierski.

Aus Nr. 341 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 8. Dezember 1916.

Ein Kübel kalten Wassers.

Schon wieder haben wir das Auftreten eines Anhängers der Entente zu verzeichnen, der seine Spitze gegen unsere Politik richtet.

Wir nehmen mit Schmerz und nicht ohne ein unangenehmes Gefühl davon Kenntnis. Es ist uns genau bekannt, daß sich zwischen dem Standpunkt der Regierung und den Ansichten dieser oder jener Zeitung manchmal eine bedeutende Kluft befindet; daher müssen wir bei der Beurteilung solcher Tatsachen ein zweifaches Maß anwenden. Trotzdem sind für uns die Stimmen der öffentlichen Meinung, die durch Rücksichten der

Direktion nicht so sehr geknebelt ist, wie die Stimme der maßgebenden Faktoren, das Mittel zur Feststellung der Strömungen im Volke.

Umso unangenehmer ist es uns, sie bekämpfen zu müssen, und umso schmerzlicher sind wir enttäuscht. Für die Anschauungen der französischen Presse müssen wir uns ernstlich interessieren, und wenn wir heute mit Vorwürfen nicht sparen, so tun wir es mit einer großen Dosis von Objektivität und aus publizistischem Pflichtgefühl.

Wir können nicht zugeben, daß Illusionen und legendäre Hoffnungen die Klarheit der Anschauungen unserer Allgemeinheit trüben. Man kann einen Schlag um so leichter parieren, wenn man den Ritter kennt, der sich unter dem Visier der traditionellen Freundschaft verbirgt. Wir wiederholen daher noch einmal, daß wir unsere Pflicht mit einem Gefühl des Bedauerns erfüllen, trotzdem müssen wir sie erfüllen; denn eine Volksgesamtheit, die das Steuer der Politik in ihre Hand nehmen soll, muß frei von Illusionen sein.

Der Publizist, der über die eifrigen und gläubigen polnischen Anhänger der Koalition einen Kübel kalten Wassers ausgegossen hat, ist Albert Bonnard, der Chefredakteur des „*Journal de Genève*.“ In seiner Reihe von Artikeln, die den Akt vom 5. November besprechen, hat Bonnard eine unzweideutige Stellung eingenommen.

Vor allem herrscht darin die Furcht vor dem neuen Gegner vor, den die Entente in dem polnischen Staate finden kann. Diese Furcht stützt sich auf die Auffassung, daß die Polen den Glauben an die Unbesiegbarkeit Rußlands verloren haben, daß sie schon jetzt etwas ernstlich und entschlossen zu verteidigen haben. Daher befürchtet Herr Bonnard, daß eine polnische Armee entstehen, daß sie ins Feld rücken und alsdann nicht nur als aktive Kraft auf Seiten der Mittelmächte, sondern auch als zerstörende Kraft für das russische Heer wirken werde. „Kann man denn wohl daran zweifeln“, fragt Herr Bonnard, „daß, sobald die polnischen Fahnen auf den Schützengräben gehißt werden, die Desertion der im russischen Heere dienenden Polen in weitem Umfange beginnen wird?“.....

Um zu zeigen, welch schwere Opfer im Falle der Bildung eines polnischen Heeres unser warten, schreibt Herr Bonnard: „Die internationalen Verträge haben die Bewohner Polens zu russischen Untertanen des Zaren gemacht. Es ist den Eroberern nicht gestattet, sie zu kriegerischen Arbeiten zu verwenden, viel weniger sie gegen ihre Regierung kämpfen zu lassen, bis irgend ein europäischer Akt ihre Nationalität ändert“.

Diese Behauptung ist für uns deutlich. Wir dürfen gegen den russischen Eroberer nicht kämpfen, weil der Zar unserer Herrscher ist, weil nach Herrn Bonnard die europäischen Verträge unsere „*Nationalität*“ geändert haben und wir daher irgend einen großen Akt abwarten müssen, der uns nicht nur ein Staatswesen, sondern auch die Nationalität wiedergeben wird.

Es war für uns immer schmerzlich, wenn die Universitäten und Meldebureaus Frankreichs und der Schweiz uns in der Spalte „Nationalität“ als „Russe“ bezeichneten. Aber der Publizist eines großen Blattes, der sich der Nomenclatur des amtlichen Polizeibureaus bedient, verdient eine scharfe Rüge.

Kein internationaler Vertrag hat uns die Nationalität genommen, und keiner kann sie uns nehmen, das weiß Herr Bonnard ganz genau. Warum bedient er sich also zum Zwecke des Hinweises auf unsere Abhängigkeit von der russischen Staatsraison eines falschen und tendenziös herangezogenen Arguments? Warum drückt er erst jetzt seinen Schmerz darüber aus, daß unsere Familien in eine schwere Lage kommen werden, daß durch die Hand der Söhne, die in der polnischen Armee dienen, Väter fallen können, die sich im russischen Heere befinden?

Wir müssen noch darauf aufmerksam machen, daß Herr Bonnard uns in seinen Artikeln wiederholt ein vereinigt Polen unter der Dynastie der Romanows verspricht, und daß er auf die Beachtung des Grundsatzes der Einheit Polens mit dem russischen Staate außerordentlich bedacht ist.

Diese Anschauungen sind nicht das Ergebnis eines Mißverständnisses. Herr Bonnard verbreitet sie bewußt im russischen Interesse, da er die Stimmung der Polen genau kennt und sich auf die Anschauungen der in Genf lebenden Polen beruft.

Auch hat Herr Bonnard nicht vergessen, das Lager der polnischen Unabhängigkeitspartei anzugreifen, indem er versuchte, die darin wirkenden Männer in ihrem Werte herabzusetzen oder sie als „Abtrünnige“ zu stempeln, welche Bezeichnung er auf die zwei ehemaligen Dumaabgeordneten anwendet.

Wir alle, von den bescheidensten Mitarbeitern angefangen, bis zu den bedeutendsten Politikern, sind für Herrn Bonnard nur „Werkzeuge“. Dieser Schluß zeigt deutlich, wer der Lieferant der Eingebungen des Genfer Publizisten gewesen ist.

Die Krokodilstränen über das Thema des polnischen Heeres, die Behauptung, daß wir heute keine andere Nationalität besitzen, als die der „Untertanen“ des Zaren, die abfällige Beurteilung unserer politischen Tätigkeit, der Versuch des Nachweises, daß uns der Zar beglücken wollte und daß dieses nur die „dumme Bürokratie“ verhindert habe, die Bestärkung der öffentlichen Meinung Frankreichs hinsichtlich der Unzer trennlichkeit Polens mit Rußland lassen uns Herrn Bonnard entschieden polenfeindlich erscheinen.

Wir wissen, daß das nicht die einzige Stimme ist, daß es auch uns freundliche Stimmen gibt; trotzdem ist diese eine Stimme eine feindliche, wenn auch gut orientierte Tat seitens der Anhänger der Entente.

Wir müssen ein solches Auftreten dem „Journal de Genève“ übelnehmen.

Gestern erhielten wir die Nachricht, daß aus Anlaß dieser Artikel Herr Bonnard aus der Schriftleitung des Blattes entfernt worden ist. Es ist jedoch notwendig, daß unsere Landsleute in der Schweiz dafür sorgen, daß in dem selben „Journal de Genève“ eine Berichtigung aller jener falschen Anschauungen erfolgt, die Herr Bonnard zum Schaden der polnischen Sache hineingeschmuggelt hat.

L. Chrzanowski.

Aus Nr. 338 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 5. Dezember 1916.

Die Politik der Lüge

Aus ernster Quelle haben wir eine Reihe von Mitteilungen über das Verhältnis der verschiedenen politischen Gruppen Frankreichs zur polnischen Frage erhalten, wie es sich während des Krieges entwickelt hat. Die Mitteilungen betreffen zum Teil Vorgänge hinter den Kulissen. Unsere Leser werden entscheiden können, welchen Wert diese Mitteilungen für die Beurteilung unserer Angelegenheiten im Westen haben.

Wir haben in Frankreich Freunde und Feinde. Wir wollen die einen und die andern aufzählen.

Frankreich als Ganzes ist eigentlich unser Freund. Es ist dies eine alte, traditionelle durch das gemeinsam vergossene Blut in den napoleonischen Kriegen besiegelte Freundschaft, die, obwohl sie uns keinen politischen Vorteil gebracht, doch tatsächlich bestanden hat. Unangebracht wäre die Verkennung dieser Tatsache der Sympathie, unanständig das Abmeißen der Gefühle mit der Elle der daraus gezogenen Gewinne. Vom Sedan-Tage an waren diese Sympathien für uns in Frankreich gedämpft, vom Beginn des fran-

zösisch-russischen Bündnisses an wurden sie unterdrückt. Im gegenwärtigen Kriege ist dieser Druck zum Paroxismus gestiegen. Aber gerade die Notwendigkeit der zahlreichen und gewaltsamen Mittel, die die Regierung Briands anwenden muß, um die Sympathien der Franzosen gegenüber den Polen zu unterdrücken, sind ein Beweis für das Bestehen und sogar für die Lebensfähigkeit dieser Sympathien. Und es kann möglich sein, daß dieser Druck ihnen zum Vorteil gereicht und daß sie, wie der Dampf im verschlossenen Kessel, im entscheidenden Augenblick mit um größerer Kraft zum Ausbruch kommen werden.

Auf dem Hintergrunde dieser allgemeinen Sympathien machen sich drei besondere, konkrete Gruppen der Freunde Polens bemerkbar. Die erste ist die von Edmond Privat begründete „Französische Liga für ein freies Polen“ (La Ligue Française de la Pologne libre) deren Präsident der hervorragende Physiologe Karl Richet und deren Vizepräsident Gabriel Seaille ist, beide Professoren der Pariser Universität. Tätig und lebhaft wurde diese Liga von Emil Jaguet, dem hervorragendsten französischen Kritiker, dem „intelligentesten Menschen in der Welt“, der vor kurzem gestorben ist, unterstützt. Viel tut für sie Bienaimé, der fähige Schriftsteller und Schriftleiter der Zeitschrift „Victoire“. Herr Privat, der Schöpfer und das Herz der Liga, Franzose durch und durch, nimmt in der Liga keine offizielle Stellung ein, da er Schweizer Bürger ist. Er hat im Jahre 1915 eine Broschüre herausgegeben *La Pologne sous la rafale* („Polen während des Sturmes“), im Jahre 1916 „*La Pologne attend*“ („Polen wartet“). Er hat es verstanden, in unserer Sache wirksame Kundgebungen zu veranstalten, da auf seine Veranlassung an einem bestimmten Tage, dem 2. Februar d. J., in fast allen großen Pariser Blättern Artikel über Polen erschienen. Er wirkt in dieser Weise aus Liebe zu Frankreich. Er ist der Ansicht, daß das politische Bündnis mit Rußland zu viel von Frankreich verlangt, daß die Forderungen Rußlands zu indiskret und brutal sind, daß sie die Würde Frankreichs herabsetzen und seinen traditionellen nationalen Charakter verderben. Sein Programm läßt sich in die Worte zusammenfassen: „Belüget Frankreich nicht!“ Er sagt ihm daher die Wahrheit, indem er darauf hinweist, daß Rußland nicht aufgehört hat, barbarisch zu sein, daß sich die Polen durchaus nicht mit Rußland ausgehöhnt und durchaus nicht auf die Unabhängigkeit verzichtet haben.

Die zweite Gruppe der Freunde Polens bilden die Sozialisten. Ihr Organ „L'Humanité“ unterstützt uns ohne Vorbehalt. Ihr Führer, der an die Stelle von Jaurès getreten ist, der fähige und tüchtige Renaudel, ist unser Freund nach alter französischer Mode. Die parlamentarische Fraktion der Sozialisten hat einstimmig „die Freiheit für die unterdrückten Völker, insbesondere für die Polen“ beschlossen, was aber aus der veröffentlichten Kundgebung durch die amtliche Zensur gestrichen worden ist.

Die dritte Gruppe unserer Freunde bilden schließlich die Radikalen, namentlich einer ihrer Führer, Herr Herriot, Senator und Bürgermeister von Lyon. Diese Gruppe jedoch verhält sich opportunist und zaghaft, obwohl sie versichert, daß sie auf einem Kongreß die polnische Frage unzweifelhaft zur Sprache bringen und unterstützen werde.

Welches sind nun die uns in Frankreich feindlichen Faktoren? Als erster ist Iswolski zu nennen, der russische Botschafter, der persönlich ein Kulturmench ist und sogar liberal denkt, der aber Befehle von Petersburg empfängt und gezwungen ist, den Spuren der traditionellen russischen Politik zu folgen, die lange blindes Glück, aber niemals Verstand und Geschicklichkeit hatte. Sein einziges Argument ist die Drohung: „Sonderfrieden“. Und die französischen Minister tun

was er sie tun heißt, wie die Tiere im Käfig auf den Wink des Tierhändigers.

Um aber ein Bild davon zu geben, was diese Minister tun und welchen Grad ihre Erniedrigung und Sklaverei erreicht hat, braucht man bloß darauf hinzuweisen, daß der französische Literat Privat, der eine Französin zur Frau hat, für seine polnische Propaganda aus Frankreich ausgewiesen worden ist, und daß die Regierung am 18. Februar d. J. ein Rundschreiben erlassen hat, nach dem es verboten ist, über die Unabhängigkeit Polens zu schreiben. Von den beiden Ministerialdirektoren im Ministerium des Äußeren hat der eine, Jules Cambon, der frühere Botschafter in Berlin, ein fähiger und erfahrener Diplomat, allen Einfluß verloren, weil sich aus den „belgischen Papieren“, die von deutscher Seite während des Krieges veröffentlicht worden sind, ergeben hat, daß er über den verderblichen Druck der russischen Diplomatie auf die französische Regierung geklagt hat. Der andere aber, Berthelet, macht Karriere, weil er Herrn Jzwolski die Stiefeln putzt. Unser grimmigster Feind im „Temps“ ist ein gewisser Roels, ein holländischer Jude.

Behmütigen Herzens muß man sagen, daß diesen uns unfreundlichen Faktoren die Tätigkeit des Herrn Dmowski und seiner Anhänger zur Hand ist. Sie sind es, die den französischen Politiker und Publizisten versichern, daß sich die Polen mit der Autonomie begnügen werden, daß sie die Unabhängigkeit aus deutscher Hand nicht annehmen und nichts tun werden, was die Entente schwächen könnte.

Ein Beispiel aus der Tätigkeit dieser Politiker wird zur Beurteilung derselben genügen.

Herr Privat, der aus Frankreich ausgewiesen wurde, setzte in Genf seine polnische Tätigkeit fort. Er begründete hier das „Comité International pour la Pologne libre“ (Internationales Komitee für ein freies Polen); er schrieb in der populären „Tribune de Genève“, hielt Vorträge, um „die Politik der Lüge“ gegenüber Frankreich zu beleuchten. Da begann die französische Regierung, ihn auch hier zu verfolgen. Der französische Gesandte in Bern hemmte und störte seine Bestrebungen mit den diskreten Mitteln, die der Diplomatie zur Verfügung stehen.

Da reiste Herr Privat nach Bern und sagte dem französischen Gesandten:

„Ich kann es verstehen und muß zugeben, daß die französische Regierung, die der Herr ihres Landes ist, in dem — wenn auch falschen — Gefühl der Verantwortung solche Taten vollbringt, wie es das blinde Befolgen des russischen Kommandos, wie es die Unterdrückung der Sympathien für die gute Sache des tapferen aber unglücklichen Volkes, wie es die Irreführung der französischen öffentlichen Meinung über den tatsächlichen Zustand in Polen unter der Okkupation der Mittelstaaten ist. Das ist eine innere Angelegenheit Frankreichs, ein inneres Verhältnis zwischen dem Volke und der Regierung. Aber mit welchem Rechte und zu welchem Zwecke übertragen Sie diese Verhältnisse auf den Boden der Schweiz? In wessen Aufträge drängen Sie sich zwischen mich, der ich Genfer Bürger bin, und meine Landsleute? Was bedeutet diese antipolnische Aktion auf Schweizer Boden?“

Der französische Botschafter hat dies mit offensichtlicher Bestürzung angehört und versprochen, darauf in Bälde eine Antwort zu geben.

Er gab sie auch bald.

Er lud Herrn Privat zu sich und erklärte ihm:

„Sie behaupten, daß sich die Polen mit der Autonomie nicht begnügen würden, daß sie die Unabhängigkeit haben wollten, daß sie bereit seien, sich mit den deutschen um den Preis einer wirklichen Unabhängigkeit auszu-söhnen. Sie sind ein Mann guten Willens und haben

unzweifelhaft die edelsten Absichten. Aber Sie kennen die polnischen Verhältnisse nicht, Sie wissen nicht, was die Polen denken, was für Strömungen unter ihnen herrschen und wer ihre Politik leitet. Gerade gestern war der Führer der größten polnischen Partei, Herr Dmowski, bei mir und versicherte mir, daß Ihre ganze politische Tätigkeit, deren gute Absicht er nicht verkennet, auf Illusionen Ihres Herzens und auf falschen und ungenügenden Informationen beruhe.“

Ob Herr Privat auf den Gedanken gekommen ist, dem Herrn Gesandten in Bern zu antworten, daß sich in der Schweiz gegenwärtig Männer wie Sientkiewicz, Prof. Kostworowski, Prof. Streicher, Prof. Aftenazy, Dsichowski und Kucharszewski befinden, die doch auch etwas davon wissen, was für Strömungen unter den Polen herrschen, und die auch mit Aufschlüssen darüber dienen können, — das wissen wir nicht.

Das eine scheint aber sicher zu sein, daß diese Männer die französischen Minister und Diplomaten nicht besuchen und sich vor ihnen nicht als Vertreter des polnischen Volkes aufspielen, während die Handvoll nervöser, unruhiger zwanzig Usurpatoren, die weit über die Grenzen hinausgehen, innerhalb derer es jedem Polen freisteht, für die polnische Sache in seinem Namen und auf seine Verantwortung zu wirken, sich den Politikern der Entente gegenüber einen Charakter anmaßt, den sie tatsächlich nicht besitzt, und ohne jegliche Berechtigung für die Allgemeinheit spricht.

Diese „Politik der Lügen“ wird sich jedoch nicht nur gegen sie selbst richten. Das durch sie oder wenigstens mit ihrer Hilfe betrogene Frankreich wird doch eines Tages erfahren, daß das vom Volke unterstützte polnische Heer an der Grenze des Landes erscheinen wird, um den russischen Unterdrücker von ihm fernzuhalten.

Dann wird aber ganz Frankreich, das auf diesen Gedanken nicht vorbereitet und über die für uns sich ergebende geschichtliche Notwendigkeit, daß wir uns ebenso gegen Rußland wenden müssen wie Frankreich mit ihm zusammengehen muß, nicht aufgeklärt ist, sehr leicht in Zorn und Empörung über unser ganzes Volk geraten.

Das wird dann das Werk derer sein, die in Frankreich die Politik der Lüge treiben.

Ans Nr. 104 der Wiadomości Polskie (Petrikau)
vom 28. November 1916.

Nationaldemokratische Methoden.

Seit Kriegsbeginn wirkte auf Londoner Boden das „Polnische Informationskomitee“. Dieses Komitee entwickelt außer der Ausstellung von Zeugnissen für den polnischen Charakter derjenigen Polen, die als österreichische oder deutsche Staatsbürger der Internierung unterworfen sind, eine tatkräftige informatorische Tätigkeit durch Vermittlung von Presse-Bulletins und von zahlreichen Broschüren. Die Heimatpresse beurteilte diese Seite der Tätigkeit des Komitees und seinen rein polnischen, patriotischen, unparteiischen Standpunkt nach Gebühr. Diese Tätigkeit des Komitees, sein wachsender Einfluß und seine Bedeutung sind den hiesigen russenfreundlichen Politikern ein Dorn in den Augen. So wurde denn beschlossen, das Komitee mit allen Kräften zu bekämpfen. Hierbei nahm das Steuer „die Freundin Polens unter dem Zepher der Romanows“, Frau L. Alma-Tadema, in die Hand. Seit Kriegsbeginn entfaltet sie eine äußerst „nützliche“ Tätigkeit, wie sich über diese, ihre Arbeit der russische Botschafter ausdrückte. Allen, welche zu ihren Händen eine Gabe für das Komitee in Bevey beisteuern, überreicht sie ihre eigene Broschüre, in welche sie außer einem kurzen Absatz die hauptsächlichsten Äußerungen der national-

demokratischen Presse aus der Zeit des Aufruhrs des Oberbefehlshabers aufgenommen hat, indem sie diesen Beweis „der göttlichen Liebe der Russen zu den Polen“ rühmt. In so wichtigen Zeiten wie die gegenwärtige, ist es unmöglich, in den Mitteln wählerisch zu sein. Wenn man einmal beschlossen hat, die Polen durch Erweiterung der Grenzen des Generalgouvernements im Weichselgebiet wenigstens in der Richtung Galiziens zu beglücken (es besteht nämlich wenig Hoffnung, den Hohenzollern das Posensche zu entreißen), so muß man ein so erhabenes Ziel auf allen Wegen erstreben, und wären es ganz steinige Wege. Die Aufopferung der Frau Alma-Tadema für die polnische Sache kennt also keine Grenzen. So hat sie sich damit einverstanden erklärt, ihre englisch-holländischen, zweifellos sehr hohen Ideale der Sittlichkeit einer Gefahr auszusetzen, und ist mit dem Kammerherrn M. de Rosco Bohdanowicz ein Bündnis eingegangen. Der Kammerherr hat nach seinen unglücklichen Aufritten in Galizien und in Wien gegenwärtig in der russischen Botschaft in London eine für sich geeignete Beschäftigung gefunden. Kann man einen besseren Beweis dafür finden, daß Galizien völlig nach Rußland hinneigt? Hat doch der Kammerherr seiner k.k. Apostolischen Majestät, ein polnischer „Aristokrat“ und Großgrundbesitzer aus Galizien, seine Stellung, sein Vermögen geopfert und, seinen eigenen Kopf wagend, keinen Augenblick gezögert, auf die russische Seite überzugehen und dem russischen Botschafter seine Dienste anzubieten. Ist das nicht ein augenscheinlicher Beweis „der allgemeinen Liebe der Polen zum slawischen Meer“? Allerdings ist der polnischen Kolonie in London Herr Bohdanowicz eine bekannte Persönlichkeit. Bekannt sind hier seine Konflikte mit dem österreichischen Strafgesetzbuch, vor dem er sich durch die Flucht aus dem Heimatlande retten mußte. Aber einem Ausländer ist es leicht zu erklären, daß er ein politisches Opfer sei; und sollten angesichts eines so hohen Ideals, wie es der Zusammenstrom aller slawischen Flüsse in dem russischen Meere ist, so kleine Unterschiede, wie die Anschauungen über Sittlichkeit, nicht verblässen? Nachdem nun die Front konsolidiert worden ist, ging man zu einem gemeinsamen Angriff über. So tauchte denn im „Daily Express“ ein gegen das Informationskomitee gerichteter erster Artikel auf.

Alles war ausgezeichnet überdacht. Der Artikel umfaßte eine ganze Spalte. Der Titel war herrlich: „Die Wolffsche Agentur in London. Unter dem Deckmantel polnischer Tätigkeit. 110 St. Martins Lane.“ Es wurden in ihm in unbarmherziger Weise die Presse-mitteilungen des Komitees massakriert. Es wurde ihm Deutschfreundlichkeit und Russenfurcht vorgehalten. Der Artikel endete mit der Aufforderung an die Polizei, sie solle in der russischen Botschaft anfragen, was für Polen sich eine derartige Tätigkeit gestatteten. Man muß es einräumen, der Angriff war tatkräftig und geschickt geführt, er übte aber keine Wirkung aus. Die Ursache dieses Mißerfolgs muß man nicht auf der Kampflinie, sondern in ihrem Rücken suchen. Der Artikel war unterschrieben von Cecil Chesterton, einem, in weiten Londoner Kreisen bekannten Bekannter derselben „Ideale der Sittlichkeit“, denen Kammerherr Bohdanowicz huldigt. Außerdem geschah es, daß der Abdruck eines Komuniquees der Lausanner Agentur des Herrn Pitt als allzu deutschfreundlicher und als die Russen allzu fürchtender Abdruck aus polnischen Zeitungen angegriffen wurde, aus polnischen Zeitungen, welche in Rußland erscheinen und deshalb von der russischen Kriegszensur durchgelassen werden. So hat denn die Schriftleitung des „Daily Express“ das Komitee um Entschuldigung und brachte eine Berichtigung.

Dieser glückliche Versuch zwang die Herren Bohdanowicz und Chesterton, ihre Angriffe auf das Gelände des von Chesterton selbst herausgegebenen Wochenblattes „New Witnes“ zu übertragen. Da dieses Blatt

nirgends Glück hat, so bringt es mit wahren Vergnügen jede Woche einen Artikel über das Komitee. Es gibt keine Vorwürfe, die man dem Komitee nicht machen würde. Deutschfreundlichkeit, Vergeudung öffentlichen Geldes, jüdische Intriguen, Mangel an Patriotismus, Mangel an Religiosität, ja sogar die Tatsache, daß eins der Mitglieder Protestant ist, alles das ist das Material für die wöchentlichen Glukubationen des Herrn Chesterton. Zum Glück gehört „New Witnes“ in die Reihe der Zeitschriften, die außer den Mitgliedern niemand liest, dem Komitee also keinen großen Schaden bringt. Aber nicht darum handelt es sich hier. Die eigentliche Bedeutung dieses Ganzen durch seinen Ton stark an das Zweigroschenblatt erinnernden Feldzuges in der englischen Presse beruht darauf, daß er seine Quelle in Inspirationen hat, welche von polnischer Seite stammen, und diese Art der Tätigkeit kann man unmöglich übergehen, ohne sie vor der öffentlichen Meinung im Lande zu brandmarken.

London, im Oktober 1916.

J. B.

Aus Nr. 569 des Głos Narodu (Krakau)
vom 29. November 1916.

Die polnische Sache in Amerika.

Dr. J. Mlynarski, der als Abgeordneter des Obersten Nationalkomitees während des Krieges in den Vereinigten Staaten weilte und dort vielfach Gelegenheit hatte, mit der politischen Welt in Berührung zu kommen, hat seine Eindrücke in einem soeben gehaltenen Vortrag dargelegt. Der Vortragende ließ sich nicht auf die Frage der Auswanderung und des amerikanischen Polentums ein, sondern beschränkte sich streng auf die politischen Fragen und stellte in großen Zügen das Verhältnis der Vereinigten Staaten zur polnischen Frage dar.

Außer den bekannten Äußerungen der Sympathie der amerikanischen Regierung und des Volkes für die Entente macht sich unter den Yankee's die sonderbare Tatsache der Russenfreundlichkeit bemerkbar, zu deren Entwicklung die schlauen Bemühungen der russischen Diplomatie, die von England unterstützt werden, nicht wenig beitragen. Vier Momente sind es, die nach J. Mlynarski eine Erklärung dieser Erscheinungen geben: 1. Wirtschaftliche Rücksichten, um bereitwillen die Amerikaner nicht nur jetzt, sondern auch in der Zukunft Rußland für ein nutzbringendes wirtschaftliches Gebiet halten. 2. Der Einfluß der Juden, die die öffentliche Meinung in russenfreundlichem Sinne bearbeiten, indem sie damit rechnen, daß Rußland sich bemühen werde, sie nach Polen auszufiedeln. Die Juden, die von der Voraussetzung des einen Punktes in der Rundgebung des Großfürsten Nikolai ausgehen, daß nämlich im autonomen Polen alle Völker ihre garantierten Rechte besitzen werden, sehen darin die Gelegenheit, ihren Einfluß in Polen als einem Lande von „gemischter Nationalität“ zu befestigen. 3. Die Lösung der Vereinigung aller Slawen, die in perfider Weise von den Russen verbreitet wird, wird von den Amerikanern, die die Begriffe der Rasse und des Volkes identifizieren, als das Bestreben nach Vereinigung aller slawischen, demnach „russischen“ Stämme unter einem Szepter verstanden. 4. Die vollständige Unkenntnis der europäischen Angelegenheiten, namentlich des östlichen Europas und Rußlands.

Die philanthropische Tätigkeit Amerikas zeigte sich hauptsächlich gegenüber Belgien, da das letztere von Frankreich und England, mit denen die Amerikaner sympathisieren, protegirt wurde. Außerdem hat Belgien als bisher unabhängiger Staat, der dadurch den Begriffen der Amerikaner zugänglich war, sie mehr interessiert als das entfernte, unbekannte und in der

Geschichte vergessene Polen. Aus diesem Grunde bildeten die Sammlungen für Polen nur einen kleinen Teil der Summen, die Amerika für Belgien opferte. Die Aktion zugunsten Polens paßte der Entente, vor allen Dingen Rußland nicht, das befürchtete, daß bei Gelegenheit eines amerikanischen Besuchs in Warschau die Märchen von dem „wohlthätigen“ Einfluß Rußlands auf Polen zerstört werden und die russische Wirtschaft im Königreich aus Tageslicht kommen werden. Die hinterlistige Politik Rußlands war die Hauptsache, daß sich die Verhandlungen über die Zulassung von Lebensmitteln für Polen zerschlugen. Die Mittelmächte gewährleisteten weitergehende Bürgschaften, daß die Nahrungsmittel Amerikas ausschließlich für das hungernde Polen verwendet werden würden. England machte jedoch unter dem Einfluß Rußlands unüberwindliche Schwierigkeiten. Wie bekannt, forderte Grey, daß die Mittelmächte vorher der Bevölkerung die requirierten Lebensmittel „in natura“ zurückerstatten sollen. Die amerikanischen Polen wandten sich damals telegraphisch an Grey und schlugen vor, daß die Mittelmächte, da sie der Blockade unterworfen sind, die re-

quirierten Waren bar bezahlen, und Rußland die Entschädigung für das vernichtete Inventar im Königreich und dem besetzten Galizien in natura zurückerstatten sollten. Rußland hat es auch in diesem Falle verstanden, die Sache in dem Grade aufzuhalten, daß, als die Polen etwas später um die Lieferung von Getreide aus dem damals neutralen Rumänien für Polen sich bemühten, wodurch sich die Lieferung des Getreides für die Mittelmächte verringert hätte, man ihnen antwortete, daß sich die Sache nicht positiv erledigen lasse, da hier internationale Faktoren in Frage kämen.

Die Bemühungen der Polen, die allerdings leider auseinanderstrebten, waren darauf gerichtet, das amerikanische Volk für die polnische Frage zu interessieren. Man suchte den Amerikanern, die auf die Aufrechterhaltung des Völkerrechts Gewicht legen, klar zu machen, daß die Wiederherstellung des polnischen Staates die einfache Folge der Zurückziehung der russischen Heere sei, die im Jahre 1831 das Königreich Polen unrechtmäßig okkupiert haben.